

Möge es dem „Schwarzen Kreuz“ auch in Zukunft gelingen, die Not und Sorge der Hinterbliebenen bei der Auffindung der Grabstätten, bei der Pflege und Wartung dieser Grabstätten, so wie es bisher der Fall war, zu lindern. Wollen wir als Abgeordnete dieses Landes uns dazu bekennen, daß es wenig Sinn hat, sich nur mit Worten zu gebärden, sondern daß es unseres tiefen Verständnisses bedarf, auch den Kriegsgräbern jene Fürsorge und jene Pflege angedeihen zu lassen, die Österreichs Kultur würdig ist. (Beifall.)

Abg. Pölzl: Im Finanzausschuß hatte es bei den Beratungen des Voranschlages zunächst den Anschein, als ob sämtliche Parteien des Landtages in heftigste Opposition gehen würden. Es hat sich das wieder gelegt und man hat sich wieder gefunden. Aber immerhin, auch die heutige Sitzung spiegelt so etwas wieder, als ob es in diesem Landtag nur noch Oppositionen geben würde. Aber auch in diesem Landtag gibt es das, was es im Nationalrat gibt, nämlich eine feste Koalition, die darauf wartet, die Politik, die sie in der Vergangenheit gemacht hat, auch nach den Wahlen womöglich fortzusetzen. Alles, was sich da an Opposition von Seiten der Koalition und des VdU tut, ist weiter nichts, als ein falsches Spiel zur Täuschung der Wähler. In diese Kategorie gehört auch der Antrag der ÖVP im Finanzausschuß, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, sich bei Verhandlungen mit der Bundesregierung für die Entnivellierung der Beamtenbezüge einzusetzen.

Der Herr Abg. Wegart hat bewegte Worte über das Schicksal der öffentlichen Bediensteten, ob auf Bundes- oder Landesebene, gesprochen. Meine Damen und Herren! Wer ist denn das, der Bund, das Land, die Gemeinden? Waren denn nicht Sie jetzt sieben Jahre an der Macht und in der Regierung, um eine solche Lohn- und Gehaltspolitik zu machen, wie sie recht und billig ist? Waren nicht Sie an der Regierung, um den öffentlichen Bediensteten das zukommen zu lassen, was ihnen gebührt? Aber Sie haben die Stirne, jetzt, einige Wochen vor der Wahl hier aufzustehen und zu sagen, es muß etwas geschehen für die öffentlichen Bediensteten. Es hätte schon längst etwas geschehen müssen für die öffentlich Bediensteten, für die Privatangestellten und für die Arbeiter auf dem Lohn- und Gehaltssektor. Das ist heute ein offenes Geheimnis. Aber jetzt, knapp vor der Wahl plötzlich mit der Entnivellierung der Beamtengehälter zu kommen, das, Herr Abg. Wegart, ist viel zu spät. Die Angestellten, die Arbeiter, die öffentlichen Bediensteten, verlangen weitaus mehr als Entnivellierung der Gehälter. Sie verlangen sowohl im Bund als auch im Land und in den Gemeinden Valorisierung der Löhne und Gehälter, also nicht nur Entnivellierung für eine kleine Schichte, sondern Valorisierung der Löhne und Gehälter für sämtliche öffentlichen Bediensteten im Staat, im Lande und in den Gemeinden. Und dazu, meine Damen und Herren, müßte sich heute der Steiermärkische Landtag

bekennen und einem solchen Beschluß und einem solchen Antrag, der absolut auf der Linie der einheitlich gefaßten Beschlüsse der öffentlichen Bediensteten steht, würde selbstverständlich auch ich meine Zustimmung geben.

Es wurde von Herrn Abg. Hegenbarth versucht, die Beziehungen Österreichs zu den Besatzungsmächten klarzustellen. Ich glaube, wenn der Herr Außenminister Gruber ihn gehört hätte, er wäre nicht ganz einverstanden gewesen mit ihm, denn es entspricht nicht der Linie der Außenpolitik der österreichischen Regierung, was er gesagt hat. Aber er hat schließlich und endlich wieder geendet in einer Russenhetze, er hat schließlich und endlich die Dinge wieder so dargestellt, wie sie nicht sind. Ich stimme mit ihm darin vollkommen überein, es wäre höchste Zeit, daß die Besatzungsmächte unser Land verlassen, alle vier. Aber, meine Damen und Herren, die Regierung macht doch eine Außenpolitik, die es geradezu verhindert, daß Österreich einen Staatsvertrag bekommt. Was wäre notwendig, um einen Staatsvertrag für Österreich zu erreichen? Es wäre notwendig, daß Österreich sich in der Auseinandersetzung der vier Großmächte, die Österreich besetzt halten, vollkommen neutral verhält und daß Österreich nicht einseitig Stellung bezieht zugunsten der Amerikapläne für Österreich und Europa. Das verstehe ich unter Neutralität, meine Damen und Herren, das entspricht auch den Interessen des österreichischen Volkes.

Herr Landeshauptmann, ich habe heute in dieser Landtagssitzung bewegte Beschwerde gehört über die USIA-Betriebe von Seite des Herrn Landesrates Horvatek, über das Erdöl, das die Russen uns entziehen und daß sie uns schwere Schäden zufügen und weiß Gott was noch alles. Schauen Sie, alle diese Fragen soll man so betrachten, wie sie tatsächlich sind. (Rufe: „Ja-wohl!“) Es gibt in Österreich Betriebe, die als Deutsches Eigentum deklariert sind, das von den Russen verwaltet wird, die sogenannten USIA-Betriebe. (Zwischenruf: „Ausgebeutet werden!“) Es gibt in Zistersdorf Erdöl (Zwischenruf: „Das hat der Hitler hergebracht!“), das von den Russen bewirtschaftet wird. Aber es ist doch nicht richtig, daß Sie dieses Erdöl reklamieren für das österreichische Volk. Denn überall dort, wo Sie zu reden hatten, wo eine angebliche Verstaatlichung des deutschen Eigentums stattgefunden hat, nämlich in den westlichen Zonen Österreichs, werden diese Betriebe ausschließlich beherrscht von den Interessen der ausländischen Großkapitalisten, von den Amerikanern und es besteht offensichtlich kein Zweifel, daß die österreichische Regierung es gar nicht erwarten kann, auch das Zistersdorfer Erdöl und die Zistersdorfer Anlagen zur Erdölgewinnung den ausländischen Kapitalisten zur Verfügung zu stellen.

Präsident: Ich muß Sie zur Sache rufen. Wir sind nicht bei der General- sondern bei der Spezialdebatte.

Abg. Pölzl (fortfahrend): Wir sind dafür, daß die österreichischen Bodenschätze dem österreichischen Volk gehören, aber die Politik, die Sie führen, läuft darauf hinaus, die österreichische Wirtschaft von dem österreichischen Staate den Interessen des in- und ausländischen Kapitals zuzuführen. Das beweisen die Verhandlungen über die Vorkriegsschulden in Rom, wo sich die österreichischen Unterhändler verpflichtet haben, 20 Millionen Schilling Vorkriegsschulden, die längst abgedeckt sind durch das, was Hitler mit diesen Leuten vereinbart hat, neuerlich aufleben zu lassen und wo sie sich verpflichtet haben, diese sogenannten Vorkriegsschulden zu bezahlen. Meine Herren, darauf kommt es an, daß Sie sich besinnen und dazu bekennen, wirklich eine österreichische Politik zu machen, eine ernste österreichische Politik der unbedingten Neutralität und nicht eine amerikanische Politik, nicht eine Politik, die droht, Österreich aus dem kalten Krieg zu einem Kriegsschauplatz zu machen. Das ist entscheidend, über diese Politik werden die österreichischen Wähler am 22. Februar entscheiden und ich bin fest überzeugt, daß eine zunehmende Zahl österreichischer Wähler, breite Massen der österreichischen Bevölkerung über die kommunistische Partei hinaus sich für eine Politik der Neutralität und eine Politik der Unabhängigkeit entscheiden wird.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. Allitsch: Ich bitte die Mitglieder des Hohen Hauses, die Ansätze zu Kapitel 0 einschließlich der berichteten Abänderungen zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Ich bringe den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Kapitel 0 ist angenommen.

Wir kommen zur **Gruppe 1**.

Berichterstatter ist gleichfalls Abg. Dr. Allitsch, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Dr. Allitsch: Hohes Haus! Die Gruppe 1 des ordentlichen Haushaltes enthält die Polizeiaufgaben, soweit sie vom Lande wahrzunehmen sind. Es ist eine einzige Rubrik „Schubkosten“ mit 10.000 Schilling.

Ich bitte, dieser Post die Zustimmung zu geben.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Gruppe 1 ist angenommen.

Wir kommen zu **Gruppe 2**.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Kaan, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Dr. Kaan: Hoher Landtag! Der Finanzausschuß hat nach eingehender Beratung den Beschluß gefaßt, Ihnen die Annahme des voranschlagsgemäßen Regierungsentwurfes zur Gruppe 2 zu empfehlen mit der Abänderung, daß die gesamten Ausgaben um 60.000 S, also auf 6,144.800 S erhöht werden.

Abg. Afritsch: Hoher Landtag! Ich bin nicht der Statistiker des Landtages, ich interessiere mich aber für statistische Fragen. So habe ich früher mit kurzen Nebenbemerkungen mir aufgeschrieben, daß 14 Abgeordnete und Mitglieder der Landesregierung in der Generaldebatte gesprochen haben. Ich hoffe, daß in der Spezialdebatte das etwas flotter geht. Ich werde mich bemühen,

Ich möchte mich zuerst mit dem Abschnitt 28 der Gruppe 2 beschäftigen, mit den Landesschülerheimen. Ich stelle fest, daß diese Einrichtung in Österreich eine ganz vorbildliche ist. Wenn ich kurz zurückgreifen darf auf das Jahr 1945, muß ich sagen, daß damals aus dem Nichts diese vorbildliche Einrichtung geschaffen wurde. Es gab vor 1945 keine Landesschülerheime und Landeshauptmannstellvertreter Machold hat als damaliger Landeshauptmann sofort die Initiative ergriffen und hat hier das Bestmögliche geschaffen. Ich darf wohl sagen, daß der Landesfinanzreferent Horvatek immer Jahr für Jahr besonders diesem Abschnitt seine besondere Sorgfalt und sein besonderes Interesse gewidmet hat. Es war zuerst kein einziges Heim da, nur leere Objekte wurden sichergestellt, die Schüler, Fach- und Mittelschüler, die damals mit Koffer und Rucksack nach Graz gekommen sind — auch ich erinnere mich an solche Fälle — wußten nicht, wohin sie sich wenden, wo sie wohnen sollten. Zuerst war alles sehr primitiv. Sie mußten auf Luftschutzbetten schlafen, Papierstrosensäcke waren zuerst da, aber von Jahr zu Jahr war es möglich, diese Landesschülerheime auszugestalten und besser zu machen. Derzeit sind in Steiermark 9 Landesschülerheime, 4 in Graz, 5 außerhalb von Graz, und zwar in Judenburg, Fürstenfeld, Arnfels, Admont und Wildalpen. Etwa 1000 Schüler, Fachschüler und Mittelschüler können jetzt diese Landesschülerheime ausuchen. Das sind selbstverständlich solche Schüler, die in ihrem Wohnort nicht die Möglichkeit zum Studium haben. Die Sozialistische Fraktion hat es sehr begrüßt, daß dieser vorgesehene Betrag von 5,309.100 S im Landesvoranschlag nicht gekürzt wurde. Es kann also wirklich jedem begabten Kinde das Studium ermöglicht werden.

Auch Studienbeihilfen sind vorgesehen und diese werden an Zöglinge der Landesschülerheime und auch an Zöglinge anderer Schülerheime ausbezahlt. Was ich besonders begrüße, ist die Einstellung bei der Bewilligung dieser

Studienbeihilfen. Es kann nämlich dieser Heimkostenbeitrag bis zu neun Zehntel der Heimgebühren ermäßigt werden, also eine durchaus soziale Einstellung.

Eine dringende Notwendigkeit wäre noch die Erweiterung des Landesschülerheimes in Admont. Wer die Verhältnisse in Admont und dieses ganzen Bezirkes in der Obersteiermark kennt, wird bestätigen können, daß dieses Landes-schülerheim nicht den Anforderungen entspricht. Es sind jetzt nur Mädchen untergebracht, es wäre aber dringend notwendig, auch eine Unterbringungsmöglichkeit für Knaben zu schaffen.

Zum Abschluß dieses Gegenstandes möchte ich kurz sagen: Wenn es im Jahre 1945 die vor-dringlichste Sorge des Landes war, vorerst einmal Unterkunftsstätten für Fach- und Mittel-schüler zu schaffen, so sind diese Schülerheime nun zu Erziehungsanstalten geworden und geschulte und verantwortungsbewußte Lehrer und Erzieher fördern dort die steirische Jugend bei ihren Aufgaben. Die Schülerheime bemühen sich aber auch, die Jugend kulturell zu beeinflussen und zu positiv eingestellten Österreichern zu erziehen.

Nun noch etwas zu einem anderen Gegenstand! Ich beschäftige mich mit dieser Frage nicht deshalb, weil der Herr Landtagsabgeordnete Dr. Kaan mich sozusagen dazu aufgefordert hat. Es betrifft die Post 76 „Förderung der notwendigen Schulbauten der Gemeinden“. Es wurde schon einigemal in der Generaldebatte darauf hingewiesen, daß die Sozialistische Partei einen Antrag auf Erhöhung des Förderungsbeitrages auf 4 Millionen Schilling stellte. Ich möchte jetzt schon sagen, ich war wirklich entsetzt darüber, daß die ÖVP-Fraktion einen Gegenantrag stellte, und zwar hat der Gegenantrag gelaute auf Herabsetzung des Betrages um 1 Million Schilling. Leider ist nur der veranschlagte Betrag im Finanzausschuß beschlossen worden, der 2,120.000 S ausmacht. Dieser Betrag dient neben Zuwendungen aus den Bedarfszuweisungen zur Fortsetzung beziehungsweise Vollendung der in Bau befindlichen Schulhausbauten. Wir wissen, Hohes Haus, daß das in erster Linie eine Aufgabe der Gemeinde wäre, aber es ist selbstverständlich nach meiner Auffassung und der der Sozialistischen Fraktion Pflicht und Aufgabe des Bundes und des Landes, den Schulhausbau entsprechend zu fördern. Es haben besonders die sozialistisch verwalteten Gemeinden sich hier außergewöhnlich schulfreundlich gezeigt. Im Rechnungsjahr 1952 haben in ganz Steiermark 171 Gemeinden 135 Bauvorhaben gehabt. Die Gemeinden allein — ich nenne dazu nur zwei bis drei Zahlen — mußten für diese 135 Bauvorhaben 41,112.346 S aufbringen. An Bedarfszuweisungen haben die Gemeinden erhalten 11,800,000 S rund, der Förderungsbeitrag hat im Jahre 1952 2,580.000 S betragen. Meine Damen und Herren, warum bringe ich diese drei Zahlen? Weil ich Ihnen, in Prozenten ausgedrückt, zeigen will, daß das

Land an Förderungsbeiträgen, an Subventionen eigentlich nur einen sehr kleinen Teil dazu beiträgt. Wenn ich annehme, daß diese 41 Millionen Schilling, die da aufgewendet werden mußten, 100 % sind — sind Sie mir nicht böse, wenn jetzt das Schulmeisterherz herauskommt und ich mich bemühe, daß alles recht anschaulich wird, obwohl ja eigentlich gar keine Gefahr besteht, weil ja prominentere und noch einflußreichere Politiker bereits als Lehrer apostrophiert wurden — die Bedarfszuweisungen haben dann 33 % und der Förderungsbeitrag hat nur 6 % ausgemacht. Diese 33 % Bedarfszuweisungen sind aber keine Subvention des Landes, das ist letzten Endes Geld, das den Gemeinden gehört, ein Notopfer sozusagen der anderen Gemeinden für jene, die Schulbauten aufführen. Es waren also für Neu-, Zu- Um- und Ausbauten nur 6 % Förderungsbeitrag vorhanden. Und deshalb war ich wirklich entrüstet, weil man von 6 % nicht auf 7 oder 8 % hinaufgegangen, sondern auf 5 % heruntergerutscht ist, denn diese 2,120.000 S, die im Voranschlag waren und die auch im Finanzausschuß beschlossen wurden, machen eben nur 5 % aus.

Trotz dieser Anstrengungen herrscht noch immer große Schulraumnot, wie eine kleine Aufstellung zeigt. Ich denke da an die Volksschulen, denn über die anderen kann ich keinen gründlichen Bericht bringen, weil mir nicht soviel Zeit zur Verfügung steht. In Steiermark schaut es bei den Volksschulen so aus: Wir zählen 3170 Klassen mit nur 2650 Klassenräumen. Das Defizit sind 520 Klassen, wir haben also 520 Schulräume an den steirischen Volksschulen zu wenig. Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, daß das selbstverständlich mit 2 multipliziert werden muß. Es ist begreiflich, wenn an einer Schule nur ein Raum da ist und zwei Klassen, daß beide Klassen alternieren müssen. 520 mal 2 ist 1040! Mit Schulbeginn 1952 (Zwischenruf: „Das ist eine falsche Rechnung“) alternieren also 1040 Klassen. Verdoppeln muß ich das. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. U d i e r: „Wenn er den Zustand des Alternierens zugrundelegt, braucht er nur die Hälfte.“) Ich glaube, daß ich mich richtig ausgedrückt habe. Ich meine, weil wir zu wenig Schulräume in Steiermark haben, muß der Wechselunterricht, muß das Alternieren noch in vielen Klassen durchgeführt werden. Weil wir 520 Klassenräume zu wenig haben, müssen nicht 520 Klassen alternieren, sondern 520 mal 2, ist 1040. In Graz z. B. sieht es noch viel schlechter aus. Hier müssen 68 % aller Klassen alternieren. Wir haben in Graz derzeit 720 Klassen und nur 486 Klassenräume. Meine Rechnung ist wieder so und ich glaube, daß sie richtig ist. Wir haben 234 Klassenräume zu wenig, daher müssen doppelt so viel Klassen also 468 in Graz alternieren. Es ist so böse, daß oft 2 Schulen in einem Gebäude alternieren müssen, also die Schulen untereinander Wechselunterricht haben Vormittag und Nachmittag.

Es ist tief bedauerlich, daß der Antrag auf Erhöhung des Förderungsbeitrages nicht ange-

nommen wurde. Es ist das schon deshalb umso trauriger, weil die Schulhauspläne für 1953 einige wichtige Bauten vorgesehen haben. Obwohl durch eine rigorose Überprüfung die Schulbauvorhaben, die für 1953 neu geplant worden sind, zurückgestellt oder reduziert werden mußten, sollen die bereits im Jahre 1952 und aus den Vorjahren in Bau befindlichen Bauvorhaben fortgeführt werden. Ich denke hier nur an ein Beispiel. Zwischen Graz und Voitsberg besteht ein großes Bedürfnis nach einer Hauptschule. Ein Teil der Schüler muß aus der Liebocher Gegend, aus dem Liebocher Schulkreis nach Voitsberg und ein anderer Teil nach Straßgang. Ich sitze zufällig im Grazer Stadtschulrat, der sich mit der Straßgänger Schulfrage zu beschäftigen hat, außerdem bin ich Mitglied des Voitsberger Bezirksschulrates. Bei beiden Schulbehörden besteht die Auffassung, daß zwischen Graz und Voitsberg eine Hauptschule errichtet werden soll. Es ist dies, wie gesagt, nur ein Beispiel und es liegen, wie ich mich genau informieren ließ, noch mehrere dringende Bauvorhaben vor. Lieboch liegt an einem Brennpunkt des Verkehrs, hat ein großes Hinterland, alle Orte, die im sogenannten toten Schulwinkel liegen, könnten von Lieboch aus erfaßt werden. Das Land sollte diese schulfreundliche Gemeinde nicht im Stich lassen. Wir wissen alle, daß die Gemeindeväter, die Bürgermeister in Sorge und oft mit großer Liebe an einem Schulhausbau hängen. Die Landesregierung und das Land Steiermark muß sich hier unbedingt mit einem angemessenen Förderungsbeitrag beteiligen.

Ich möchte zum Abschluß meiner Ausführungen nur das eine erklären: Dieser Antrag der Sozialistischen Fraktion auf Erhöhung des Förderungsbeitrages auf 4 Millionen ist nicht aus Gründen der Agitation und Propaganda gemacht worden. Jedes Mitglied des Hohen Hauses weiß, daß die Sozialistische Partei seit vielen Jahren auf dem Gebiete der Schule und auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge wirklich Großes und Vorbildliches geleistet hat. Sie wird daher auch im nächsten Landtag einen entsprechenden Erhöhungsbeitrag stellen und es ist meine innere Überzeugung, daß auch der neue Landtag sich schulfreundlich einstellen und eine schulfreundliche Mehrheit finden wird. (Lebhafter Beifall bei SPÖ.)

Abg. Sophie Wolf: Hoher Landtag! Gestatten Sie es mir, daß auch ich zum Abschnitt 21 der Gruppe 2, der über die Volks- und Hauptschulen handelt, einiges ausführe. Ich kann meine Ausführungen wesentlich beschränken, nachdem Herr Kollege Afritsch das zahlenmäßige Material ja vorweggenommen hat. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß im Landesvoranschlag für 1953 unter den 4 Posten der Gruppe 2 erstmalig ein Förderungsbeitrag für die Ausbildung von Pflichtschullehrern aufscheint in der Höhe von 3000 S und weiters ein Förderungsbeitrag zur Ausgestaltung von Schulbüchereien, der mit 1000 S dotiert ist. (Abg. Pölzl: „Das sind schon erschütternde Beträge!“)

Ich möchte selbst sagen, daß das bestimmt keine erschütternden Beträge sind, die für diese zwei Zwecke ausgeworfen werden, aber auch der leisen Hoffnung Ausdruck geben, daß diese bescheidenen Ansätze sich in den folgenden Jahren zu einer ansehnlichen Blüte und endlich zu einer ansehnlichen Frucht auswachsen.

Was den Baubetrag anlangt, wurde ohnehin schon von Herrn Koll. Afritsch ausführlich darüber gesprochen. Ich möchte aber doch zu bedenken geben, wie er ja selbst auch zugegeben hat, daß ein Großteil der geplanten Schulhausneubauten sowie der Um- und Zubauten bei schon vorhandenen Schulhäusern vollendet ist oder vor der Vollendung steht, so daß der für das Jahr 1953 vorgesehene Betrag — es handelt sich schließlich nur um den Voranschlag für ein Jahr und es ist, wie betont wurde, eine freiwillige Leistung des Landes, die durch kein Gesetz bedingt ist — ausreichend sein dürfte.

Bezüglich der Schülerzahl kann ich aus eigener Erfahrung nur sagen, daß sie tatsächlich sinkt — es ist dies zwar nicht in allen Schulbezirken im selben Ausmaß der Fall —, ich kann von meiner Schule sagen, daß ich mit 5 ersten Klassen im Jahr 1945 angefangen habe und jetzt nur mehr 2 habe. Wenn das so weitergeht, dürfte ich nächstes Jahr nur mehr eine erste Klasse haben, allerdings eine ziemlich starke. Daß ich das natürlich als eine sehr bedauerliche Tatsache ansehe, muß ich nicht besonders unterstreichen. Ich erwarte nur und setze voraus, daß die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden in angemessener Höhe fließen, damit die Zahl, die heute schon genannt wurde, zumindest gehalten werden kann. Trotzdem fühle ich mich verpflichtet, den maßgebenden Faktoren zu danken, daß der Betrag in dieser Höhe gehalten werden konnte und daß in diesem Jahr in unserer Heimat wieder eine Reihe schmucker, zweckmäßiger und modernst ausgestatteter Haupt- und Volksschulen zum Besten unserer Jugend errichtet werden konnte. Ich möchte dabei verweisen auf die Hauptschulen in Bärnbach, Bezirk Voitsberg, Deutsch-Feistritz, Bezirk Graz-Umgebung, Mautern, Bezirk Leoben, Oberzeiring, Bezirk Judenburg, die allerdings noch im Bau befindlich ist, aber im nächsten Jahr der Vollendung entgegengeht. Volksschulen wurden in Stattegg und Werndorf im Bezirk Graz-Umgebung, in Rohrbach, Bezirk Hartberg, in Höch im Bezirk Leibnitz, in Bärnbach im Bezirk Voitsberg — dies ist eine Knaben- und Mädchen-Volksschule — und in Rosenthal im Bezirk Voitsberg errichtet.

Aus dem bisher Gesagten geht unzweifelhaft hervor, daß sich die Steiermärkische Landesregierung die Sorge um ein gedeihliches Erziehungs- und Unterrichtswesen sehr angelegen sein läßt. Daraus erwachsen aber den Lehrkräften den ihnen anvertrauten Kindern gegenüber, die sie zur Selbstachtung und ebenso zur Achtung vor dem Mitmenschen und seiner Leistung erziehen müssen, in Zeitverbundenheit ernste Pflichten. Kein Erzieher kann und darf

es sich leisten, auf dem geistigen Niveau der Reife- und Lehrbefähigungsprüfung stehen zu bleiben, er muß weiter lernen, weiter arbeiten an sich und seiner Bildung. Nur dadurch kommt er in die Lage sich neuen Erkenntnissen und Erfahrungen zu erschließen. In diesem Sinne werden in Steiermark schon seit 1946 Tagungen und Konferenzen abgehalten, die sich mit dem ländlichen Versuchsschulwesen beschäftigen. Diese werden vom Landesschulrat beraten, durch sein Landesschulreferat gestaltet und im Rahmen des Pädagogischen Institutes Graz und mit dessen finanzieller Unterstützung abgehalten. Die letzte dieser Konferenzen fand in der Zeit vom 12. bis 15. Mai 1952 in Irtding unter der Leitung des Herrn Landesschulinspektors Leopold Teufert und in Anwesenheit des zuständigen Referenten im Bundesministerium für Unterricht, des Herrn Sektionsrates Doktor Ludwig Lang statt. Ferner nahmen an der Beratung teil: Herr Landesschulinspektor Prof. Duß und Hofrat Dr. Mußger, die Landschulreferenten Oberlehrer Hans Müller und Heinz Weber, sämtliche Bezirks- und Stadtschulinspektoren sowie der Leiter des pädagogischen Institutes, Prof. Dr. Rudolf Hauser, Versuchs-Schullehrer und Lehrerbildner.

Statistische Angaben besagen, daß im Schuljahr 1950/51 gemäß dem Antrag an das Bundesministerium für Unterricht an 34 Schulen 67 Versuchsklassen geführt wurden. Im Schuljahr 1951/52 verzeichnete Steiermark bereits 62 Schulen mit 104 Versuchsklassen.

Warum habe ich Ihnen nun diese Konferenz eingehend geschildert, die für Steiermark in diesem Jahr das größte pädagogische Ereignis darstellte? Ich möchte Ihnen damit zeigen, daß das Land in Opferfreudigkeit uns die Schulkhäuser zur Verfügung stellt, daß aber die Lehrerschaft, die von der Schule nicht wegzudenken ist, durch eifrige Arbeit und Einfühlen in das Wesen der Kinder diesen Bauten innerliches Leben verleihen will. Ich möchte dazu auch gezeigt haben, daß von der höchsten Stelle, vom Unterrichtsministerium angefangen bis zum letzten Dorfschullehrer im vergessenen Graben sich alle, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, ja ohne Rücksicht auf konfessionelle Bindungen zusammengefunden haben, um ihren Dank der Landesregierung gegenüber in der Form abzustatten, daß eben das gelehrt wird, was wir unseren Kindern für das Leben mitzugeben haben. Es wäre ein schweres Versäumnis, wollte man in diesem Zusammenhang nicht der Kleinarbeit gedenken, die viele Versuchsschullehrer für die tägliche Vorbereitung ihres Unterrichtes geleistet haben und leisten. Nur mit unverwüstlichem Optimismus und mit einem beglückenden Humor wird man den uns anvertrauten Kindern und Jugendlichen das geben können, was zu ihrem Besten ist: Viel Liebe und viel Geduld. Lassen Sie mich mit den Worten des bekannten Pädagogen Georg Kerschensteiner schließen, der zum Wohle der Jugend dem Erzieher ans Herz legt: „Lehrer kann und soll nur derjenige werden, der allezeit

Seligkeit empfindet am Wirken, am geistigen und seelischen Wachstum anderer, der soviel reine Jugend besitzt, daß alle Last der Jahre und alle Reife des Lebens und alle Mühseligkeit des Tagewerkes den sprudelnden Quell nicht zu verschütten vermag, der im unerschütterlichen Glauben an die Sieghaftigkeit der zeitlosen Werte im Menschengeschlecht leben kann. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Abg. Schlacher: Zum Abschnitt 23 ergreife ich deshalb das Wort, weil ich den Ausführungen des Herrn Abg. Pölzl widersprechen muß. Er hat behauptet, daß weder die Bundesregierung noch das Land Steiermark sich mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung der schulentwachsenen Jugend befasse. Speziell das Land Steiermark hat durch den im Budget vorgesehenen Betrag bewiesen, daß ihm das Problem sehr am Herzen liegt. Ich kann mit Befriedigung feststellen, daß wir trotz des allgemeinen Beschneidens unseres Budgetvolumens hier eine Erhöhung vorgenommen haben. Die Unterstützung auf diesem Gebiet wird auch dazu führen, daß die schulentwachsene Jugend nicht auf die Ebene des Hilfsarbeiters gedrückt wird, sondern, daß sie zum Facharbeiter ausgebildet wird.

Es wird auch im Schulgebiet der Berufsschulen sicherlich eine Änderung stattfinden müssen, damit die Berufsschulen in weiterer Zukunft nicht in der Art abgehalten werden, daß der Lehrjunge wöchentlich einmal aus seinem Beruf herausgerissen wird, oft einen weiten Weg bis zur Schule zurücklegen muß und schließlich ermüdet zum Unterricht kommt. Es wird schwer sein, hier Internatsunterricht einzuführen, es werden große Änderungen dazu notwendig sein, aber jedenfalls wäre diese Art des Unterrichtes viel vernünftiger als den Lehrling jede Woche einmal aus dem Lehrverhältnis herauszunehmen und das durch 3 Jahre hindurch. Da wäre es doch viel besser, den jungen Mann in der Lehre zu lassen und ihm erst später in einem Internat die theoretische Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen.

Es ist meines Erachtens wohl absurd, zu behaupten, wir hätten keine Lehrplätze. Lehrplätze finden wir genug in der Landwirtschaft. Abg. Pölzl hat die Zahl von 61.000 Jugendlichen genannt, die keine Arbeit finden. Die Landwirtschaft ist in der Lage, alle 61.000 zu absorbieren. Wer wagt zu sagen, daß einem jungen Menschen die Arbeit in der Landwirtschaft schaden könnte? Ein Vorwurf, daß unsere Bauern die Jugend ausnützen könnten, wäre nicht am Platze. Unsere heutigen Bauern haben soviel soziales Empfinden, daß sie den Mann für seine Arbeit gut entschädigen. Eines ist noch festzustellen: Wenn diese jungen Leute in die Landwirtschaft kommen, haben sie bei reichlicher und kräftiger Kost die Möglichkeit, sich körperlich zu entwickeln und sie werden dies in ihrem späteren Leben wahrscheinlich noch sehr oft brauchen, auch wenn es nur ein Schrebergarten ist, wenn er einmal gelernt hat, etwas landwirtschaftliche Arbeit zu leisten.

Unsere Forderung geht dahin, die schulentlassene Jugend in der Landwirtschaft unterzubringen und diesen Berufszweig gewissermaßen zu lernen.

Ich schließe in der Erwartung, daß unsere Jugend durch Fleiß und Eifer unsere Aufwendungen auf diesem Gebiet anerkennen wird. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Lackner: Hohes Haus! Es sollen zum Kapitel Schulwesen nicht nur Schulfachleute sprechen. Das würde den Eindruck erwecken, als ob wir in einer Zeit verblieben wären wie etwa vor ungefähr 70 Jahren, wo ausschließlich die Lehrkräfte die Schule zu vertreten hatten. Das geht aus einem Berichte jener Zeit hervor, während heute die Schulsache jedermanns Sache ist. Die Lehrer sind letztlich die Stellvertreter der Eltern in Erziehungssachen.

Es ist sehr bedauerlich, daß dieser Betrag im Voranschlag nicht eine Erhöhung erfahren konnte. Nicht nur in den Industriestädten, sondern auch in den Landschulen ist es so, daß die größte Raumnot vorherrscht. Man soll nicht hinausgehen in die Landschulbezirke und Versprechungen machen, die man dann an kompetenter Stelle nicht vertritt. Ich weiß das genau. Zum Schulsprengel St. Peter gehören 4 Landgemeinden, 2 davon ganz hinten im hochgelegenen Graben und die Schulkinder von dort müssen 7 km bis zur Schule gehen. Trotzdem ist es noch so, daß in dieser Schule ein Zweischichten-Schulbetrieb herrscht. Wenn die zweite Schulschicht um 14 Uhr beginnt, wie spät und in welcher Finsternis kommen dann diese Schulkinder, die meist Bergbauern und Forstarbeitern gehören, nach Hause! Nicht selten ist es, daß ihrer dort noch Arbeit wartet. Ich möchte bitten, daß im kommenden Jahr, da die Gemeinde in das Referat des Herrn Landeshauptmannes Krainer fällt, dieser Schule jene Beträge zugeführt werden, die es ermöglichen, daß sie aus der elenden Baracke herauskommt, das Schulhaus erweitert und ausgebaut wird und auch dort am Lande der Zweischichtenschulbetrieb eingestellt werden kann, damit die Kinder schließlich zur rechten Zeit, bei Tageslicht, wieder ihre Wohnungen erreichen können. Wenn auch keine Erhöhung möglich ist, so muß ich doch dem Finanzausschuß danken, daß er nach wie vor eine schulfreundliche Haltung zum Ausdruck gebracht hat. (Beifall bei SPÖ.)

Landesrat Dr. Illig: Hohes Haus! Ich habe nicht die Absicht, zum Kapitel Schulwesen im allgemeinen eine Rede zu halten und auch als Gewerbereferent des Landes Steiermark will ich hier zum Kapitel gewerbliche und kaufmännische Berufsschulen nichts mehr sagen, weil ich hierüber schon im Finanzausschuß gesprochen habe und außerdem Herr Abg. Schlacher schon das Notwendige hier im Hohen Hause wiederholt hat.

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um eine interessante politische Tatsache aufzuzeigen, wiederum eine politische Pikanterie, wenn Sie

wollen, die deshalb interessant ist, weil sie typisch ist für den wahren Inhalt gewisser neuer Propheten, Heilsprediger und Parteigründer, die jetzt vor den Wahlen den gesunden Sinn der Bevölkerung vernebeln wollen.

Während der Generaldebatte heute erschien auf 10 Minuten summa summarum einem fliegenden Holländer gleich auf ein kurzes Gastspiel der Herr Abgeordnete Smolana. (Heiterkeit.) Diese 10 Minuten benutzte er, um unmotivierte Angriffe gegen die Gewerbepolitik der Regierung vorzubringen. Hierauf verschwand er aus diesem Hause und wurde nicht mehr gesehen, sowie er vorher nicht gesehen wurde. Während der ganzen tagelangen mühsamen und gewissenhaften Beratungen im Finanzausschusse, wo zahlreiche Gewerbebefragen auf das eingehendste und gewissenhafteste erörtert und durchleuchtet wurden, war der Abg. Smolana nicht eine Sekunde anwesend. Jetzt bei der Behandlung des Kapitels „Gewerbliche und kaufmännische Berufsschulen“, wo ein Betrag von über 7 Millionen Schilling ausgeworfen ist, ein höchst wichtiges Kapitel der Gewerbepolitik, jetzt ist er wieder nicht da, jetzt, wo er Gelegenheit hätte, konkrete Anregungen, Wünsche und Beschwerden vorzubringen. Was wollen wir daraus ersehen? Leuten dieser Art, falschen Propheten und neuen Parteigründern ist es nicht um die Sache, sondern nur darum zu tun, hier schnell im Vorübergehen eine politische Philippika vom Stapel gehen zu lassen, um in die Zeitung zu kommen und wieder zu verschwinden. Ich bin überzeugt, daß dieser Abgeordnete keinen blauen Dunst davon hat, was in diesem Kapitel steht und er hat sich darum um keinen blauen Teufel geschert. Damit aber diese Ausführungen des „Fliegenden Holländers“ nicht unwidersprochen bleiben, wollte ich vor dem Hohen Hause und vor der Öffentlichkeit diese interessante politische Pikanterie feststellen. (Beifall und Gelächter.)

Abg. Sebastian: Hoher Landtag! Um die dritte politische Pikanterie festzustellen, um bei diesem Worte zu bleiben, da Landesrat Dr. Illig nur mehr Pikanterien entdeckt, weise ich auf folgendes hin: Abg. Wolf hat sich gleichsam bei meinem Kollegen Afritsch bedankt, daß er aufgezeigt hat, wie notwendig es sei, Landesmittel für Schulbauten zur Verfügung zu stellen. Sie hat ausgeführt, sie könne es sich ersparen, zahlenmäßig darzutun, wie notwendig es noch wäre, dort und da Haupt- oder Volksschulen zu bauen. Sie hat den Ausführungen des Kollegen Afritsch vollen Beifall gezollt und deckt seine Ausführungen voll und ganz. Das ist die dritte politische Pikanterie.

Am 27. November 1952 hat Herr Landesrat Dr. Illig anlässlich der Auflösungsdebatte des Steiermärkischen Landtages gesagt, daß sich in der Sozialistischen Partei nunmehr die Doktrinäre durchsetzen und wir haben ihm darauf geantwortet, daß sich in der ÖVP die Bundeswirtschaftskammern und der Industriellenbund immer mehr durchsetzen. Und wenn man so

dem Ablauf der Verhandlungen im Hohen Hause folgt, kann man feststellen, daß sowohl die Hauptredner als auch diejenigen, die die Marschroute für alle Verhandlungen festlegen, der Herr Landesrat Dr. Illig und der Landessekretär des freien Wirtschaftsbundes, der Herr Abg. Stöffler, sind. (Heiterkeit bei SPÖ.) Also sie geben in der ÖVP den Ton an, was zu geschehen hat. Nun ist es scheinbar so, daß sich die Frau Abg. Wolf mit ihrer Meinung in ihrem Klub nicht durchsetzen konnte und dadurch kommt es zu dieser politischen Pikanterie, daß sie hier den Antrag stellen muß auf Erhöhung um 1.800.000 S, daß sie sich also hinter unsere Forderung stellt, während der Herr Abgeordnete Stöffler als Vertreter des Wirtschaftsbundes die Streichung dieses im Budget vorgesehenen Betrages um 1 Million Schilling beantragt hat. Und wenn Sie nun zurückdenken an Ihre Auslassungen anlässlich des Auseinandergehens im Finanzausschuß, wo von der ÖVP hervorgehoben wurde, daß die Sozialisten dagegen seien, daß Mittel zur Arbeitsbeschaffung und Instandhaltung von landeseigenen Gebäuden bereitgestellt werden, so haben Sie es wohlweislich erstens unterlassen zu schreiben, welche landeseigenen Gebäude und zum zweiten haben Sie dabei vergessen hervorzuheben, daß bei der Gruppe 2, die vorher behandelt wurde, die Sozialisten einen Antrag auf Erhöhung dieses Betrages, welcher gleichsam gleichbedeutend ist mit Arbeitsbeschaffung für das Bau- und Bau- nebengewerbe, gestellt haben.

Der Herr Landeshauptmann als zuständiger Referent für seine Gemeinden hat der Meinung Ausdruck verliehen, daß nunmehr Schulen genug gebaut seien. Die Frau Abg. Wolf hat als berufene Frau dazu gesagt, daß diese Auswirkung in den einzelnen Bezirken verschieden sei. Wir von Leoben können sagen, daß wir noch bis zum Jahre 1956 einen ständigen Klassenmangel von 13 Klassen aufweisen. Unsere Forderung auf Erhöhung dieses Betrages ist aber auch damit begründet worden, daß es nicht genügt, Volksschulen zur Verfügung zu stellen, sondern daß nach Möglichkeit überall im ganzen Land auch Hauptschulen errichtet werden müssen oder zumindest Klassenräume für Hauptschulen zur Verfügung gestellt werden sollen, weil es die billigste Forderung überhaupt ist, daß die Kinder draußen am Land zumindest eine Hauptschule besuchen können. Es muß die Aufgabe von uns allen sein, unserer Jugend die geistigen Voraussetzungen durch entsprechende Schulbildung zu bieten, damit sie zu klassenbewußten und anständigen Staatsbürgern erzogen werden. Es nützt nichts, noch so viel Mittel für Kultur aufzuwenden, wenn wir die Hirne der Jugendlichen nicht aufschließen, damit sie auch befähigt sind, diese kulturellen Errungenschaften in unserer Heimat zu verstehen. (Beifall bei SPÖ.)

Landeshauptmann Krainer: Ich möchte doch zum Schulbauproblem ein paar Bemerkungen machen, weil man hier, wie es scheint, eine

Konkurrenz wecken will, die zu wecken gar nicht notwendig ist. Ich glaube, daß wir in den letzten Jahren auf dem Schulbausektor so Großes geleistet haben, wie in den letzten dreißig Jahren nicht vollbracht werden konnte. Daher ist es völlig unnötig, sich zu konkurrenzieren und den Eindruck zu erwecken, man möchte ja, aber die Bösen tun nicht mit. Wenn Kollegen unseres Klubs gemeint haben, es könnte der Betrag noch um etwa eine Million herabgesetzt werden, so haben sie damit sicher eine richtige Auffassung vertreten. Schulen müssen gebaut werden, die Frage ist nur, wo sie gebaut werden. Es ist eine Tatsache, die wir sehr, sehr bedauern, daß wir eine rückläufige Geburtenbewegung aufzuweisen haben, und zwar eine sehr tiefgreifende. Und es ist ebenso eine Tatsache, daß in den letzten Jahren einige Schulen gebaut wurden, in denen es im heurigen Jahr nicht mehr möglich war, die Klassen zu füllen. (Abg. Sebastian: „Wo?“) Soll ich Ihnen das sagen? Ich komme nicht in Verlegenheit. Ich bin aber nicht dazu in diesem Hause berufen, einen kleinen Streit aufzuführen, ich enthalte mich daher der Polemik, in welchen Schulen die Klassen im heurigen Herbst nicht mehr gefüllt werden konnten. Tatsache ist, daß aus der Begeisterung heraus, Schulen zu bauen, nicht die notwendige Analyse der in den kommenden Jahren in die Schule kommenden Kinder erforscht wurde.

Wir haben sicherlich noch einige neuralgische Punkte in der Steiermark, die im kommenden Jahr in Angriff genommen werden müssen. Ich denke da an Fürstenfeld und an Leibnitz vor allen, bitte, auch an Leoben. Die Stadtgemeinde Leoben ist eine der glücklichen Gemeinden, nämlich eine ausgesprochene Gewerbesteuer-gemeinde, die also auf diesem Gebiete schon einiges zu leisten imstande ist. Ich glaube, daß ich sie daher nicht besonders zu nennen brauche. Wohl nennen muß ich die Gemeinden, die keine Gewerbesteuer haben, wie etwa Fürstenfeld, und die daher angewiesen sind darauf, Mittel von uns zu bekommen, und zwar aus den Bedarfszuweisungen bzw. aus dem Schulhaufonds.

Es muß also im Schulhausbau, das wollte ich sagen, mit aller Überlegung vorgegangen werden. Es muß festgestellt werden, wie sich die Entwicklung der Geburten in den vergangenen Jahren in der nächsten Zukunft in den Schulen auswirken wird. Da muß, glaube ich, eines als Richtlinie für alle Schulhausbauten gelten: nach Erforschung der in den nächsten Jahren anfallenden Kinderzahl muß der erforderliche Schulraum in den zu bauenden Schulen genau festgelegt werden. Ich muß leider aus meiner Erfahrung feststellen, daß nicht mit aller Gewissenhaftigkeit in diesem Punkt vorgegangen wurde. Es ist begreiflich, daß jeder Bezirksschulinspektor, jeder Oberlehrer, jeder Schuldirektor seine Schule nach den modernsten Gesichtspunkten und dem ihm am idealsten erscheinenden Plan bauen will. Es ist ebenso ver-

ständig, daß jeder Baumeister nach seinen Idealen, also ein möglichst großes Bauvolumen, hinbauen will, So kommt es vor, daß zum Beispiel versucht wird, zu beweisen, es sei notwendig ein 40 m² großes Direktionszimmer, es sei selbstverständlich notwendig ein Lehrmittelzimmer, ein Konferenzzimmer, ein Aufenthaltsraum für die Lehrer, die auf den Unterricht warten usw. Ich bin für die modernste Bauweise, weil wir ja doch einige Jahrzehnte voraus sehen sollen, ich bin für alle diese Dinge sehr aufgeschlossen, aber unter einer Voraussetzung, daß auch das Geld dafür vorhanden ist. Aber bei den Schulbauten ist es zumeist so, daß jeder glaubt, seine besten Erfahrungen und fortschrittlichsten Gedanken hineinzulegen und es dann dem Bürgermeister und den Gemeinderäten übrig bleibt, das Geld zu beschaffen und die Bürgermeister und Gemeinderäte werden einfach überfahren.

Nach der Erkenntnis der Notwendigkeiten kann ich bezüglich des Schulhausbaues im kommenden Jahre sagen, wir dürfen alle damit zufrieden sein, daß eine Aufgeschlossenheit in der breitesten Bevölkerung, unter der Elternschaft feststellbar ist, die gar nichts mit Politik zu tun hat, von keiner Politik beeinflusst wird, sondern ausschließlich vom Gedanken beseelt ist: Unsere Kinder müssen etwas lernen. Es ist dies eine der erfreulichsten Tatsachen der letzten Jahre, ja sogar seit 1945. Diesem Idealismus, der hier zu finden ist auf Seite der Elternschaft bis hinauf zum Schuldirektor oder Oberlehrer, muß gegenübergehalten werden die Beschaffung der Mittel, die Möglichkeit, einen solchen Bau bis zum Schluß zu finanzieren. Das muß beachtet werden und man ist hier nicht immer mit dem notwendigen Ernst an die Dinge herangegangen.

Ich zweifle nicht, daß mit den im Landesvoranschlag festgelegten Mitteln den Notwendigkeiten des Landes Rechnung getragen werden kann. Ich bin überzeugt, daß bei Zuhilfenahme der Bedarfszuweisungsmittel die begonnenen Bauten vollendet und neue Schulen in den Gemeinden auch errichtet werden können. Ich halte es für nutzlos, sich zu ereifern und eine Konkurrenzierung zu versuchen oder Spannungen zu erzeugen, ganz unberechtigte Spannungen wo es nicht notwendig ist, weil ja die Erkenntnis, daß gebaut werden muß, allgemein vorhanden ist. Wir haben natürlich als öffentliche Verwalter die Aufgabe, den Leuten zu sagen, daß es mit dem Planen allein nicht getan ist, daß auch die Notwendigkeit des Baues festgestellt und die Finanzierung des Projektes möglich sein muß. Das muß überall als selbstverständlich gelten.

Es paßt nicht in das Kapitel hinein, sonst würde ich auch über Hief্লাu etwas sagen.

Ich darf abschließend feststellen, daß die Liebe und Freude zum Schulwesen vielleicht zu keiner Zeit so ausgeprägt sichtbar im ganzen Lande gewesen ist, wie es heute der Fall ist. (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. Kaan: Ich beantrage, Gruppe 2, Schulwesen, mit den Ansätzen gemäß den Anträgen des Finanzausschusses zu genehmigen.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die für den Antrag des Herrn Berichterstatters sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 2 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 3. Berichterstatter ist Abg. Hegenbarth, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag! Die Gruppe 3, Kulturwesen, weist für das kommende Jahr auf der Ausgabenseite aus einen Betrag von 19,223.300 S. Gegen die ursprüngliche Vorlage ist eine Erhöhung um 7500 S eingetreten, und zwar dadurch, daß das Land Steiermark einen Förderungsbeitrag an das Albachinstitut in Tirol, das die Österreichische Filiale des berühmten Caux-Institutes der Schweiz darstellt, gibt. Der Zuschuß für die vereinigten Bühnen wurde um 150.000 S gekürzt und der frei werdende Betrag verwendet zu Subventionen des Landes zum Wiederaufbau des Stephansdomes in Wien. Erwähnenswert wäre bei dieser Gruppe, daß für die Wiederherstellung der Riegersburg zur Behebung der durch Gesteinsverschiebungen entstandenen Schäden ein Betrag von 20.000 S aufgewendet wird, so daß insgesamt 19,223.300 S an Ausgaben erwachsen.

Ich bitte das Hohe Haus, diese Gruppe unverändert anzunehmen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die damit einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 3 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 4. Berichterstatter ist Abg. Sebastian, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Sebastian: Hoher Landtag! Die Gruppe 4 umfaßt das gesamte Fürsorgewesen, sowohl die offene wie die geschlossene Fürsorge. Die ursprüngliche Vorlage, die dem Budget- und Finanzausschuß vorgelegt wurde, sah Ausgaben von 56,172.900 S und Einnahmen von 28,340.300 S vor. Im Finanzausschuß sind Änderungen in der Höhe von 327.700 S vorgenommen worden. Diese Abänderungen finden Sie in der heute aufgelegten Beilage. Insgesamt umfaßt die Gruppe 4 Ausgaben einschließlich dieser Abänderungen in der Höhe von 56,500.600 S.

Ein Posten, über den gesprochen werden muß, ist in dieser Gruppe enthalten, und zwar der Betrag von 250.000 S im Unterabschnitt 443.

Dieser Betrag ist gleich wie im Vorjahre eingesetzt und für die Kriegsgefangenenfürsorge vorgesehen. Ich glaube nochmals, wie es heute schon öfters geschehen ist, feststellen zu müssen, daß es eine Schande ist, daß im Budget unseres Landes, beinahe 8 Jahre nach Kriegsende, noch immer ein Betrag dafür ausgewiesen werden muß, daß wir jenen, die so lange Zeit nach diesem furchtbaren Krieg noch in Gefangenschaft schmachten, wenigstens einen kleinen Gruß aus der Heimat übermitteln können.

Namens des Finanzausschusses ersuche ich Sie, der Regierungsvorlage mit den Abänderungen, die heute aufgelegt wurden, Ihre Zustimmung zu geben.

Abg. Schlacher: Hoher Landtag! Daß in Gruppe 4, Abschnitt 445, Flüchtlingsfürsorge, ein nennenswerter Betrag ausgewiesen ist, ist zu begrüßen. Wir müssen für diese Ärmsten der Armen Geld haben. Aber auf eine Gruppe unserer Mitbürger wurde vergessen. Wir haben in unserem eigenen Lande Familien, die fast ebenso betroffen sind wie die Flüchtlinge, das sind die von den Besatzungsmächten ausquartierten Familien. Wer sich erinnert an das Jahr 1945, als die Besatzungsmächte bei uns einzogen, weiß, daß sie wahllos Wohnungen beansprucht und beschlagnahmt haben und in kürzester Zeit, oft innerhalb von 24 Stunden, mußten die armen Leute ihre Wohnungen verlassen. Nicht nur, daß sie ausquartiert wurden, mußten sie zum Großteil ihr Hab und Gut in der Wohnung lassen. Diese Leute sind besonders schwer betroffen, weil man ja damals bei der enormen Wohnungsnot nicht gewußt hat, wohin mit diesen Leuten. Sie wurden, wie der schöne Ausdruck heißt, irgendwo eingewiesen, das heißt, einfach anderen Leuten zugeteilt und naturgemäß ist da eine Spannung von vornherein selbstverständlich. Wenn ich heute als Wohnungsinhaber gezwungen bin, mit einem Schlag eine zweite Familie in meine ohnedies kleine Wohnung aufzunehmen, so ist die Spannung schon gegeben. Die Hausfrau, die Wohnungsinhaberin mußte den Sparherd mit der neu hinzugezogenen Hausfrau teilen und bekanntlich ist das schon Grund genug, wenn zwei Hausfrauen an einem Herd stehen, daß es zu Streitigkeiten kommt. Sieben Jahre hindurch hat sich um diese Leute niemand gekümmert. Sie sind — genau genommen — auch Flüchtlinge, Ausquartierte, und haben nicht nur materiell, sondern auch seelisch viel gelitten. Herr Landesrat Dr. Illig hat in der Generaldebatte diese Angelegenheit schon besprochen. Es wäre wohl höchste Zeit, daß man auch diesen armen Leuten hilft und ihnen Budgetmittel beisteht, um ihnen so die Möglichkeit zu geben, wieder eine ordentliche Behausung herzustellen. Ich gestatte mir daher, einen Resolutionsantrag einzubringen und bitte, diesen anzunehmen. Der Antrag lautet:

„Der Steiermärkische Landtag hat den Bericht seiner Abgeordneten über die nunmehr sieben bis acht Jahre nach Kriegsende noch immer ausgeübte Beschlagnahme von Wohnhäusern und Wohnungen österreichischer Staatsbürger durch die Besatzungsmacht zur Kenntnis genommen.

Durch dieses, weder durch österreichisches, noch durch Völkerrecht gedeckte Vorgehen gegen einzelne österreichische Familien wird diesen nicht nur allein die furchtbarste Last des Vertriebens vom Heim, als der Basis jeglichen menschlichen Lebens, gleich Flüchtlingen aus dem Auslande, mit allen seelischen und materiellen Opfern und Folgen aufgebürdet, es wird ihnen nicht nur der Rechtsweg, der allen Staatsbürgern offenstehen muß, verwehrt und versperrt, es wird den Betroffenen für die Inanspruchnahme ihres Eigentums einseitig eine lächerliche, dem heutigen Geldwert hohnsprechende Vergütung festgesetzt und für angerichtete Schäden der Schätzwert 1945 zuzüglich 50% vergütet, sondern es wurden auch die Einweisungen des Wohnungsamtes für die Ausgewiesenen als unrechtmäßig erklärt, Delogierungsanträgen stattgegeben und solcherart die rechtliche Vogelfreiheit einer immerhin erheblichen Zahl österreichischer Staatsbürger fundiert und zum Beispiel erhoben.

Die Abgeordneten des steirischen Landtages sehen sich in Erfüllung ihrer Pflicht, den Rechtszustand zu achten und zu wahren im Interesse des Rechtes und der Menschlichkeit, veranlaßt, an die Österreichische Bundesregierung die dringende Forderung zu stellen, ehesten den Verfassungsrechten auch gegenüber dieser Menschengruppe Geltung zu verschaffen durch Beseitigung des unberechtigten Eingriffes in deren Eigentumsrecht, durch gleichmäßige Verteilung der Lasten, wie dies durch die Bundesregierung feierlich verkündet wurde und damit die Beseitigung der Ungleichheit vor Recht und Gesetz und durch Einordnung des ganzen Fragenkomplexes in Rechtsnormen, die vor dem ordentlichen Richter vertreten und behandelt werden können.

Der Steiermärkische Landtag gibt der Überzeugung Ausdruck, daß es genügend Mittel und Wege gibt, die qualvolle Bedrängnis einer großen Anzahl österreichischer Staatsbürger in Zusammenarbeit mit diesen zu beseitigen. Die tiefe Verbitterung und die Konsequenzen, die die Betroffenen ziehen, müssen in Anbetracht des furchtbaren, in der Geschichte einmaligen Unrechtes verstanden werden.“

Ich bitte um Annahme dieser Resolution.

Präsident: Ich frage den Berichterstatter, ob er den Antrag aufnimmt.

Berichterstatter: Ich nehme ihn auf.

Präsident: Die Abstimmung erfolgt am Schluß der Verhandlung.

Landesrat Maria Matzner: Hohes Haus! Scheinbar meldet sich zum Kapitel Fürsorge sonst niemand mehr. Ich möchte folgendes dazu sagen, weil es manchmal notwendig erscheint, einiges über die Aufgaben der Fürsorge hervorzuheben. Fürsorge ist an sich nicht geeignet für Propagandazwecke. Es ist etwas, was man leistet in stiller Arbeit und wobei man feststellen kann, daß immer noch zu wenig getan ist, daß immer noch mehr getan werden müßte. Der Einzelplan 4 im Voranschlag beinhaltet einen Ausgabenbetrag von etwas mehr als 57 Millionen Schilling, das sind ungefähr 10¼ % der gesamten Ausgaben des Landes. Auf der Einnahmenseite hat das Kapitel Fürsorge allerdings nur einen fünfzigprozentigen Anteil, das heißt, 50 % der Leistungen auf dem Fürsorgegebiet sind Zuschußbedarf des Landes, werden nicht wieder gewonnen aus Einnahmen, die wir erbringen durch Fürsorgekostenbeiträge und verschiedene Rückersätze. Aber schon der Prozentsatz an sich besagt, daß wir im Hinblick auf die große Not und auf die großen Aufgaben, die in der heutigen Zeit der Fürsorge gestellt werden, noch manches tun müßten.

In der Fürsorge des Landes unterscheiden wir Pflichtaufgaben, also solche Aufgaben, die gesetzlich fundiert sind, und freiwillige Leistungen. Zu den Pflichtaufgaben des Landes gehört vor allem die Fürsorge für die Erziehung und Ausbildung Körper- und Sinnesbehinderter, also Taubstummer, Blinder und Körperbehinderter überhaupt. Das Land Steiermark hat selbst als Landesanstalt das Taubstummeninstitut in Graz, das leider zum Teil noch von der dritten chirurgischen Klinik belegt ist, wodurch wir — dies hängt ebenfalls mit der Besetzung des Landes zusammen — sehr beengte und gedrängte Verhältnisse haben. Es ist uns — ich möchte fast sagen durch ein Kunststück — gelungen, alle von den Schulbehörden geprüften Kinder in diesem Jahr erstmalig in die Taubstummenanstalt aufzunehmen und sie dadurch einem Schulunterricht zuzuführen. Nicht in demselben Maße ist unsere Erziehungs- und Ausbildungsanstalt für Körperbehinderte in Andritz in der Lage, geistig normal begabte Jugendliche und Kinder aufzunehmen. Wir sind derzeit in Steiermark überhaupt noch nicht in der Lage, Mädchen in dieser Anstalt unterzubringen, weil die Anstalt viel zu klein ist. Wir sind auch nicht in der Lage, diese Kinder derzeit noch in ein anderes Bundesland zu schicken, so daß ein Großteil der körperbehinderten Jugend in Steiermark leider noch nicht einem regelmäßigen Schulunterricht und natürlich auch nicht einer Berufsausbildung zugeführt werden kann. Ich möchte im Zusammenhang mit diesem Kapitel auch noch darauf hinweisen, daß wir gerade von der Fürsorge aus bestrebt sind, mehr als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, auf die Tatsache, daß Erziehung und Berufsausbildung im Vordergrund zu stehen haben, Gewicht zu legen. Früher einmal hat Fürsorge bei Körper- und Sinnesbehinderten den Ton der besonderen Wohltätigkeit

und des Mitleids gehabt. Das wollen diese Menschen, die davon betroffen sind, nicht und davon sind auch wir, die wir verantwortlich sind für die Ausbildung und Erziehung der Körperbehinderten, endgültig abgekommen. Es hat sich gezeigt, nicht durch die ärztliche Kunst, sondern auch durch die menschliche Erkenntnis, daß es wesentlich zweckmäßiger und, wenn man das Wort in dem Zusammenhang sagen darf, auch wesentlich billiger ist, auch auf dem Gebiete der Erziehung und Schulung der Körper- und Sinnesbehinderten die Menschen Berufe erlernen zu lassen und sie möglichst selbständig ins Leben zu stellen, weil für die spätere Zukunft dann die Leistungen der Fürsorge zumindest wesentlich verringert werden können. Also allen jenen sei es gesagt, die immer wieder auf den großen Aufwand für Fürsorgezwecke hinweisen, daß es uns hier darum gehen muß, in steigendem Maße die Berufsausbildung und die Schulbildung auch der Körper- und Sinnesbehinderten in dem Ausmaße zu beschleunigen, damit es auch diesen Menschen einmal möglich sein wird, im Leben selbständig dazustehen und nicht auf das Geld und das Mitleid anderer angewiesen zu sein.

Ich möchte aber noch darauf hinweisen, daß wir damit allein, daß wir die jungen Leute in Anstalten unterbringen und Schule und Beruf an sie heranbringen, das Problem in Österreich leider noch nicht gelöst haben. Wenn wir mit ausländischen Vertretern, mit Vertretern von Hilfsorganisationen des Auslandes über die Frage der Beschäftigung der Körperbehinderten gesprochen haben, wurde darauf verwiesen, daß im Auslande ohne weiteres Körperbehinderte in alle Beschäftigungen eingebaut werden können. Ich habe darauf verwiesen, daß wir in Österreich nicht in der glücklichen Lage sind. Der Mangel an Arbeitskräften in anderen Ländern ermöglicht es, selbstverständlich auch Körperbehinderte in entsprechender Weise unterzubringen. Aber trotzdem, glaube ich, trotzdem wir keinen solchen Mangel an Arbeitskräften haben, müßte es in Österreich möglich sein, daß mehr als bisher Körper- und Sinnesbehinderte, wenn sie einen Beruf erlernt haben, auch dem Berufsleben, der Berufsausübung zugeführt werden können. Unsere derzeitigen gesetzlichen Bedingungen sind leider noch nicht so geschaffen, daß unter Umständen die zwangsweise Einweisung Körperbehinderter in den Beschäftigungsprozeß infolge gesetzlicher Möglichkeiten gegeben ist. Wir müssen das bedauern und es ist das Problem, hier eine gesetzliche Lösung zu finden, noch offen. Es muß beschleunigt gelöst werden. Es ist nahezu sinnlos, Anstalten einzurichten und auszubauen, die Körperbehinderten zu erziehen und beruflich auszubilden und dann, wenn sie den Beruf erlernt haben, der Not, der Arbeitslosigkeit und Wohlätigkeit zu überlassen. Ich glaube also, daß Sie mit mir eines Sinnes sind, daß wir auf dem Gebiete einen großen Schritt weitergehen und nicht warten sollen, bis auf der Bundesebene ein Gesetz in dieser Richtung geschaffen wird.

Eine der größten Posten auf dem Gebiete der Pflichtaufgaben sind die Aufwendungen für Geisteskranke, die Aufwendungen, die von der Fürsorge für Geisteskranke geleistet werden müssen, für jene, die kein Vermögen, kein laufendes Einkommen haben, das die Bezahlung der Verpflegskosten aus eigenen Mitteln ermöglicht. In diesem Zusammenhange muß ich doch sagen, daß es auf Grund von ärztlichen Berichten eine feststehende Tatsache ist, daß die Zahl der Geisteskranken infolge verstärkten Alkoholismus im Ansteigen begriffen ist. Denn wenn wir feststellen können, daß die Getränkesteuer von Steiermark 1951 nahezu 22 Millionen Schilling betragen hat, wobei ich genau weiß, daß die Getränkesteuer nicht nur für Wein und Schnaps bezahlt wird, aber gleicherweise in diesem Betrag nicht einbezogen ist die Biersteuer, wenn wir also feststellen mußten, daß 22 Millionen Schilling allein durch die Getränkesteuer hereinkommen und auf Grund der Berichte der Ärzte wissen, daß die Geisteskrankheit infolge Ansteigens des Alkoholismus im Ansteigen ist, so sehen wir, daß wir bei Bekämpfung der Geisteskrankheiten noch nicht den richtigen Weg gehen. Wir bekämpfen das Ende, die Geisteskranken selbst. Wir internieren die Geisteskranken, tun aber nichts, um den Alkoholismus zu bekämpfen, wir wehren uns nahezu dagegen, daß billigere Getränke hergestellt werden, die nicht Alkohol enthalten. Viele empfinden es als Schande, keinen Wein und kein Bier zu konsumieren und viele werden lächerlich gemacht, weil sie Abstinenzler sind. Wenn wir hier nicht von der Fürsorge aus und vom menschlichen Standpunkt allein dieses Problem betrachten, das nicht nur im Zusammenhang mit den Geisteskranken von wesentlicher Bedeutung ist, sondern es auch von der rechnerischen Seite ansehen, müssen wir sagen, wir sind alle keine richtigen Verwalter, weil wir erst eingreifen, wenn das Unglück schon geschehen und nicht mehr gutzumachen ist. Durch die möglichste Freiheit auf dem Gebiete des Alkoholkonsums ist die öffentliche Fürsorge und die Öffentlichkeit überhaupt aufs schwerste belastet. Ich glaube, daß wir auch hier nicht still sein dürfen und uns in Steiermark heiß darum bemühen müssen, den Alkohol zu bekämpfen, und zwar nicht nur hier bei den Geisteskranken selbst, sondern dort, wo er am Bestande der Familie rüttelt. Dort, wo es um den Bestand der Familie geht, spielt der Alkohol eine große Rolle und manche Aufwendungen der Fürsorge müssen deshalb gemacht werden, weil der sonst gut verdienende Mann mit seinem Lohne nicht nach Hause, sondern ins Wirtshaus geht und die Familie dann schon am Montag beim Bürgermeister ist, um eine Unterstützung zu bekommen, damit Frau und Kinder die Woche über etwas zu essen haben. Solche Familien sind keine Einzelercheinungen in der heutigen Zeit und ich glaube, es ist notwendig, von dieser Stelle aus einen öffentlichen Appell zu richten, alles zu unternehmen, damit dem übermäßigen Alkoholkonsum Einhalt geboten wird, und zwar

rasch. Das könnte man dann als eine Mannes-tat bezeichnen. Ich glaube, daß wir vor allem auf dem Gebiete der Preise der nichtalkoholischen Getränke etwas unternehmen müssen. Es ist wirklich lächerlich, daß das Bier billiger ist als das Mineralwasser und daß daher zur Abneigung, nichtalkoholische Getränke in Gesellschaft zu konsumieren, noch dazukommt, daß diese teurer sind als alkoholische.

Es ist von Abg. Schlacher ein Resolutionsantrag eingebracht worden, der aber nicht in mein Kapitel, sondern in das Kapitel 6 gehört. Es ist dort bei der Frage des Wohnungswesens auf die Flüchtlingsfürsorge hingewiesen worden. Ich möchte sagen, daß der Finanzausschuß dem Hohen Hause einen Antrag vorgelegt hat, der beinhaltet, daß wir vom Lande aus uns erneut an den Bund zu wenden haben, damit er Aufgaben, Leistungen der Flüchtlingsfürsorge übernimmt. Das Land Steiermark wendet aus eigenen Mitteln, die im Voranschlag vorgesehen sind, etwas mehr als 4 Millionen Schilling, die Bezirksfürsorge wendet 2,9 Millionen Schilling auf. Damit ist sicherlich noch nicht vorherbestimmt, was der Bund selbst für die Flüchtlingsfürsorge in unserem Lande zu leisten hat. Ich glaube, wir sind einer Meinung, daß diese Resolution einstimmig beschlossen wird und wir werden uns wieder wie im Vorjahre bemühen, die Leistungen auf dem Gebiete der Flüchtlingsfürsorge rückersetzt zu erhalten. Wie immer die Entscheidung des Bundes bei diesen Verhandlungen ausgehen wird, wir können die Flüchtlinge deshalb nicht um die kärgliche Fürsorge bringen und mußten deshalb vorsorgen, was für die Flüchtlinge in Steiermark dringend und unerlässlich notwendig ist.

Wenn Sie in der letzten Zeit im Rundfunk die verschiedenen Hilferufe für notleidende Flüchtlinge gehört haben, so handelt es sich dabei sicherlich nur um Einzelfälle, aber richtig ist, daß ein Großteil der Flüchtlinge in unserem Land auch in den Lagern — das möchte ich betonen — unter sehr schwierigen Verhältnissen lebt. Daher ist es erforderlich, daß wir uns nicht nur rein rechnerisch um sie kümmern, sondern auch versuchen, sie in immer steigendem Maße in die Gemeinschaft der Österreicher einzugliedern und die Unterschiede aufzuheben, die da und dort noch vor kurzem auf Fürsorgegebiet bestanden haben. Ich kann hier berichten, daß wir in Steiermark — und das ist keineswegs so selbstverständlich als es klingen mag — auf dem Gebiete der Fürsorge für die Flüchtlinge die gleichen Grundsätze anwenden wie für die österreichischen Hilfsbedürftigen. Wir kennen keine Unterschiede mehr. Noch sind nicht alle anderen Bundesländer diesen steirischen Richtsätzen gefolgt.

Es hat der Herr Berichterstatter auf das Problem der Heimkehrer und Kriegsoffer hingewiesen und wir wissen, daß wir mit den 135 Paketen, die wir monatlich nach Rußland schicken und mit der geldlichen Unterstützung von drei Kriegsgefangenen in einem anderen Land eine

große und weit über das Maß der selbstverständlichen Leistungen hinausgehende Verbindung zu diesen noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Soldaten haben. Die Briefe, die wir im Amt von diesen Kriegsgefangenen erhalten, beweisen uns, daß das weit mehr ist als man mit 250.000 S aufwenden kann. Ich möchte daher sagen, es ist der Dank, die selbstverständliche Pflicht der Heimat den Menschen gegenüber, die ohne ihr eigenes Verschulden sich noch immer in Kriegsgefangenschaft befinden. Ich möchte an diesem Kapitel nicht vorbeigehen ohne zu erwähnen, daß wir aus der Steiermark noch immer ungefähr 10 bis 14.000 Soldaten vermissen, von denen die Angehörigen noch nicht wissen, ob sie wirklich tot sind oder ob sie sich noch unbekannt irgendwo in der Gefangenschaft befinden. Die Opfer des zweiten Weltkrieges sind auch heute noch, viele Jahre nach Beendigung des Krieges, für uns sichtbar und wenn manche auch vergessen auf diese Opfer, ich glaube, die Voranschlagsberatungen des Landtages sollen eine ernste Warnung an alle entscheidenden Mächte in der Welt sein, alles zu unternehmen, nicht nur wie es in unserer Resolution heißt, daß auch der letzte Kriegsgefangene heimkehrt, sondern auch daß der Friede gesichert erscheint und nicht durch einen neuen Krieg neues Elend über die Menschheit gebracht wird.

Aber auch die politischen Opfer aus zwei Faschismen sind eine Erbschaft des vergangenen Krieges und der vergangenen Diktatur. Ich möchte hier sagen, daß das Land Steiermark noch wesentliche Beträge für die Unterstützung der politischen Opfer ausgibt. Ich kann dieses Problem vielleicht in einer Zahl zusammenfassen, an der wir — glaube ich — nicht vorbeigehen können, wenn uns auch manchmal das Vergessen empfohlen wird. Die in Steiermark lebenden politischen Opfer haben insgesamt eine Haftzeit von 4037 Jahren verbüßt und es ist notwendig, das hier festzustellen. Es zeigen uns die Kriegsgefangenen und die politischen Opfer nur allzu deutlich, wohin es geht, wenn der Boden der Demokratie und der friedlichen Zusammenarbeit verlassen wird.

Auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt, ebenfalls zum Kapitel 4 gehörend, haben wir als gesetzliche Aufgaben die Fürsorgeerziehung zu erfüllen und ich kann sagen, daß uns das mit schweren und mit großen Sorgen erfüllt. Der Landtag hat sich schon wiederholt mit dem Ausbau der Übernahmestelle Rosenhof beschäftigt und ich kann heute berichten, daß der Rohbau, der schon so lange hier beschlossen worden ist, nun endlich begonnen wurde und daß wir hoffen, im Jahre 1953 so weit zu sein, daß wir die gesamte ausgebaute Übernahmestelle der Benützung übergeben können. Als Zwischenlösung mußten wir allerdings eine Unterbringungsmöglichkeit suchen für Jugendliche, die vor Schöffengerichten zur Verhandlung kamen, aber dort freigesprochen wurden. Diese angeklagten und freigesprochenen Jugendlichen

werden von den Gerichten einfach wieder überstellt, aber es erhebt sich die Frage, wohin? In die Gefängnisse? Sie wurden eben wegen eines Deliktes freigesprochen, aber sie kommen schon in der nächsten Stunde in die Gemeinschaft von solchen, die bei einem nächsten Prozeß vielleicht abgeurteilt werden. Wir sehen hier noch eine große Lücke und eine große Verpflichtung in der Aufgabe, daß wir, solange die Übernahmestelle nicht fertig ist, eine Zwischenlösung finden müssen, die auch die Landesregierung in ihrer letzten Sitzung schon genehmigt hat, indem wir aus Landesmitteln zwei Räume im Polizeigefängnis einrichten, so wie wir es für notwendig und zweckmäßig halten, um wenigstens eine Notlösung hier zu finden.

Ich darf in diesem Zusammenhang aber auch sagen, daß uns die Fürsorgeerziehung deshalb Schwierigkeiten macht, nicht weil die Kinder oder die Minderjährigen so schlecht sind, sondern weil die Eltern ihren Verpflichtungen gegenüber den Kindern nicht nachkommen. Es ist so bitter, wenn man immer wieder feststellen kann, daß an diesen Kindern die Erwachsenen vorübergehen und sie so behandeln, als wären sie die Verbrecher und nicht die Gesellschaft, die Umgebung, das Milieu, ja selbst das Elternhaus, in dem sie sich befanden. Hier haben wir noch sehr viel Aufklärungsarbeit zu leisten, hier haben wir die Ursachen der Verwahrlosung zu bekämpfen. Hier dürfen wir es nicht so machen wie bei den Geisteskranken, daß wir erst die Folgen der Verwahrlosung bekämpfen und uns dann wundern, daß dem Land Steiermark daraus eine so beträchtliche fürsorgerische Belastung erwächst. Ich darf hier mit aller Freiheit, mit aller Offenheit und allem Nachdruck sagen, ich persönlich, aber auch die in der Jugendfürsorge tätigen Beamten, halten es für den größten Fehler, daß man spart bei der Einstellung von Fachkräften auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt und dann nicht mehr sparen kann bei den Aufwendungen für die Fürsorgeerziehung oder Schutzaufsicht der Kinder. Wir haben in der Steiermark fast 24.000 Pflegekinder. Wir sind gesetzlich verpflichtet, diese zu beaufsichtigen und zu betreuen, wir haben auch für diese 24.000 Pflegekinder, die sich vorwiegend in ländlichen Gebieten befinden, in Steiermark lediglich 98 Fürsorgerinnen zur Verfügung, neben all den anderen Aufgaben, die zusätzlich auf dem Gebiete der Fürsorge und auch auf dem Gebiete des Gesundheitswesens uns erwachsen. Ich will das nur feststellen, damit man nicht klagen soll, wenn die Ziffern der Jugendverwahrlosung ansteigen und man erst nachträglich immer wieder fragt, warum man denn nicht rechtzeitig vorgesorgt habe. (Landesrat Prirsch: „Das ist nur eine Frage der Organisation. Schauen Sie auf die Feuerwehren! Freiwillig!“) Ich darf auf diesen Einwand gleich sagen, daß man auch freiwillig auf diesem Gebiete manches zu leisten versucht hat, aber in der Wohlfahrt gibt es noch keine Ehrenzeichen und auch keine Diplome und dann ist vielleicht auch die Art der Arbeit, die

zu leisten ist, eine solche, die bei freiwilligen Helfern — soweit unsere Versuche in der Richtung bisher auch gegangen sind — deshalb nicht von Erfolg gekrönt wird, weil zum Beispiel ein Nachbar in einer Gemeinde sich wohl sehr hütet, einem alkoholisierten Mann entgegen zu treten, wenn er sein Kind mißbraucht oder wenn er es um 10 Uhr oder 11 Uhr nachts noch im Gasthaus mit hat. Er wird der Sache zusehen, sich nicht in Streit einlassen mit dem Nachbar und diese Freiwillige Jugendhilfe, wie sie zum Beispiel Liezen aufbauen konnte, hat sich, wie ich aus neuen Berichten erfahren konnte, nicht bewährt aus den von mir kurz skizzierten Ursachen. Beamte und freiwillige Helfer, aber auch der Nächste selbst hätten hier die Verpflichtung, alles, was gegen die Kinder verbrochen wird, anzuzeigen. In einem ganz schlimmen Falle haben wir Briefe erhalten und die Presse beschäftigte sich damit. Es wurde dann aber festgestellt, daß mehr als ein Jahr lang die Nachbarn im gleichen Hause von der Mißhandlung, von dem Mißbrauch des Kindes gewußt und nichts darüber berichtet haben. Es ist schwer für die öffentlichen Stellen, nach einem Jahr einzuschreiten, wenn dieser junge Mensch wirklich vollkommen in seinem körperlichen und seelischen Zustand verwüstet ist. Ich tue es nicht zum ersten Male, die Öffentlichkeit aufzurufen und sie selbst an die Verpflichtung zu erinnern, die sie hat und sich nicht immer damit zu beruhigen, daß das Amt berufen ist, die Aufgaben zu erfüllen, die von ihr miterfüllt werden müßten.

Wir glauben, daß die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt zwischen Mensch und Öffentlichkeit von entscheidender Bedeutung ist und daß manches uns erspart bleiben würde, was bei Gericht dann abgeurteilt wird oder in der Fürsorgeerziehung oder im Gefängnis landet. Ich darf darauf hinweisen, daß wir vom Lande Steiermark einiges tun und noch tun werden im nächsten Jahr auf dem Gebiete der Vorbeugung. Es ist meine volle Überzeugung, daß hier noch mehr zu geschehen hat durch die Einrichtung „Jugend am Werk“, die vom Lande wesentlich gefördert wird, derzeit vorbildlich für andere Bundesländer ist und die vor allem im nächsten und übernächsten Jahr in steigendem Maße unsere Schulentlassenen aufzufangen hat. In Steiermark werden es mehr als 10.000 Menschen sein, die die Schule verlassen und wir haben, soweit es finanziell in unseren Kräften liegt, nicht nur in meinem Kapitel, sondern auch auf dem Kapitel „Schulwesen“ selbst Vor-sorge getroffen, daß, soweit als möglich, Maßnahmen vorbeugender Art geschaffen werden, damit gleichzeitig der Berufsvorbildung und der Berufsempfehlung dienend.

Wir haben in Steiermark der Förderung der Erholungsaktionen für Kinder unser volles Augenmerk zugewendet und nennenswerte Beiträge dafür im Voranschlag eingesetzt. Ich möchte erwähnen, daß gerade wir auf dem Gebiete der Fürsorge und Jugendwohlfahrt ausländische Hilfe hatten und haben und möchte diese

Sitzung des Steiermärkischen Landtages dazu benützen, um vor allem den ausländischen Spendern zu danken, die noch immer in nennenswerter Weise Hilfe leisten. Es sind dies die amerikanischen Quäcker, die Freunde des british Council, das Schweizer Rote Kreuz, das Internationale Rote Kreuz, das Schwedische Rote Kreuz und Save Children-Freunde. Von diesem haben wir 1000 Dollar für Bergschuhe für Kinder aus Berggemeinden erhalten, die einen weiten Schulweg haben.

Ich darf abschließend meine sehr kurzen Ausführungen schließen mit der schon wiederholt zum Ausdruck gebrachten Auffassung, daß die Fürsorge nicht etwas ist, was man so nebenbei macht, sondern daß wir uns alle verpflichtet fühlen sollen, so viel als möglich auf fürsorglichem Gebiete zu leisten und uns in steigendem Maße die Vorbeugung der Not, die Erfassung der Not als große Aufgabe zum Ziele zu setzen und nicht erst dann Aufwendungen zu vollziehen, wenn es fast schon zu spät ist. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Abg. Stöffler: Hohes Haus! Für Blinde, Taubstumme, Sieche, Körperbehinderte, für alle die, die nicht für sich selbst sorgen können, ist es ein Gebot des Herzens und der moralischen Pflicht der menschlichen Gesellschaft, Vorsorge zu treffen. Es waren sicher keine Parteipolitiker, die an die Erfüllung dieser menschlichen Pflicht als Erste herangetreten sind, das menschliche Gewissen auf diesem Gebiet ist älter als Parteipolitik, es kann kein Parteipolitiker, welcher Färbung immer, von sich und seiner Partei behaupten, er oder seine Partei seien die Erfinder der Fürsorge. Ich sage das deshalb, weil auf einer gewissen Seite solche Komplexe bestehen.

Im Laufe der Zeit ist jeder einzelne immer mehr in das Gemeinschaftsleben hinein verflochten worden, die Menschen haben immer mehr versucht, die gemeinsame Freiheit zu sichern, in diesem Zeitalter des Organisierens ist jeder einzelne Mensch erfaßt worden und so auch jeder einzelne dieser Armen und Bedauernswerten und dadurch ist die Hilfe für diese Menschen organisiert worden, soweit organisiert worden, daß heute hier die öffentliche Hand wirklich als ein mächtiger Helfer beispringt. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn der eben durch einen Zwischenruf hereingetragene Gedanke der freiwilligen Helfer aufgegriffen und weitgehend ausgebaut würde. Versuchen wir, an das gute österreichische und steirische Herz zu appellieren und ich bin der Meinung, wenn immer wieder der Versuch gemacht wird, daß er auch schließlich und endlich zum Erfolge führt.

Es muß aber bei dem ganzen Kapitel Fürsorge noch etwas gesagt werden, und zwar, daß man sich wirklich sehr bemühen sollte, alle parteipolitischen Erwägungen aus diesem Kapitel zu entfernen. Ich muß sagen, es hat mich nicht angenehm berührt, daß gerade das Odilien-Blindenheim keine Berücksichtigung seiner sehr drin-

genden Wünsche gefunden hat. Ich habe mich genötigt gesehen, durch einen Antrag der ÖVP hier etwas wett zu machen, was nicht berücksichtigt wurde.

Das Kapitel der Fürsorgeerziehung ist ein modernes Kapitel des Fürsorgewesens, das ist richtig, das kann man nur unterschreiben. Man versucht, den Menschen zurückzuführen in die menschliche Gesellschaft, statt ihn auszustoßen, beiseite zu stellen und zu degradieren. Wenn nur einige wenige gerettet werden, lohnt es sich trotzdem, weil hier die menschliche Gesellschaft um Menschen ringt, weil sie versucht, Menschen zu gewinnen und ich möchte fast sagen, sie eigentlich erst zu Menschen zu machen. Aber auch hier, wenn auch nicht in Steiermark, haben wir leider in der letzten Zeit bittere Erfahrungen machen müssen, weil auf diesem Gebiete scheinbar die parteipolitische Betrachtung hirnvernebelt ist. Es wird Ihnen sicherlich noch in Erinnerung sein, daß in einer Erziehungsanstalt in Niederösterreich eine Revolte ausgebrochen ist. Wenn sich die Presse einer gewissen Seite Auslassungen über diese Vorkommnisse leistete, muß man fragen, ob da wirklich nichts anderes zu machen ist, als ein solches Vorkommnis zum Anlaß zu nehmen und zu sagen: Weil der Finanzminister nicht die Gelder bereitgestellt hat, um in diesem Hause Renovierungen durchführen zu können und einige Räume auszumalen, haben sich die Insassen dieses Institutes — zwischen den Zeilen steht es — förmlich mit Recht dagegen aufgelehnt und eine solche Revolte durchgeführt.

Man soll doch nicht auch noch mit der Seelennot der Menschen Politik machen, wenn man schon versucht hat, aus der materiellen Not der Menschen politisches Kapital zu schlagen.

Gerade diese Vorkommnisse möchte ich zum Anlaß nehmen. Wir haben in Österreich nicht nur notwendig eine Stabilisierung von Wirtschaft und Währung, ich glaube, wir haben auch notwendig eine Bereinigung und Stabilisierung der politischen Gesinnung anzustreben. Denn wenn das erreicht werden würde, dann würden solche Blüten nicht gedeihen. Im übrigen — und da wird mir wohl jeder vernünftig denkende Mensch zustimmen — gerade die Stabilisierungsbestrebungen, die seitens der ÖVP an den Tag gelegt werden, gerade diese Stabilisierungsbemühungen für Wirtschaft und Währung werden auch für die Fürsorge einen günstigen Boden schaffen. Sie werden uns helfen, die Folgen des Krieges, die in diesem Kapitel eine nicht unbedeutende Rolle spielen, eher zu beseitigen und sie werden uns in die Lage versetzen, allen jenen wirklich zu helfen, denen jeder Mensch mit gutem Herzen helfen muß und daß wir es auch immer so tun, daß diese Hilfe auch wirklich zur Hilfe wird. (Beifall und Bravo-rufe bei ÖVP.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Sebastian: Hohes Haus! Grundsätzliche Abänderungen zu diesem Kapitel sind nicht eingebracht worden. Ich ersuche daher namens des Finanzausschusses, auch dieser Gruppe die Zustimmung zu geben. Zum eingebrachten Resolutionsantrag teile ich mit, daß dieser grundsätzlich von mir aufgenommen wurde, daß aber eine stilistische Änderung vorgenommen werden wird und daß die Abstimmung darüber mit den anderen Resolutionsanträgen des Finanzausschusses am Schluß erfolgt.

1. **Präsident-Stellvertreter Operschall:** Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 4 mit den in der Beilage Nr. 96 enthaltenen Abänderungsanträgen des Finanzausschusses zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 4 ist angenommen.

Wir kommen zur **Gruppe 5**, „Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung“. Berichterstatter statt meiner ist Abg. Afritsch.

Abg. Afritsch: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich ausführlich und gründlich mit der Gruppe „Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung“ beschäftigt. Es wurden insgesamt 16 Abänderungsanträge gestellt, 15 Anträge des Herrn Landtagsabgeordneten Sebastian und ein Abänderungsantrag des Herrn Landtagsabgeordneten Stöffler. Es sind nur Erhöhungsanträge gestellt worden und keine Streichungsanträge. Der erste Antrag betrifft Betriebskosten des Röntgen-Reihenuntersuchungsgerätes, und zwar wurde hier ein Erhöhungsantrag von 135.000 S gestellt. Die Anträge 2 bis 10, betreffend ärztliche Erfordernisse, betragen insgesamt 817.300 S. Die Anträge 11 und 12, betreffend Gebäude und Anlagen, Neubauten und Erweiterungen, beziffern sich auf 730.000 S. Der Antrag 13 betrifft einen Förderungsbeitrag an den Bergrettungsdienst in der Höhe von 5000 S, der Antrag 14 einen Förderungsbeitrag für Arbeiter-Segelflieger in der Höhe von 10.000 S, der Antrag 15 einen Förderungsbeitrag für die Fertigstellung der Sprungschanze in Eisenerz im Betrage von 10.000 S und der Antrag 16 einen Förderungsbeitrag für die Ausgestaltung des Pfadfinderheimes Mürzzuschlag in der Höhe von 15.000 S.

In der Gruppe 5 betragen die Einnahmen, die unverändert in meinem Antrag aufscheinen, 121.821.800 S, die Gesamtausgaben 149.692.400 S, die Summe der 16 Erhöhungsanträge beträgt 1.722.300 S, so daß demnach die Gesamtausgaben der Gruppe 5 betragen 151.414.700 S. Im Namen des Finanzausschusses stelle ich den Antrag, die Abschnitte der Gruppe 5 mit den oben erwähnten Erhöhungsanträgen anzunehmen.

1. **Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. h. c. Machold:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich wie in den Vorjahren auch heute hier im Hohen Hause wieder

das Wort ergreife, um Ihnen einen kurzen Rechenschaftsbericht über die Leistungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens im Lande Steiermark zu erstatten, so tue ich das zunächst, um mich einer übernommenen Pflicht Ihnen gegenüber zu entledigen. Darüber hinaus bereitet mir aber die Erfüllung dieser Pflicht auch eine persönliche Genugtuung, weil es mir vergönnt war, wieder eine Reihe der gesteckten Ziele in meinem Referate zu erreichen. Diese erreichten Ziele stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den vom Lande zu erfüllenden sozialen Aufgaben und bedeuten für mich persönlich auch einen Schritt zur Verwirklichung meiner Weltanschauung.

Mit Rücksicht auf den von mir im Vorjahre erstatteten, ausführlichen und allgemeinen Bericht kann ich mich auf die Berichterstattung über die im abgelaufenen Budgetjahre vollführten Aufgaben beschränken.

Fast abgeschlossen wurde der Bau des Zentral-Röntgen-Institutes im Landeskrankenhaus Graz. Es bleibt verhältnismäßig nur mehr wenig für die ersten Monate des kommenden Jahres zu tun übrig, um dieses Werk zu vollenden. Wenn auch der Aufwand hierfür ein großer ist — bisher rund 9 Millionen Schilling und ein weiterer Betrag von 5,5 Millionen Schilling wird noch notwendig sein — so wird doch auch der Nutzen dieses Neubaus dieser finanziellen Anstrengung entsprechen. Mit dieser Einrichtung werden nicht nur jene Voraussetzungen geschaffen, welche für eine exakte Untersuchung und Diagnosestellung erforderlich sind, sondern es werden damit auch Behandlungsmethoden auf dem Gebiete der Strahlenheilkunde fortentwickelt, die es ermöglichen, erfolgreiche Heilmethoden auch bei den wegen ihrer Häufigkeit und Bösartigkeit so gefürchteten Geschwulsterkrankungen — kurz gesagt Krebserkrankungen — anzuwenden. Es wird mir eine Freude bereiten, die Abgeordneten zu der voraussichtlich im nächsten Frühjahr stattfindenden Eröffnung dieser neuen Heilbehandlungsstätte namens der Landesregierung einladen zu dürfen.

Auch anderen Instituten des Grazer Krankenhauses wurden im abgelaufenen Jahre die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt, um einen modernen klinischen Anforderungen genügenden Ausbau zu ermöglichen. So wurde unter anderem der Aufbau der Grazer Zahnklinik in die Wege geleitet. Die räumlichen und instrumentellen Einrichtungen an dieser Klinik waren seit Jahren den modernen Anforderungen keinesfalls mehr gewachsen. Der immer mehr erkannte Zusammenhang zwischen Erkrankungen der Zähne und allgemeinen Erkrankungen hat dazu geführt, daß zur Ausübung der Zahnheilkunde in Zukunft nur mehr approbierte Ärzte zugelassen werden, die ihrerseits ihre Ausbildung an der Grazer Universitätszahnklinik erhalten. Rund 800.000 S sind dafür bereits aufgewendet worden und im nächsten Jahre wird ein weiterer Betrag von rund

2.400.000 S zur Vollendung dieses Werkes notwendig sein.

Die im Vorjahr bewilligten Mittel für die Errichtung einer Wasserbettenstation auf der Klinik für Haut- und Geschlechtskranke konnten ebenfalls ihrem Zwecke zugeführt werden. Es änderte sich die Behandlungsmethode, früher hat man alle Hautkranken vor Wasser bewahrt, heute ist es anders geworden. Auch dieser Bau geht seiner Vollendung entgegen.

Eine Reihe anderer dringend notwendiger kleiner Verbesserungen, wie zum Beispiel das Ambulatorium der Frauenklinik, sowie die Einrichtung eines neuen Laboratoriums auf der III. medizinisch landwirtschaftlichen Abteilung konnten im vergangenen Jahr ebenfalls der Vollendung zugeführt werden.

Dem ganz dringenden Bedürfnis nach Errichtung eines neuen Gebäudes für die Krankenpflegeschule konnte in dieser Form nicht entsprochen werden. Ich erinnere daran, daß die diplomierten Krankenpflegerinnen einen dreijährigen Ausbildungskurs mitmachen müssen, erst dann bekommen sie das Diplom und können ihrer Beschäftigung nachgehen. Das Projekt eines neuen Gebäudes konnte allerdings in dieser projektierten Form nicht durchgeführt werden. Es wurde hier aber eine andere provisorische Lösung gefunden, die es ermöglicht, die Ausbildung der Krankenpflegerinnen im unbedingt notwendigen Ausmaß für eine Reihe von Jahren zu sichern. Das Land hat 2 Häuser in der Wickenburggasse in Graz um den Betrag von rund 3.300.000 S erworben, die als Internat für die Krankenpflegeschule Verwendung finden werden. Hätten wir zu dem Neubau der Krankenpflegeschule schreiten können, hätte uns das einen mindestens 5- bis 6mal höheren Betrag gekostet.

Für das allgemeine öffentliche Krankenhaus in Graz allein sind im vergangenen Jahr an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben rund 11.500.000 S aufgewendet worden. Trotz Erfüllung dieser großen und bedeutenden Aufgaben für das Grazer Landeskrankenhaus ist aber das Krankenanstaltenwesen in der übrigen Steiermark nicht vernachlässigt worden. Für das einzige im Ennstal gelegene Landeskrankenhaus in Rottenmann wurden Krankenhausverhältnisse geschaffen, die den Bedürfnissen der Bevölkerung dieses großen Bezirkes doch einigermaßen gerecht werden. Sicherlich wäre der Neubau eines Krankenhauses im Ennstal an einer geeigneten Stelle, darüber sind schon seit Jahren eine Reihe von Projekten vorhanden, besser gewesen als der Ausbau im Krankenhaus Rottenmann. Aber die Mittel des Landes sind, wie wir alle wissen, schließlich irgendwo begrenzt. Mit dieser Tatsache mußte ich rechnen und die Erbauung eines nur kleineren Krankenhauses mit 100 bis 120 Betten würde nach Berechnungen des Bauamtes einen Betrag von rund 30 Millionen Schilling erfordern. Durch einen entsprechenden Ausbau mit neuen Stockwerken konnte die Belagsmöglichkeit des Krankenhauses Rottenmann wesentlich erhöht

und darüber hinaus für das Personal entsprechende Unterkünfte bereitgestellt werden. Der hierfür aufgewendete Betrag beträgt immerhin rund 2.700.000 S.

Wer heute das Territorium des Krankenhauses in Bruck a. d. M. betritt, wird auf den ersten Blick den Eindruck haben, daß hier so manches verbessert worden ist. Die gesamten Anlagen erweisen sich nunmehr als sinnvoll arrondiert. Das Nord-Ost-Ende der neugeschaffenen Parkanlage wird von einem Neubauten, schmucken Personalhaus abgeschlossen, das in diesem Jahre bereits seiner Bestimmung übergeben werden konnte. Das geistliche und weltliche Pflege- und Wartepersonal im Brucker Krankenhaus war bis dahin nur in Kellerräumen des Hauptgebäudes untergebracht. In den Neubau sind auch die Verwaltungskanzleien verlegt und eine neuzeitliche Telephonanlage ist installiert worden. Mit der Arrondierung sind nunmehr auch die wesentlichen Vorbedingungen für einen notwendigen weiteren Ausbau dieses außerordentlich wichtigen Krankenhauses geschaffen worden. Als nächste Stufe hierfür ist der Ausbau der Frauenklinik vorgesehen. Es ist kein Zweifel daran, daß die für das Krankenhaus in Bruck aufgewendeten Geldmittel in einer Höhe von rund 6.400.000 S sehr zweckmäßig verwendet wurden.

In gleicher Weise konnte heuer auch in Voitsberg das neuerbaute Personalhaus seiner Bestimmung übergeben werden. Dadurch sind auch in diesem Krankenhause die ungenügenden Belagsmöglichkeiten für Patienten entsprechend verbessert und entsprechend erweitert worden.

Während im Krankenhaus in Hartberg, das bekanntlich in der Kriegszeit schwer gelitten hat, die Um- und Ausbauten mit Ausnahme des Operationssaales bereits ihrer Verwendung übergeben wurden, steht im Krankenhaus in Fürstenfeld die Inbetriebnahme in Bälde bevor. Hartberg hat einen Kostenaufwand von rund 980.000 S erfordert, während für den großzügigen Neubau in Fürstenfeld rund 42 Millionen Schilling notwendig waren. Für die Verbesserung der Einrichtungen und die Vollendung begonnener Umbauten für das Krankenhaus Leoben mußten im abgelaufenen Jahre zu den bereits geleisteten enormen Ausgaben rund weitere 1½ Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden.

Der Neubau des im Jahre 1942 abgebrannten Kinderheimes auf der Stolzalpe konnte heuer praktisch vollendet werden und in der allernächsten Zeit wird die volle Inbetriebnahme erfolgen. Wenn auch die Kosten hierfür rund 14.800.000 S betragen, so bin ich doch überzeugt, daß diese Mittel am rechten Platze und zur rechten Zeit eingesetzt wurden. Über die Bedeutung der Sonnenheilsätten auf der Stolzalpe und über die Schwierigkeiten der Unterbringung der stets in großer Zahl vorgemerkten Patienten habe ich bei der vorjährigen Budgetdebatte ausführlich berichtet.

Ich weiß sehr wohl, daß eine Reihe von Forderungen und Wünschen unerfüllt bleiben mußte, weil trotz Anerkennung ihrer Berechtigung die Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden konnten. So wäre zum Beispiel der Ausbau der chirurgischen Klinik und Abteilungen im Landeskrankenhause Graz sicherlich ebenso ein wünschenswertes Programm wie auch die Verbesserung der Spitalsverhältnisse in anderen Krankenhäusern, vor allem des Barackenspitals in Wagna. Schon harren aber wieder dringliche andere Probleme ihrer Behandlung. Auf der Kinderklinik in Graz herrschen recht ungute Zustände. Ein Neubau wird sich hier nicht auf die lange Bank schieben lassen. Für 1953 liegt dem Landtag der Antrag vor, für die dringendsten Erfordernisse mit Einsetzung eines Betrages von 3 Millionen Schilling einen Anfang zu machen.

Leider kostet ja auch die letzte Fertigstellung und Einrichtung nahezu vollendeter Werke noch immer viel Geld. Auch fordern die neuen Kenntnisse der Medizin immer wieder den Einsatz neuer kostspieliger Einrichtungen. Wenn zum Beispiel noch im heurigen Jahr — den Erfordernissen moderner therapeutischer Anschauungen Rechnung tragend — die baulichen Voraussetzungen in Hörgas-Enzenbach geschaffen wurden, um eine moderne Behandlung der Tuberkulose zu sichern, so müssen diese Räume im kommenden Jahre durch entsprechende Einrichtungen erst betriebsfähig gemacht werden. Dann werden sie erst ihren Zweck erfüllen können.

Ständig war mein Referat auch bemüht, die Arbeitsbedingungen für die in den Heil- und Pflegeanstalten Tätigen, also jener Menschen zu verbessern, die ihrerseits durch ihre berufliche Tätigkeit sich dem Wohl der Kranken widmen. Ich weiß, daß auch auf diesem Gebiete noch lange nicht alles getan ist, was zu tun notwendig wäre. Aber es kann niemand leugnen, daß auch hier beachtliche Fortschritte erzielt werden konnten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit in Feldhof und auf einigen besonders anstrengenden Krankenabteilungen im Landeskrankenhause Graz wurde bereits durchgeführt. Diese Maßnahme führte zu einer Personalvermehrung von rund 100 Neueinstellungen. Ich erwähne weiter die vom Landtag beschlossene Novellierung des Besoldungsgesetzes für Spitalsärzte. Außerdem wurden zahlreiche Verbesserungen für das Pflege- und technische Personal der Krankenhäuser geschaffen. Das Ziel bleibt hier: Ausreichende Zeit der Erholung für das Personal zu sichern, denn dies ist eine sozial gerechtfertigte Forderung. Die Erfüllung dieser Forderung im erwünschten und gerechtfertigten Umfang ist derzeit leider nicht möglich. Sie kann nur etappenweise erreicht werden, denn sie schließt eine enorme Personalvermehrung in sich, deren Kosten derzeit über die vorhandenen Geldmittel weit hinausgehen. Auch muß vorher das schwierige Problem der Unterkunfts-möglichkeiten gelöst werden.

Alles in allem mußten im abgelaufenen Jahre für unsere Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten zusammen rund 29 Millionen Schilling im außerordentlichen und einmaligen Aufwand — also ohne Personal- und ohne den laufenden immensen Sachaufwand — aufgebracht werden, um die Stagnation der letzten zwei Jahrzehnte auf diesem Gebiete zu beheben und Anschluß an ein modernes Krankenanstaltswesen zu finden.

Bei all den umfangreichen Aufgaben, die im Rahmen der kurativen Tätigkeit erfüllt werden müssen, darf aber doch des Grundsatzes, daß Vorbeugen besser ist als Heilen, nicht vergessen werden. Es gilt dieser Grundsatz nicht nur für das Fürsorgereferat, sondern auch für mein Referat. Immer mehr und mehr beanspruchen die auch auf diesem Gebiete ständig wachsenden Erkenntnisse erhöhte finanzielle Beitragsleistungen.

Vor kaum mehr als zwei Jahrzehnten noch mußte es der öffentlichen Gesundheitsverwaltung genügen, durch die Pockenschutzimpfung die Menschen vor einer Blatternerkrankung zu bewahren. Heute sind wir längst darüber hinausgekommen und unsere Kinder werden nicht nur gegen Blattern, sondern auch gegen Diphtherie, Scharlach, Wundstarrkrampf, Keuchhusten usw. schutzgeimpft. Im vergangenen Jahre wurden in Steiermark das zweite Mal die Schutzimpfungen gegen Tuberkulose mit bestem Erfolg und ohne jeden Schaden für die Geimpften durchgeführt. Soweit die Erfolgszahlen auf diesem Gebiete vorliegen, kann ich berichten, daß rund 61.000 Kinder gegen Diphtherie schutzgeimpft wurden und 40.000 Kinder gegen Blattern, das sind zusammen über 100.000 Kinder. Rund 20.000 Impfungen gegen Tuberkulose wurden durchgeführt. In dieser letzteren Zahl sind die Ziffern für die auf dem Gebiete des Sanitätswesens selbständige Landeshauptstadt Graz nicht inbegriffen. Etwa 16.000 Kindern wurden Mittel zur Vorbeugung gegen die Rachitis verabfolgt. Im Jahre 1953 wird sich das Gebiet der vorbeugenden Gesundheitspflege neuerlich gewaltig erweitern. Die allgemeinen öffentlichen Impfungen werden sich voraussichtlich auch gegen Keuchhusten und vor allem gegen Starrkrampf richten. Eine beachtliche Zahl von Menschenleben fällt in der Steiermark jährlich diesen Krankheiten zum Opfer. Zum mindesten kommt es zu schweren und gefährlichen Erkrankungen der Betroffenen in dieser Richtung. Wenn auch mit der Schutzimpfung gegen Tuberkulose diese Art von Erkrankungen zurückgeht, so bleibt die Zahl der Lungenerkrankungen doch immer noch groß genug, um den Einsatz von Untersuchungsmitteln zu rechtfertigen, die es ermöglichen, diese Krankheiten frühzeitig und rechtzeitig zu erkennen. Die Vereinten Nationen haben für diesen Zweck der Untersuchung dem österreichischen Staate ein fahrbares Röntgen-Schirmbildreihengerät und ein fahrbares Laboratoriumsgerät geschenkwise überlassen. Nach längeren Verhandlungen mit

dem zuständigen Ministerium ist es im Konkurrenzkampf mit anderen Bundesländern gelungen, diese Geräte, die einen Wert von rund 1 Million Schilling darstellen, für das Land Steiermark gewidmet zu erhalten. Im vorliegenden Budget ist für die Betriebsführung teilweise schon vorgesorgt. Das Land Steiermark hofft, durch diese Bereitstellung der erforderlichen Mittel und durch die Durchführung dieser Aktion einen ganz besonders wertvollen Beitrag zur Bekämpfung der Tuberkulose leisten zu können. Wir werden durch diesen fahrbaren Röntgenzug in die Lage versetzt werden, breite Schichten lungengefährdeter Bevölkerungskreise am Orte ihres Wohnsitzes oder ihrer Arbeitssätze zu untersuchen, wobei mit einem Minimum an Personal und Sachaufwand täglich bei vielen Hunderten von Personen eine Röntgen-Photographie der Lunge angefertigt werden kann.

Durch die bedrängte finanzielle Lage bedingt mußte im Budget 1953 von vielen als notwendig erkannten Ausgaben abgesehen werden und es konnten nur einige wichtige größere Vorhaben in das außerordentliche Budget eingestellt werden. Ich führe hier an den sehr notwendigen Neubau der gynäkologischen Abteilung im Krankenhaus Bruck a. d. M., den besonders dringlich gewordenen, schon begonnenen Bau der Wäschereianlage in Leoben und die Wiederherstellung der durch die Kriegseinwirkungen sehr stark beschädigten Fassade des Landeskrankenhauses Fürstenfeld. Für alle diese Ausgaben ist nach dem jetzigen Stand der Dinge eine Bedeckung nicht vorgesehen. Diese Ausgaben können erst dann beschlossen und wirksam werden, wenn durch Mehreingänge an Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben oder durch andere Mehreinnahmen die notwendige Bedeckung geschaffen werden kann.

Aus diesem meinem kurzen Bericht wollen Sie entnehmen, daß das Kapitel der Gesundheitsverwaltung einen nie abreißenden Aufgabenbereich bietet. Der Kampf gegen die Kindersterblichkeit, der Kampf gegen das Ansteigen der Krebsfälle muß mit allem Nachdruck fortgeführt werden. Bei letzteren geht es um die frühzeitige Erkennung und rechtzeitige Behandlung dieser Fälle. Das neue Zentralröntgeninstitut mit Radiumbehandlung wird hier von großem Nutzen sein. Nach einer Statistik über das Jahr 1951 stirbt in Wien alle 2 Stunden ein Mensch an Krebs.

Daß übermäßiger Alkoholkonsum nicht nur den menschlichen Organismus schwächt, sondern auch das Gebiet der Fürsorge belastet und für Krankheiten anfälliger macht, ist eine bekannte Tatsache. Leider hat der Alkoholkonsum auf der ganzen Welt seit dem 2. Weltkrieg geradezu beängstigend zugenommen. Bei uns in Österreich werden alljährlich 3—4 Milliarden Schillinge in Alkohol umgesetzt. Man könnte mit diesen Beträgen 45.000 Wohnungen bauen.

Hohes Haus! Ich komme zum Schlusse. Die Legislaturperiode des Landtages und der Landes-

regierung geht zu Ende. Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens ist in dieser Periode ganz außerordentlich viel geleistet worden. Hoffen wir, daß der am 22. Februar 1953 neu zu wählende Landtag und die neue Landesregierung diese Tätigkeit fortsetzen werden. Die ganze mühevoll Wiederaufbauarbeit, die unser Volk seit nunmehr sieben Jahren mit Heldenmut leistet, wäre umsonst, falls es uns nicht gelingt, unser Werk dereinst den Händen gesunder Nachkommen zu übergeben. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

(Präsident Wallner übernimmt wieder den Vorsitz.)

Abg. Scheer: Hohes Haus! Ich werde mich aus Gründen der fortgeschrittenen Zeit kürzer fassen, als vorgesehen. Ich möchte zum Kapitel der Krankenanstalten kurz an die Worte des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Machold anknüpfen und sagen, daß ich, meiner Pflicht als Abgeordneter bewußt, mich an Ort und Stelle persönlich in mancher Krankenanstalt bemüht habe, die Verhältnisse in den Krankenanstalten selbst zu erkennen. Ich kann dem Hohen Landtage von meiner Warte her berichten, daß in den Krankenanstalten selbst alle Sparmaßnahmen, soweit sie in kleineren Betrieben möglich sind, durchgeführt werden. Von irgendwelchen Verschwendungen oder Verschleuderungen, wie man das so häufig hört, kann nicht geredet werden. Daß auf dem Sektor der ärztlichen Behandlung eine wesentliche Intensivierung der Behandlungsmethode im Laufe der Zeit stattgefunden hat, ist nur eine selbstverständliche Folgerung der Tatsache, daß auch die ärztliche Wissenschaft sich weiter entwickelt hat.

Eine andere Angelegenheit, die unseren Landessäckel befaßt, ist schon der in der Generaldebatte erwähnte Preisnachlaß an die Krankenkassen durch das Land. Angenommen, daß alle über 28 Tage in den Krankenanstalten behandelten Kranken der öffentlichen Fürsorge anheimfallen und daß uns diese Tatsache einen gewissen Mehrbetrag kosten würde, müssen wir auf der anderen Seite doch feststellen, daß der Krankenkasse zweifellos schon dadurch außerordentlich entgegengekommen wird, daß der tägliche Verpflegungskostenbetrag von 45 Schilling zweifellos weitaus unter den tatsächlichen Kosten liegt. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter muß zugeben, daß der Preis, den wir für einen Tagesaufenthalt berechnen, zu gering ist im Vergleich zu den gebotenen Behandlungen, Unterkünften, ärztlicher Betreuung usw. Also hat die Krankenkasse ja schon einen erheblichen Preisnachlaß dadurch vom Lande bekommen, daß der Preis weit unter den tatsächlichen Gestehungskosten liegt. Wir sind auf dem Gebiet des Gesundheitswesens ja nicht auf Gewinn aufgebaut und wir werden bestimmt in den Krankenanstalten nicht nach Gewinn trachten, aber wir können es uns nicht leisten, daß wir auf diesem Sektor unsere Preise

so gestalten — ohne daß ich einer Preiserhöhung das Wort reden möchte — wie dies derzeit der Fall ist. Wir müssen erkennen, daß in diesem geringen Preis bereits ein wesentlicher Preisnachlaß enthalten ist. Daher erscheint die Beanspruchung eines weiteren Preisnachlasses — derzeit sind es etwa 11%, vor einer gewissen Zeit waren es etwa 20% — unbegründet.

Ich muß aber im Zusammenhang auch auf die Sozialversicherung zu sprechen kommen, weil in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit besonders die Sozialversicherungsinstitute, vor allem die Gebietskrankenkasse, einer besonders heftigen Kritik und großen Polemik unterzogen werden. Es ist auch notwendig, daß bei dieser Frage, ohne sie allzuweit auszudehnen, die drei Beteiligten, also der versicherte Patient, der Arzt und die Krankenkasse in ein entsprechendes Verhältnis zu einander kommen müssen, damit alle Teile möglichst befriedigt werden. Derzeit ist der Zustand so, daß sowohl der versicherte Patient als auch der Arzt, aber auch die Krankenkasse mit dem derzeitigen System nicht voll einverstanden sind. Jeder hat über den anderen Teil zu klagen und Beschwerden vorzubringen. Eine Voraussetzung allerdings für eine funktionierende Sozialversicherung muß es bestimmt sein, daß eine gerechte Proportion zwischen den geleisteten Beträgen einerseits und der hierfür gebotenen Leistung andererseits besteht. Und auf der anderen Seite muß möglichst die Gewähr gegeben sein, daß ein Mißbrauch der Versicherung durch den Versicherten und umgekehrt nicht vorkommt. Ich bringe dieses Problem noch aus einem anderen Grund zur Sprache, weil sich gerade in der Steiermark auch eine Arbeitsgemeinschaft im ärztlichen Berufsfach gebildet hat, um dieser Frage ganz besonders auf den Leib zu rücken.

Zweifellos treten im derzeitigen System der Sozialversicherung in der Gebietskrankenkasse große Systemfehler zu Tage. Bei diesem System erhält der Arzt, gleichgültig ob er einen Patienten 90 Tage oder einen Tag behandelt, zwanzig Schilling pro Schein und andererseits wieder sind diese Scheine einer Begrenzung insofern unterworfen, als er bis 600 Scheine zwanzig Schilling je Schein bekommt, bei über 600 Scheinen nur mehr S 18.50 und wenn sein Patientenandrang noch größer ist und er über 900 Scheine hat, bekommt er nur mehr einen ganzen Schilling für einen Patienten pro Vierteljahr. Selbstverständlich ist in dieser Honorierung des Arztes zweifellos eine Fehlerquelle enthalten, schon in der Hinsicht, daß vom Arzt aus hier eine Jagd nach dem Krankenschein einsetzt und daß diese Jagd auf Kosten einer tiefgehenden und soliden Behandlung des Patienten wohl oder übel gehen muß. Es ist ja selbstverständlich, daß, wenn der Arzt trachten muß, eine möglichst große Zahl von Scheinen zu erhalten, das auf Kosten des Patienten geht. Andererseits aber wiederum erscheint der Arzt, der sich einer besonderen Bemühung und Fürsorge für den Kranken befleißigt und seinen

Beruf den ethischen Grundsätzen entsprechend ausübt, beinahe bestraft für seine ethische Berufsauffassung. Also irgendwo liegt hier zweifellos ein Fehler. Ein zweiter Fehler dieses Systems ist der, daß es dem Patienten in gewisser Hinsicht möglich ist, diesen Schein als ein Druckmittel gegen den Arzt zu gebrauchen, um diesem seinen Willen aufzuzwingen, wenn er zum Beispiel haben will, daß er krank geschrieben, auf Erholung geschickt wird oder wenn er bestimmte Medikamente haben will. Das alles sind Dinge, die in öffentlichen Diskussionen immer wieder erörtert werden. Sie sind auch ein wesentliches Unruhemoment im Rahmen der Sozialversicherung, so sehr diese Versicherung an und für sich notwendig ist, um einem Notsand der breiten Masse auf jeden Fall zu begegnen.

Eine zweite Sache soll hier, weil bedeutend, beleuchtet werden, das ist die Anzahl der Ärzte. Trotz der oft gehörten Beschwerden wegen der so geringen Bezahlung ist es unter der Ärzteschaft so, daß man sich danach drängt, bei der Gebietskrankenkasse unterzukommen, weil man scheinbar auf diese Weise doch besser sein Leben als Arzt fristen kann. Es sind doch heute fast 85% der Bevölkerung zwangsversichert. Von den derzeit 741 praktischen Ärzten in der Steiermark sind 496 bei der Gebietskrankenkasse zugelassen. Es sind demnach nur 245 Ärzte ohne Gebietskrankenkasse. Von den 249 Fachärzten sind 127 mit Kasse und der Rest von 122 ohne Kasse. Bei den Zahnärzten ist das Verhältnis so, daß von 163 Zahnärzten 135 die Kasse haben und nur 28 nicht. Zu diesem an und für sich schon ungünstigen Bild kommt noch dazu, daß derzeit 573 Ärzte noch in Ausbildung begriffen sind, das heißt mit ihrem Turnus noch nicht fertig sind, die jedoch über kurz oder lang die Zahl der arbeitslosen Ärzte noch wesentlich erhöhen werden.

Wie allen diesen Problemen beizukommen ist, werden sich auf der einen Seite der Gesetzgeber, auf der anderen Seite die Kassen, auf der dritten die ärztlichen Organisationen bemühen müssen, um einen entsprechenden Ausweg zu finden. Es schreit also dieses unbefriedigende System der derzeitigen Sozialversicherung in der Gebietskrankenkasse nach irgend einer Lösung, zwar nicht, damit ich nicht mißverstanden werde, nur zu Gunsten des Arztes, des Patienten oder der Krankenkasse, sondern objektiv betrachtet zu aller drei Gunsten. Ein Beispiel einer Änderung wäre, daß man die Versicherungsbeiträge der Versicherten aufstockt, die Kasse wohl gewisse Beträge abnimmt, die für ihre Verwaltung und sonstige Dinge notwendig sind, die Restbeträge aber den Versicherten selbst zugute kommen; entweder braucht er sie im Krankheitsfalle oder wenn er sie nicht braucht, werden sie ihm refundiert. Vielleicht wird dadurch die beste Form gefunden, um einen Betrug von allen drei Beteiligten möglichst unrentabel zu machen. Und darauf kommt es an, damit man allzu menschlichen

Schwächen, die sich im derzeitigen System breit machen können, begegnen kann. Nicht daß ich dem allein das Wort spreche, zum Sturm auf die Kassen rate, sondern ich sage, man muß die Sache nach allen drei Richtungen untersuchen. Um da den richtigen Weg zu finden, müssen alle drei beteiligt sein und es ist zu hoffen, daß endlich eine Lösung gefunden wird, ehe dieses Kranken- und Sozialversicherungsproblem in ein Geleise gelangt, auf dem es immer mehr einem parteipolitischen Einfluß unterliegt und sich von der Sachlichkeit weg bewegt. Dieses Problem der Krankenkassen ist keine Angelegenheit der Parteipolitik, sondern eine Angelegenheit der inneren Befriedung eines sozialen Hilfswerkes. (Beifall und Bravorufe beim VdÜ.)

Abg. Stöffler: Hoher Landtag! Jeder von uns hat bestimmt den Wunsch, möglichst lang gesund zu bleiben und wenn er krank wird, möglichst rasch wieder gesund zu werden und möglichst lange zu leben und nicht nur wir haben diesen Wunsch, alle Menschen haben ihn und wenn man den sicherlich in vieler Hinsicht sehr stolzen Bericht des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Machold hört, mag das eine gewisse Beruhigung sein, daß auf dem medizinischen Sektor der Gesundheitsfürsorge in vieler Hinsicht so viel getan wurde.

Es mag uns vor allem für jene eine Beruhigung sein, die nahe solchen Instituten leben, die so reichlich bedacht wurden und so schön und groß und gut hergerichtet wurden. Ich zweifle aber, ob dieses Gefühl der Beruhigung auch jene haben, die im Falle einer Erkrankung genötigt sind, in das Krankenhaus in Wagna einzuziehen. Da wird weniger Beruhigung sein, wenn sie hören müssen, wie Landeshauptmannstellvertreter Machold ausgeführt hat, daß wieder eine Menge anderer Probleme der Lösung harren, die eine Verbesserung des Zustandes in Wagna außer Sicht stellen. Wir müssen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Machold, hier in diesem Hause heute die Forderung erheben, daß in Wagna etwas zum Besseren geschieht und, wenn noch Budgetmittel sich ergeben sollten, auf Wagna in erster Linie gedacht wird. Man müßte sonst zur Meinung kommen, daß derzeit vom Referate aus nichts dazu getan wird. Ich bin für meine Person der Überzeugung und Meinung, daß es sicherlich zweckmäßig war, Personalhäuser in diesem und jenem Krankenhause zu bauen. Dadurch hat der Belag eine Förderung erfahren und die Angestellten, die einen sicherlich nicht leichten, sondern einen schweren Dienst versehen, können in eigenen gesonderten Räumen wohnen. Aber geht eine Verbesserung des Zustandes in der Anstalt Wagna nicht vor? Ist es nicht in erster Linie notwendig, den Menschen um Wagna herum ebenfalls ein Institut hinzustellen, damit sie teilhaftig werden der Errungenschaften der modernen Medizin, damit sie ihre Gesundheit wieder gewinnen können, und zwar möglichst rasch und ihnen ein Stück

Leben mehr zu geben, wie allen denjenigen, die in guten Instituten behandelt werden? Ich glaube, diese gerechtfertigten Wünsche stehen dem Bau von Personalthäusern voran.

Wir haben bei diesem Kapitel nicht deswegen das Wort ergriffen, um in destruktiver Weise Stellung zu nehmen, wir haben in konstruktiver Weise Vorschläge gemacht und diese sind auch anerkannt und durchgeführt worden. Wir haben auch alle Ursache und auch die Pflicht, dazu Stellung zu nehmen. Wir sollen dem Voranschlage zustimmen und haben daher auch das Recht, dazu zu reden. Das Defizit, das sich aus der laufenden Gebarung der Spitäter ergibt — das Wort Defizit kann hier nicht denselben Klang haben, wie bei einem rein wirtschaftlichen Betrieb —, ist aus dem Steuertopf zu decken. Das ist keine besondere Kunst; ich bin der Meinung, daß es eine viel größere Kunst ist, Mittel und Wege zu suchen, diesen Abgang der laufenden Gebarung zu verringern und, wenn möglich, eines Tages zu beseitigen.

Es hat mich mit Erstaunen erfüllt, als ich in der Finanzausschußsitzung aus dem Munde des Herrn Landeshauptmannstellvertreters hören mußte, wenn es in diesem Kapitel nicht ausgehe, so nützt es nichts, das Geld müsse sowieso her. Ich empfinde das nicht als richtige Betrachtungsbasis für die hier entstehenden Abgänge, wenn ich mir vor Augen führe, daß die nachträglich geäußerten Wünsche seitens des zuständigen Referenten förmlich einbegleitet wurden mit der Feststellung, daß bei der Erstellung des Budgets ihm nicht jene Unterlagen zur Verfügung gestanden seien, die es ermöglicht hätten, die Ziffern so einzusetzen wie es notwendig gewesen wäre. Ich muß schon sagen, ein Betrieb oder eine Summe von Betrieben mit einem Umsatz von weit über hundert Millionen Schilling und vielen hundert Angestellten muß so geführt werden können, daß laufend Zwischenabrechnungen gelegt werden. Daß diese Zwischenabrechnungen notwendig sind, scheint mir außer Zweifel. Selbst wesentlich kleinere Betriebe erfordern eine laufende Überwachung, erfordern als Grundlage hiezu laufende Zwischenkredite. So führt man die Betriebe, in dem man sich laufend vergewissert, was im Betriebe los ist. Ich war überrascht, daß selbst für die Erstellung des Budgets nicht zeitgerecht die Unterlagen vorhanden waren und ich die Äußerung hören mußte, der beamtete Referent hatte die ziffernmäßigen Ausgaben, die für dieses Kapitel festgelegt wurden, als so niedrig befunden, daß er die Verantwortung für die gute Führung der Anstalten ablehnen mußte. Ich muß sagen, eine solche Äußerung auf Ablehnung der Verantwortung, weil die Ziffern nicht bekannt waren und dadurch die Ansätze nicht richtig festgestellt werden konnten, ist keine Grundlage, um einen Weg zu suchen und zu finden, wie man diese Defizite verringern und zu einer gesünderen Wirtschaft in diesen Anstalten kommen kann.

Wir haben heute Vormittag von Herrn Bürgermeister Dr. Speck schon gehört in der

Generaldebatte, daß das Land der Gebietskrankenkasse helfen müsse, ihre Aufgaben zu erfüllen und daß man also hinsichtlich der Streichung der Nachlässe etwas zurückhaltend sein und sie bestehen lassen solle. Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, die Gebietskrankenkasse als Selbstverwaltungskörper hat Mittel und Wege zu suchen und selbst die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um eine Gesundung ihres Institutes herbeizuführen. Es gibt auf diesem Gebiete genügend Unterstützungs- und Hilfsmöglichkeiten, um die Basis dieser Krankenversicherungsträger entsprechend zu gestalten und auszubauen. Das Land hat in erster Linie als Verwalter seiner Anstalten dafür zu sorgen, daß jene, die diese Anstalten gebrauchen und benützen, auch das zahlen, was sie zu bezahlen haben. Die Nachlässe — das haben wir schon im Vorjahre festgestellt — stellen schließlich und endlich nichts anderes dar als die Finanzierung der Konkurrenz, die die Gebietskrankenkasse in Form ihrer Ambulatorien den klinischen Anstalten in Graz gegenüberstellt. Wenn man sich die Ziffern der Patienten und Behandelten ansieht, dann erkennt man erst, wie groß die Konkurrenz dieser Ambulatorien ist. So sind im Jahre 1951 — entnommen aus dem Jahresbericht der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse — 87.400 Patienten behandelt worden und es gab dort 3443 Behandlungsakten. Das ist eine große Zahl, die deutlich den Umfang der Konkurrenz dieser Ambulatorien gegenüber der Klinik des Landeskrankenhauses aufzeigt. Die Gebietskrankenkasse hat im übrigen — und zwar nicht nur die steirische, sondern alle Gebietskrankenkassen in ganz Österreich — gewisse Reserven und ich für meine Person werde es nie unterlassen, immer wieder darauf hinzuweisen, wie man den Weg findet, diese Mittel mobil zu machen. Sehr oft wird die Krankenkasse von den Versicherten geradezu ausgelagt, bei Gott nicht von allen, aber von vielen. Wenn man sich die Krankmeldungen anschaut, muß man feststellen, daß im Jahre 1950 35 Millionen Schilling an Krankengeld ausbezahlt wurden, und zwar für 3,211.000 Krankheitstage. Im Jahre 1951 ist diese Ziffer auf 3,474.000 Krankheitstage gestiegen, die durchschnittliche Krankenstandszeit betrug also 25 Tage, auf jeden einzelnen Versicherten zurückgerechnet 18 Tage, das heißt, jeder bei der Gebietskrankenkasse Versicherte war durchschnittlich 18 Tage im Jahr krank gemeldet. Es haben sich demnach von 100 Versicherten in einem Jahr 72 krank gemeldet. Es soll sich natürlich jeder krank melden, der krank ist, man soll auch das Sozialinstitut zu Hilfe nehmen, dazu ist es ja geschaffen, aber zum Schutze derer, die wirklich krank sind, muß man einmal den Mut aufbringen, jene zu treffen, die nur in Auslaugungsmanier und um sich irgendwelche ihnen nicht zustehende Bonifikationen zu verschaffen, in unsozialer Weise die Einrichtungen der Krankenkasse in Anspruch nehmen. Ich bin der festen Überzeugung,

daß jeder anständige Arbeiter und Angestellte ein solches Bemühen verstehen und es auch gutheißen wird, weil es ja zum Wohle des braven und wirklich kranken Menschen geschehen soll. Im übrigen ist die Sorge des zuständigen Referates, es würde eine Kürzung des Nachlasses dazu führen, daß die Krankenkassen, die heute wohl 52 Wochen Krankenhausaufenthalt bezahlen, zu ihrer gesetzlichen Verpflichtung, die eine viel kürzere Zeit umfaßt, zurückkehren, als übertrieben, denn ich habe ebenfalls dem Jahresbericht der Krankenkasse entnommen, daß im vergangenen Jahr 28.911 Patienten die steirischen Krankenanstalten aufsuchen mußten und 523.936 Tage in diesen Anstalten verbracht haben, was einen Durchschnitt von 18,8 Tagen pro Patient ergibt. Im übrigen aber kann man doch wohl nicht die Gewährung des Nachlasses davon abhängig machen, denn die Krankenkasse leistet ja auf verschiedenen anderen Gebieten auch mehr, also über die gesetzliche Leistung hinausgehend und das Motiv, daß diese Leistungen überschritten werden, ist ein ganz anderes und muß bei einem Sozialversicherungsinstitut ein anderes sein als eine Kompensation für irgendwelche geldliche Nachlässe seitens eines Lieferanten oder seitens eines Institutes, das eine Leistung erbringt. Ich bin der Meinung, man soll mit den Krankenkassen — und diese Frage wird ja untersucht werden müssen — in ernstliche Verhandlungen treten und nach Möglichkeit zu erreichen versuchen, daß die Sozialversicherungsträger einen Preis bezahlen, den das Land für eine sicherlich gute und anständige Behandlung der Patienten verlangen muß. Im übrigen, meine Damen und Herren, ist mir aufgefallen, daß der Herr Bürgermeister Dr. Speck heute — ich möchte fast sagen das Ergebnis dieser Verhandlungen schon vorwegnehmend — gemeint hat, es werde nicht viel dabei herauskommen. Diese Vorwegnahme eines noch zu erwartenden Ergebnisses bei einer erst noch stattfindenden Prüfung liegt meines Erachtens auf derselben Ebene, wie diese leidige und so sehr zu verurteilende Rentenangelegenheit. Man kann sich eines Eindruckes nicht erwehren, daß, anstatt die Sozialversicherungsträger dazu zu bringen, sich auf ihre ursprünglichen Aufgaben zu besinnen, nämlich im Krankheitsfall Hilfe zu leisten und im Invaliditätsfall Rente zu zahlen, man sich hütet, sie daran zu erinnern. Ja warum? Das ist hier die Frage! Sie ist aber leicht zu beantworten. Die dort sich ansammelnden Kapitalien wären sicherlich geeignet, den so viel diskutierten Betrag von 150 Millionen Schilling, der da gekürzt werden soll, aufzufangen. Diese dort angesammelten Kapitalien werden aber leider Gottes in einem sehr bedauernswerten Ausmaß als ein machtpolitischer Faktor bezeichnet und auch als solcher gehandhabt. Sicherlich würde eine Verringerung dieser Kapitalien, die da angesammelt wurden, um Leistungen zu erbringen und Stöße aufzufangen, um helfend zu wirken, wahrscheinlich den Einlagenstand der Arbeiterbanken irgendwie beeinflussen, wenn sie abge-

zogen würden. Das ist auch das Geheimnis, warum man nicht bereit sein will, die Sozialversicherungsinstitute auf den ursprünglichen Zweck und ihre wirklichen Aufgaben zurückzuführen und das ist auch die Ursache, warum man diesen Dingen lieber aus dem Weg geht und an ihrer Stelle in psychologisch außerordentlich gefährlicher und darum umsomehr zu verurteilender Weise den Rentenschreck entgegenhält.

In der Meinung, daß das Land alles tun muß, um die Defizite in der laufenden Gebarung zu verringern, um sich nicht eines Tages das Zeugnis ausstellen zu lassen, daß es nicht wenigstens in annähernder Weise das fertig gebracht hat, was verschiedene Privatspitäler vorgeführt haben. Ich habe schon im Finanzausschuß auf das Barmherzigen-Spital, auf das Elisabethinen-Spital hingewiesen, die sicherlich nicht solche Aufwendungen machen können, wo die Behandlung in mancher Hinsicht nicht so gut, nicht so den Fortschritten der Medizin angepaßt ist, wie im Landeskrankenhaus in Graz und vielen Provinzspitälern des Landes. Diese beiden Anstalten hatten keine Defizitgebarung, es ist ja niemand da, der ein Defizit decken würde und ich habe schon erklärt, man müsse sie entweder als Zauberkünstler betrachten oder andere seien nicht in der Lage, annähernd solche Erfolge zu erzielen. Wir müssen uns anstrengen, durch sparsame und wirklich sinnvolle Wirtschaft das Defizit zu verringern. Ich bin der Meinung, wir müssen das auch erreichen, denn auf die Dauer wird das Land nach zwei Seiten hin nicht zuschießen können, nämlich einmal das reine Betriebsdefizit zu decken und auf der anderen Seite dafür zu sorgen, daß die Anstalten den medizinischen Fortschritten entsprechend geführt und gehalten werden können. Man wird notgedrungen ermaßen die Gebarung verbessern und sehr viel weniger defizitär gestalten müssen, um wenigstens die Mittel sicher zu haben, die wir brauchen, um im Dienste der Menschheit die Anstalten so zu führen, daß wir auf lange Sicht darauf stolz sein können und auch jeder Kritik insofern standzuhalten vermögen, daß wir sagen können: Wir haben auf weite Sicht geplant, haben in die Zukunft gesehen und wirklich sparsam und sinnvoll verwaltet. (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Abg. Sebastian: Hohes Haus! An der Spitze meiner Ausführungen zu dieser Gruppe ist es notwendig, eine Feststellung zu treffen. In der Generaldebatte haben einige bäuerliche Vertreter behauptet, daß der Herr Finanzreferent mit seinem Rotstift nur in der Gruppe 7 außerordentlich, unerbitterlich und hart gewesen und es ist als leichter Vorwurf aufzufassen und zum Ausdruck gebracht worden, daß er bei jenen Kapiteln und Gruppen, die von sozialistischen Regierungsmitgliedern verwaltet werden, nicht so hart vorgegangen sei. Jedem, der sich der Mühe unterzieht, die Beilage zum Landesvoranschlag durchzusehen, kann dort feststellen, daß in der Gruppe 5 eine Kürzung von 12,24% vor-

genommen wurde, während in der Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, die bäuerliche Bevölkerungskreise betrifft, nur eine Kürzung von 6,58%, also um die Hälfte des Betrages der Gruppe 7, erfolgt ist. Des weiteren hat Abg. Stöffler wohl eingangs erwähnt, man könne bei dieser Gruppe nicht von einem Defizit im Sinne von Wirtschaftsunternehmungen sprechen, hat aber dann in seinen weiteren Ausführungen dargelegt, daß es sich bei den 27 Millionen einschließlich der Erhöhungen durch den Finanzausschuß auf 29 Millionen um ein Defizit handelt. Wenn man in den Erläuterungen nachsieht, kann man feststellen, daß es sich in der Gruppe 7 um rund 29 Millionen Schilling handelt, welche das Land für öffentliche Förderungszweige auf dem Gebiete der Landwirtschaft ausgibt. Ich glaube, niemand in diesem Hohen Hause kann sagen, das sei ein Defizit, wenn auf der Einnahmenseite bei dieser Gruppe nichts verbucht steht. Im Gegenteil, wir als Sozialisten bedauern, daß bei der derzeitigen Finanzlage des Landes es nicht möglich ist, noch viel mehr für die Gruppe 7 zur Förderung der Landwirtschaft ausgeben zu können. Aber wir müssen mit Bedauern feststellen, daß von Seite der ÖVP beim Betrag von 27 Millionen Schilling, der tatsächlich aus Landesmitteln stammt — der übrige Betrag wird durch Beitragsleistungen und durch Rückersätze der Krankenkassen eingehoben —, ununterbrochen vom Defizit die Rede ist.

Es ist selbstverständlich, daß wir bei den Streichungen durch den Landesfinanzreferenten genötigt waren, im Finanzausschuß entsprechende Erhöhungsanträge zu stellen, im besonderen bei den Haushaltsposten 52 und 90, also bei ärztlichen Erfordernissen und Beheizung und Beleuchtung. Die Krankenzimmer, die Krankenzimmer, die Krankenzimmer müssen doch entsprechend geheizt und beleuchtet werden. Ähnliches gilt für Post 52, wo es sich um ärztliche Erfordernisse handelt. Im Finanzausschuß ist gefragt worden, ob die ärztlichen Erfordernisse in diesem Ausmaße notwendig seien und es ist darüber ausführlich debattiert worden. Wenn man den Ausspruch des Landesrates Dr. Illig berücksichtigt, den er getan hat in der Form, der derzeitige Vorgang bei Feststellung einer Krankheit sei ungefähr der, daß sämtliche wissenschaftlichen Erkenntnisse von Ramses II. bis zum derzeitigen medizinischen Stand ausprobiert würden, so ist sicherlich etwas Wahres dran. Trotzdem, glaube ich, kann niemand, der nicht selbst Arzt und Fachmann ist, feststellen, bis zu welchem Grade eine derartige Untersuchung und Analyse notwendig ist. Wir wissen, daß es früher üblich war, wenn jemand zum Arzt gekommen ist, daß der ihn abgeklopft hat und dann eine Diagnose stellte. Heute ist es so, daß sich der Patient einer Reihe von chemischen und analytischen Untersuchungen unterziehen muß und erst dann kann die Diagnose gestellt und die Therapie begonnen werden. Es mußte also auf diesem Gebiet unbedingt im Rahmen des möglichen getrachtet werden, zusätzliche

Mittel für die ärztlichen Erfordernisse zur Verfügung zu stellen.

Es ist schon von Herrn Landeshauptmannstellvertreter ausgeführt worden, daß Wesentliches in den Krankenanstalten geleistet wurde und es ist erfreulich, daß sich in den vergangenen Jahren und auch heuer wieder der Finanzausschuß, soweit es irgendwie im Rahmen der verfügbaren Mittel möglich war, bereit erklärt hat, den Erfordernissen der Landeskrankenanstalten entsprechend offen gegenüberzustehen. Trotzdem aber war es nicht möglich, alle unsere Anträge auf einmalige Ausgaben restlos zu erfüllen. Es konnten in den außerordentlichen Voranschlag nur einige Vorhaben aufgenommen werden, die aber leider auch unbedeckt sind. Eines der vordringlichsten Erfordernisse ist, glaube ich, wenn entsprechende Mittel einlaufen, den begonnenen Ausbau der Waschküche des Krankenhauses Leoben fertig zu stellen. Die Waschküche in diesem Krankenhaus ist zu einer Zeit gebaut worden, zu der im Krankenhaus Leoben nur 180 Betten waren; nun verfügt es aber auch über eine Frauenklinik und es ist die Gesamtbettenanzahl bereits auf 500, also auf weit mehr als das Doppelte gestiegen und die Waschküche ist immer noch im alten Ausmaß vorhanden. Es ist bei dem derzeitigen Zustand nicht einmal möglich, die infektiöse Wäsche getrennt von der anderen zu waschen, es ist nicht möglich, den Anfall von rund 1400 Windeln täglich für die neu entstandene Kinderklinik zu reinigen. Dazu kommt, daß durch die Aufstockung des Landeskrankenhauses in Leoben die Fassadierung außerordentlich dringend geworden ist, weil, wenn sie nicht ehestens in Angriff genommen wird, diese neue Aufstockung und auch der neu aufgesetzte Dachstuhl schweren Schaden leiden.

Der Herr Abg. Scheer hat ausgeführt, daß er sich der Mühe unterzogen hat, Krankenhäuser zu besuchen. Auch ich habe das getan und jeder andere, der es so halten würde, müßte ebenfalls sagen, daß noch viel mehr zu all dem, was bereits auf diesem Gebiete getan wurde, geschehen müßte. Im Krankenhause Knittelfeld z. B. ist es unbedingt erforderlich, den schon begonnenen Krankenaufzug fertigzustellen. Wer sich der Mühe unterzieht, im Krankenhause Knittelfeld bis unter das Dachgeschoß zu steigen oder hinunter in den Keller, der wird sehen, wie elend Bedienstete, die schwerste Arbeit leisten, wohnen müssen. Krankenpflegerinnen hausen in einem Dachzimmer und haben, wenn dort einmal ein Feuer ausbricht, nicht einmal die Möglichkeit, noch rechtzeitig vom Dachgeschoß herunterzukommen. Oder wenn z. B. jemand die gynäkologische Klinik in Bruck besuchen würde, so wird er dort sehen, daß im Kreiszimmer sowohl ein Operationstisch als auch zwei Entbindungsbetten stehen, wo also drei Frauen zu gleicher Zeit behandelt werden müssen. Auch müssen von der Frauenklinik die Patientinnen, gleichgültig bei welcher Witterung, immer über den Hof in das Hauptgebäude getragen werden.

Ich glaube, wenn sich die Herren des Hohen Hauses diese Zustände einmal selbst an Ort und Stelle ansehen würden, würden sie feststellen, daß diese Forderungen auf entsprechende Erhöhung der Kredite nicht zu Unrecht erhoben worden sind.

Abschließend erlauben Sie mir bitte noch, zu den Ausführungen des Herrn Abg. Scheer Einiges zu sagen. Der Herr Abgeordnete hat der Meinung Ausdruck verliehen, daß das Entgegenkommen bezüglich des Krankenkassenrabattes — er hat dabei in dasselbe Horn geblasen wie der Herr Abg. Stöffler — nicht notwendig sei, wenn auch die Krankenkassen ihrerseits, entgegen ihrer gesetzlichen Verpflichtung, nur 28 Tage Krankenhausaufenthalt zu zahlen, die Kosten für ein ganzes Jahr übernehmen. Eine Untersuchung hat ergeben, daß bei den Landeskrankenanstalten im Jahre 1951 auf stationären Aufenthalt von länger als 28 Tagen 12.687 Personen kommen. Die Gesamtzahl der Verpflegungstage dieser 12.687 Personen, die also alle länger als 28 Tage in einer Krankenanstalt waren, betragen 636.572 Tage. Wenn man die Verpflegungstage bis zu 28 Tagen abzieht, so verbleiben noch immer 281.336 Verpflegungstage, welche die Krankenkasse über das, was sie gesetzlich verpflichtet ist, für diese Krankenaufenthalte gezahlt hat. Der derzeitige Kostensatz für den Aufenthalt beträgt 45 S minus 10 %, das sind S 40-50. Wenn man die 281.336 Tage mit S 40-50 multipliziert, kommt man auf eine Ziffer von 11.394.108 S, also einen Betrag, den die Krankenkasse bezahlt hat, ohne daß hierfür eine gesetzmäßige Verpflichtung vorliegt. Wenn man nun den Weg gehen würde, der im Finanzausschuß vorgeschlagen und empfohlen wurde, dann würden die Gemeindefürsorgeämter und die Bezirksfürsorgeverbände versuchen, bei den eventuell in Frage kommenden zahlungspflichtigen Personen Beträge einzufordern. Dadurch würden einerseits der Verwaltung enorme Kosten entstehen, andererseits bin ich davon überzeugt, daß nach 1½-jähriger Tätigkeit von hunderten von Beamten es nicht möglich sein würde, diese von den Krankenkassen so anstandslos und sofort bezahlten 11½ Millionen Schilling hereinzubringen. Ich glaube also, daß bei Betrachtung dieser Frage auch dieser Umstand berücksichtigt werden müßte.

Ich ersuche daher das Hohe Haus, daß man auch bei der Behandlung dieser Gruppe 5 bemüht bleibe, soweit dies die Parteibrille erlaubt, entsprechend objektiv zu sein, insbesondere objektiv im Hinblick auf die Kürzungen und darüber hinaus bereit zu sein, sobald die Möglichkeit dazu gegeben ist, wieder hinreichende Mittel zur Weiterführung und zum Ausbau unserer Heil- und Pflegeanstalten bereit zu stellen. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Abg. Dr. Speck: Hohes Haus! Ich will zu dieser einen Frage, die von meinem Vorredner berührt wurde, und zwar vom sogenannten Rabatt oder Nachlaß der Krankenkassen sprechen. Bekanntlich ist ein neues Krankenanstaltengesetz in

Vorbereitung. Ich habe dieses Gesetz und den Motivenbericht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung bekommen und habe daraus entnommen, was Abg. Stöffler längst weiß, daß schon im alten österr. Gesetz von 1920 und in der Novellierung von 1923 festgelegt war, daß die Krankenkassen nicht die gesamten Kosten zu bezahlen haben, sondern nur einen Teil. Das war in der ersten Republik so üblich, bis in der nationalsozialistischen Zeit das Gesetz aufgehoben und die sogenannte Reichsversicherungsordnung eingeführt wurde. In dieser war eine solche Bestimmung nicht enthalten, nach der die Krankenkassen weniger, als die vollen festgesetzten Verpflegskosten zu bezahlen hatten. In dieser Zeit war dies also abgeschafft worden. Aber dafür wurde festgesetzt, daß durch privatrechtliche Verträge zwischen den Krankenanstalten und Sozialversicherungsträgern die Angelegenheit zu regeln sei. Degegen wurde nichts darüber festgesetzt und das gilt auch für das Sozialversicherungsüberleitungsgesetz, was zu geschehen habe, wenn es zu solchen Verträgen nicht kommt. Daraus folgt, daß in verschiedenen Ländern in Österreich, z. B. in Niederösterreich, wo die Gemeinden meist die Erhalter der Spitäler sind, eine ausgesprochene Gesetzeslücke besteht. Nun ist das eine der neuen Aufgaben des neuen Krankenanstaltengesetzes, diese Gesetzeslücke auszufüllen. Es soll festgesetzt werden, daß man die Regelung dieser Frage Verträgen zwischen den einzelnen Krankenanstalten und Sozialversicherungsträgern überläßt. Zweitens soll festgestellt werden, daß die Landesregierung ermächtigt ist, diese Verhandlungen an sich zu ziehen, um eine einheitliche Regelung für das ganze Land durchzuführen. Wo es zu keiner solchen Einigung kommt, wird das Bundesministerium für soziale Verwaltung zuständig. Jetzt würde ich Abg. Stöffler bitten zuzuhören. In § 24 Abs. 3 heißt es: Wenn es zu keiner Einigung kommt, setzt das Bundesministerium für soziale Verwaltung das Ausmaß der Verpflegkostensätze innerhalb der behördlich festgesetzten Verpflegkostensätze fest. Es heißt „innerhalb der festgesetzten Verpflegkostensätze“, also nicht der 100prozentige Satz gilt, er bewegt sich unterhalb. Der Entwurf ist noch nicht fertig und es steht noch nicht fest, welche Berechnungsbasis für die Verpflegkostensätze gewählt werden soll. Es ist sicherlich zu erwarten, daß außerordentliche Verpflegskosten den Krankenkassen nicht angelastet werden. Ich weiß, daß derzeit noch kein Gesetz besteht, aber es wird im Motivenbericht des Sozialministeriums ausdrücklich gesagt, daß einer der Gründe für den geplanten $\frac{3}{8}$ -Beitrag des Bundes der ist, daß ein Teil der durch die Sozialversicherungsgesetzgebung den Krankenversicherungsanstalten aufgebürdete Lasten vom Bund übernommen werden soll.

Was der Nationalrat beschließen wird, wissen wir nicht, doch wird es einmal dazu kommen, auch wenn dort einige „Stöffler“ sitzen werden, die eine Regelung verhindern wollen, die auf Grund der alten Gesetzgebung Österreichs auch

jetzt wieder erreicht werden soll. Wenn wir in Steiermark die derzeitige Regelung haben, so deshalb, weil das Land diese Spitäler erhält, hier also vollkommen konform geht mit dem, was vor 1938 gegolten hat und mit dem, was die Regierung auch tatsächlich wieder einführen will. (Lebhafter Beifall bei SPÖ.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Afritsch:** Ich habe am Schlusse meines Berichtes im Namen des Finanzausschusses den Antrag gestellt, die Gruppe 5 mit den bereits erwähnten Erhöhungsanträgen anzunehmen.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die die Gruppe 5 annehmen wollen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 5 ist angenommen.

Wir kommen zu **Gruppe 6**. Berichterstatter ist Abg. **Stöffler**, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Stöffler:** Hohes Haus! Das Kapitel 6, das mit Einnahmen im Betrage von 3,376.700 S, mit Ausgaben im Betrage von 127,089.400 S, also mit einem Abgang von 123,712.700 S dotiert ist, umfaßt vor allem zwei hervorstechende Abschnitte, und zwar das Wohnungswesen, wo das Land mit einer Dotierung des Landeswohnbauförderungsfonds in der Höhe von 30.000.000 S eine beachtenswerte Tat gesetzt hat und den Unterabschnitt 661 „Landesstraßen“. Ich darf in dem Zusammenhang auf folgendes aufmerksam machen: Wir haben in Steiermark eine Gesamtlänge an Landesstraßen von 2874 km, wovon zurzeit 486 km staubfrei gemacht worden sind, das sind 17 %. Die im ordentlichen Voranschlag enthaltenen Beträge würden eine weitere Staubbefreiung von 76 km gestatten. Das Land hat sicherlich auf diesem Gebiete Beachtenswertes geleistet. Wenn man auf die letzten Jahre zurückblickt, kann man feststellen: Das Landesstraßennetz in Steiermark ist wirklich besser geworden.

Ich möchte von dieser Stelle aus an die Straßenbenutzer den Appell richten, die Straßen mit etwas mehr Liebe zu behandeln und in den Zeiten zu schonen, zu denen sie wegen der Witterungsverhältnisse schonungsbedürftig und am empfindlichsten sind. Die Frostschäden haben im Vorjahre den Betrag von 2.000.000 S überschritten und wir stehen wieder vor einer Zeit, in der die Frostaufbrüche unsere Straßen gefährden. Wir bitten, mit Liebe und Sorgfalt vorzugehen und nicht das zu zerstören, was mit soviel Mühe zum Wohle des ganzen Volkes besser gemacht wurde.

Ich beantrage im Namen des Finanzausschusses, die im Abschnitt 6 festgesetzten Kredite zu bewilligen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl. Ing. **Udier:** Hohes Haus! Ich fühle mich verpflichtet, zu diesem Kapitel einiges zu berichten, da sonst selten Gelegenheit ist, das zu sagen, was gesagt werden muß, wenn so hohe Beträge zur Ausschüttung kommen. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß das Straßenbaukapitel als eines der wichtigsten des Budgets ungekürzt und ungeschoren dem Rotstift des Herrn Landesfinanzreferenten entgangen ist. Ich glaube nicht, daß man mir damit ein Geschenk machen, sondern vielmehr unterstreichen wollte, daß gerade diese Aufgabe vom Lande besonders betreut werden muß, weil die Notwendigkeit hiezu gegeben ist. Aber eines muß gesagt werden, was nicht beachtet wird. Es ist richtig, daß im Landesvoranschlag nur Ausgaben auf dem Straßensektor aufscheinen, weil Einnahmen auf dem Gebiete des Straßenwesens nicht in die Kasse des Landes fließen, sondern anderweitig einkassiert und nur auf dem Dotationswege teilweise dem Lande zugesprochen werden. Dadurch erscheint hier die Gesamtausgabenpost nicht entlastet durch eine gleiche oder kleinere Post auf der Einnahmenseite. Das muß deshalb gesagt werden, weil sonst falsche Vorstellungen herrschen könnten.

Daß die Straßen gleich dotiert wurden wie im Vorjahre, das besagt noch lange nicht, daß deshalb die Straßen um ein wesentliches besser als bisher betreut werden können. Sie haben selbst vom Berichterstatter gehört, daß von den 2800 km Landesstraßen nur 17,2 % staubfrei sind. Wenn wir also nächstes Jahr wieder 76 km staubfrei machen, so ist das wiederum ein sehr mäßiger Prozentsatz, so daß wir uns noch Jahrzehnte hinaus damit beschäftigen werden müssen, die Straßen staubfrei zu machen. Ich hoffe, daß uns einmal, wenn die Einsicht nicht ausreichen sollte, der Zwang der Notwendigkeit schneller vorwärts treiben wird. Wir werden es vielleicht nicht aushalten noch 30 Jahre mit den restlichen Schotterstraßen, es sei denn, daß auf dem Gebiete des Verkehrs eine vollkommene Umwälzung kommen würde. Trotz der vielen Mängel, die noch vorhanden sind und der vielen Wünsche, die noch unberücksichtigt bleiben müssen, dürfen wir nicht vergessen, daß begreiflicherweise immer wieder alles geschieht, was mit den zur Verfügung stehenden Mitteln durchgeführt werden kann.

Wir haben uns darauf verlegt, ganze Straßenzüge des Landesstraßennetzes auszubauen und sie dem heutigen Verkehr entsprechend zu gestalten. Da ist einmal die Straße, die hier im Hohen Hause schon oft genannt wurde, nämlich die Straße Graz—Kirchbach—Mureck, bei der wir bereits über Kirchbach hinaus sind, weiters die Straße Graz—Weiz—Birkfeld—Pfaffensattel, die 100 km lang ist und bei der auch wesentliche Teile schon gerichtet sind. Wir sind dabei, sie bis Weiz fertigzustellen. Wir waren der Meinung, daß es im nächsten Jahre möglich sein werde, die Hälfte des Straßenzuges bis Birkfeld fertigzustellen, aber wegen der Abstriche, die getätigt wurden, müssen wir darauf verzichten,

diese Strecke vollkommen staubfrei machen zu können. Wir haben eine Querverbindung von der Wechsel-Bundesstraße über Vorau und Wenigzell zur Rettenegger Straße und von dort über die Schanze, zum Teil über das Alpl ins Mürztal. Auch diese Querverbindung ist außerordentlich wichtig und wir versuchen, sie von beiden Seiten in Angriff zu nehmen, um möglichst bald zu einem Ende zu kommen. Wir werden aber nicht restlos fertig in einem Zeitraum, der uns als tragbar erscheinen würde. Das sei in aller Kürze zu den Landesstraßen gesagt.

In dem Zusammenhang darf ich erwähnen, daß in dieses Kapitel auch die Brücken gehören, für welche 20 % des Gesamtbetrages in diesem Kapitel vorgesehen sind. So mancher mag fragen, warum immer noch so hohe Beträge notwendig sind. Wir haben aber im heurigen Jahre 45 Brückenbauvorhaben in Angriff genommen, von denen wir 22 fertigstellen konnten. Mit den Vorjahren verglichen ist das eine beachtliche Ziffer. Wir haben im Vorjahre 34 Bauvorhaben in Arbeit gehabt und davon 12 fertiggestellt. Also auf dem Gebiete sind wir auch ein Stück nach vorne gekommen. Trotzdem gibt es gerade im Brückenwesen sehr viele Notwendigkeiten, denn wir haben unter den vielen Brücken auf den steirischen Landesstraßen manche, die den Verkehr sperren könnten wenn sie einstürzen und sehr viele, die diesem Zustand nahe sind, denn wir können hier jeweils nur das dringendste notwendige durchführen.

Einiges zu den Bundesstraßen. Wir haben derzeit 1307 km Bundesstraßen in Steiermark und davon 853 km staubfrei, das sind 65,3 %. Sie sehen, daß dieses Verhältnis bei den Bundesstraßen wesentlich günstiger ist, was wohl auch begreiflich und notwendig erscheint, weil die Bundesstraßen höchst wichtige Durchzugsstraßen sind. Besonders übel daran sind ein Teil der neu in das Landesstraßennetz übernommenen Straßen im Süden unserer grünen Mark. Da ist z. B. die südliche Grenzstraße von Eibiswald über Arnfels nach Leutschach bzw. Ehrenhausen und die Drei-Märkter-Straße Hieflau—Wildalpen—Mariazell, die uns auch große Schwierigkeiten bereitet, die jedoch wichtig ist für den Fremdenverkehr und die Holzbringung und durch ein außerordentlich schönes Gebiet unseres Landes führt. Auch von den Bundesstraßen haben wir einige von Bedeutung, obwohl der Kredit gekürzt wurde, fertigstellen können. So haben wir z. B. die Murtalstraße endlich staubfrei machen können. Weiters ist zu erwähnen das Baulos Erzthalen, das wir von der Bundesstraßenverwaltung aus in Angriff nehmen mußten, weil dort durch Hochwasser ein Abrutsch erfolgt ist, weiters war das Baulos auf der Wechsel-Bundesstraße soweit fertigzustellen, daß die Straße fahrbar ist. Diese Straße wurde nicht, wie vorgesehen, mit einer Betondecke, sondern nur mit einer Schlackendecke versehen, was aber gerade in diesem Gebiet ein Vorteil ist, weil die Erdschichten in diesem Gebiete die Gefahr in sich bergen, daß gewisse Rutschungen eintreten können.

Auch die Bundesstraßenverwaltung ist so vorgegangen, daß sie ein paar Hauptzüge in Angriff nimmt und das übrige so rasch als möglich staubfrei macht. Es befinden sich im Ausbau die Ennstal-Bundesstraße und als zweitwichtigste die Wechsel-Bundesstraße, die eine als Zufahrtsstraße aus dem Salzburgischen herein, also die einzige Straße, die uns mit dem Westen verbindet, und die zweite als Entlastungsverbindung nach Wien, die also ebenso wichtig wäre, aber leider noch lange nicht in den Zustand versetzt ist, den wir uns wünschen würden. Die Straße wird uns alle Jahre im Frühjahr Schwierigkeiten bereiten, deren wir nicht Herr werden. Es ist deshalb auch auf dieser Strecke ein Sonderprogramm vorgesehen, wonach in fünf Jahren diese Strecke in Beton liegen würde, weil sich dort mit Rücksicht auf den Unterbau die Möglichkeit bietet, eine billige Betonstraße anzulegen, die die Gewähr bietet, daß dieser Hauptstraßenzug auch dauerhaft wird. Daß wir bei den Bundesstraßen leider nicht in dem Maße vorwärtskommen, um diese sogenannte Verkehrsenge zu beseitigen, das hängt mit den Geldmitteln zusammen, die zur Behebung notwendig wären.

Sie wissen, daß wir eine Verkehrsenge beseitigen, und zwar in Frohnleiten. Als nächstes ist Kapfenberg vorgesehen als eines der dringendsten Probleme. Jeder, der gezwungen ist, dort durchzufahren, wird feststellen müssen, daß der heutige Zustand nach einer Abhilfe schreit. Aber wenn ich Ihnen sage, daß die Lösung nur im Durchschlag eines Tunnels liegt, dann können Sie sich vorstellen, wie es mit der Bau- summe aussieht und mit welchem Betrag und mit welcher Bauzeit hier zu rechnen ist.

Die Verkehrsenge in Bruck selbst, die an sich beängstigend war, wurde notdürftig gelöst dadurch, daß bei der Minoritenkirche ein Ausbruch gemacht wurde, um den Gehweg zu beseitigen, so daß der Gehweg an der Engstelle vor dem Minoritenplatz restlos als Fahrbahn benützt werden kann. Dadurch wurde doch ein wenig geholfen. Die unmögliche Kurve um das Liechtensteinschlüssel herum wird im nächsten Jahr in Angriff genommen. Dort ist diese unmögliche Kurve, die bekanntlich unseren Finanzreferenten voriges Jahr ins größte Unglück hätte stürzen können — es ist ihm Gott sei Dank nichts passiert —, die im nächsten Jahr behoben werden soll.

Wir hätten noch andere Verkehrsschwierigkeiten und Verkehrsnotwendigkeiten zu beheben, wir müssen uns aber nach der Decke strecken. Jedenfalls muß darüber hinaus getrachtet werden, vor allem die Strecken staubfrei zu machen, soweit es geht. Wir haben diesbezüglich mit einem neuen Verfahren begonnen bei der Strecke Wies—Eibiswald und Eibiswald als Grenzort mit einer staubfreien Decke an Graz binden können. Wir haben auf der so fremdenverkehrswichtigen Straße Liezen—Admont endlich eine Baustrecke in Angriff nehmen können, in 8—9 km Länge und wir haben drin-

gende Reparaturen an der Ennsbrücke und auch an anderen Brücken durchführen können. Und zwar werden diese Arbeiten im Winter durchgeführt, sie sind praktisch eine Winterarbeit, so daß wir — doch ich will kein Prophet sein — hoffen, in absehbarer Zeit von Liezen nach Admont so fahren zu können, wie auf der Gsäusestraße, die keine Lastenstraße, sondern eine Verkehrsstraße ist.

Bei Kallwang ist die Umfahrung im Betrieb, Mautern ist vorläufig nicht vorgesehen, doch projektiert. Projektiert ist auch die Beseitigung des Ringelspieles Timmersdorf und Seiz, wo die Straße zweimal über die Bahn führt. Auch diese Strecke ist schon seit langem vorgesehen, konnte aber bisher noch keiner Verwirklichung zugeführt werden.

Im Gebiete der Weststeiermark wäre zu erwähnen die Radlstraße, die immer wieder eine gewisse Rolle spielt, auch dafür wird einiges vorgesorgt, was wir heuer noch unterbringen können. Dann sind noch Behebungen auf dem Straßenstück zwischen Schlieb und Lannacherhöhe, dort scheint noch ein alter Holzdippelweg zu sein. Die Strecke soll durch Pflasterung auf lange Sicht verbessert werden. Zwischen Jenbachgraben bis Freidorf ist der Anschluß an Deutschlandsberg hergestellt. Zwischen dem Jenbachgraben und Stainz und zwischen Stainz und Lannach bestehen noch Schwierigkeiten deshalb, weil wir mit einigen Hügeln zu rechnen haben und hier eine Pflasterung gemacht werden muß, die mehr kostet. Da nur kleine Strecken zur Verbauung kommen, werden diese Schwierigkeiten längere Zeit andauern.

Damit glaube ich über den Straßenbau das Wichtigste gesagt zu haben. Es wird unbedingt notwendig sein, im nächsten Jahre höhere Beträge für die Anschaffung von Schneeräumgeräten vorzusehen. Praktisch wird die Schneeräumung mit Geräten der Bundesstraßenverwaltung durchgeführt. Es könnten steigende Anforderungen auf dem Gebiete der Bundesstraßen eintreten, die es nicht möglich machen, mit diesen Geräten auf die Dauer die Landesstraßen zu säubern, zumal mit der Erstellung von gut fahrbaren Decken auch die Forderung, im Winter darüber fahren zu können, größer wird. Es ist immer wieder in der Zeitung die Rede von der Säuberung der Straße über das Gaberl. Wir können diese Straße nicht säubern, weil wir das Schneeräumgerät nicht haben. Aber auch die Bergstraße auf der Köflacherseite läßt es nicht zu, mit Schneeräumgeräten hinaufzufahren, weil der Weg zu gefährlich ist. Das Schneeräumen kostet jedes Jahr 5 bis 6 Millionen Schilling, je nachdem mehr oder weniger Schnee liegt.

Somit glaube ich das Notwendigste berichtet zu haben.

Ich darf nun zum Kapitel Bauwesen ein paar Ziffern nennen, die nicht unwesentlich sind. Wenn ich über den Hochbau spreche, so will ich sagen, daß wir im Landessektor 70,6 Millionen Schilling im laufenden Jahr zur Verbauung ge-

bracht haben, sicherlich eine Summe, die sich sehen lassen kann. Es sind hier beachtliche Dinge geschehen, vor allem die Fertigstellung der Amtsgebäude Graz, Feldbach und Radkersburg, das Zentral-Röntgeninstitut im Landeskrankenhaus, das Kinderheim auf der Stolzalpe, im Landeskrankenhaus Fürstenfeld der Operationsaal und ein Bettentraktzubau, im Landeskrankenhaus Graz die Erweiterung des Operationsraumes, eine Wasserbettenstation und die Erweiterung der Zahnklinik. Hiezu kommen Personalwohnbauten in den Krankenhäusern Voitsberg und Rottenmann, Bauten in der Landwirtschaftsschule Grabnerhof, die Fertigstellung der Ausbauten in den Landwirtschaftsschulen Kirchberg an Walde und St. Martin. Auch hier war also eine reichliche Befruchtung des Arbeitsmarktes seitens des Landes zu verzeichnen.

Durch Bundeshochbauten sind 25,5 Millionen Schilling ins Land geflossen. Ich nenne da den Wiederaufbau und die Modernisierungsarbeiten an den beiden Grazer Hochschulen und an der Montanistischen Hochschule in Leoben. Diese Arbeiten stehen vor der Fertigstellung. Dann will ich noch erwähnen die Fertigstellung der Lehrwerkstätten an der Bulme, die Fortführung der Wiederaufbauarbeiten im Landesstrafgericht und in der Landesstrafanstalt Karlau, den Neubau des Bibliothekszubaus der Universität Graz, die Neuherstellung der Veterinärmedizinischen Untersuchungsanstalt, die Wohnhausbauten der Polizeisiedlung Graz-Wetzelsdorf und in Leoben-Judendorf und 2 Neubauten von Gendarmeriegebäuden, dann Ausbaumaßnahmen an den Mittelschulen in Fürstenfeld und Graz. Auch der Bundeshochbau hat einiges geleistet, wenn auch nicht in dem Ausmaße wie das Land.

Ich möchte nun zum Unterabschnitt Wasserbau, Wasserleitung und Kanalbau einiges sagen: Hiezu ist vor allem festzustellen, daß verminderte Ansätze gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen sind, weil der Bund seine Zuschußmittel verringert hat und wir nur die Beiträge einsetzen konnten, die gesetzlich für das Land und den Bund vorgesehen sind. Für uns ist es sehr bedauerlich, daß der Bund wieder gekürzt hat, andererseits sind wir froh, daß wir weniger einsetzen durften. Ich muß hinzufügen, auf diesem Sektor gäbe es ungeheuer viel zu tun. Es ist in den letzten Jahren hier auch wirklich viel geschehen gegenüber den Zeiten vorher, sowohl auf dem Gebiete des Flußbaues, als auch auf dem Gebiete der Wildbachverbauung, des Wasserleitungs- und des Kanalbaues. Es ist in diesem Hohen Haus einmal erwähnt worden, wie wichtig es ist, daß die Wasserleitungs- und Kanalbauten in unserem Lande vorwärts getrieben werden. Es ist interessant, in welchem Ausmaße wir Ortschaften mit geschlossener und nichtgeschlossener Wasserversorgung haben. Ich will nur einige Ziffern nennen, die für uns jedoch nicht ermutigend sind, weil wir z. B. nur 24 % der Gemeinden mit geschlossener Wasserversorgung aufzuweisen haben. In der Zwischenzeit sind ja Gott sei Dank beachtliche Dinge auf dem Gebiete geschehen und viele Gemeinden

haben hier außerordentlich viel geleistet. Das muß anerkannt werden. Wir können praktisch stolz sein darauf, was das Land bisher durch seine Beiträge geleistet hat.

Dasselbe gilt für die Flußbauten, bei denen wir vielleicht gezwungenermaßen mehr gemacht haben als wir so ohne weiteres freiwillig gemacht hätten, und zwar gezwungenermaßen deshalb, weil uns einige Hochwasserkatastrophen der letzten Jahre enormen Schaden zugefügt haben, die wir allerdings restlos zu beheben noch nicht in der Lage waren. Wenn ich Sie erinnern darf an die Hochwasserkatastrophe im Bezirk Liezen, die den ganzen Bezirk getroffen und einen Schaden von rund 40 Millionen Schilling verursacht hat, so ist einzusehen, daß ein solcher Schaden nicht ohne weiteres zu beheben ist. Alles, was zwingend notwendig und dringlich war, ist in Angriff genommen und auch zum Teil fertiggestellt worden, soweit man bei Flußbauten von einer Fertigstellung reden kann, wenn nicht der ganze Flußbau in Arbeit ist. Aber wir sind jedenfalls weiter gekommen. Unter den Flußbauten sind die wichtigsten die Behebung der Katastrophe in Lobming, dann der Kraubathbach, der Katschbach, dann die Arbeiten beim Reith- und Pfaffenbach bei Rettenegg. Rettenegg hat erst gestern die Gelegenheit benützt, dem Land für die Hilfe zu danken. Weiters ist noch der Thalbach bei Schladming besonders zu nennen, auch der Strechenbach, der in seinem Unterlauf ein neues Bett erhalten hat. Dieses neue Bett wird — so hoffen wir — in weiteren zwei Baubabschnitten vorwärts getrieben werden können bis zu jenem Punkt, wo der Flußbau sein Ende findet und von der Wildbachverbauung, die von der anderen Seite begonnen wurde, abgelöst wird, so daß man dann sagen kann, daß auch der Strechenbach restlos verbaut ist.

Unter den Kanalisationsbauten sind zu erwähnen die Aktionen in Eisenerz, Radkersburg, Langenwang, Zeltweg und Bruck und unter den Wasserleitungsbauten diejenigen in Radkersburg, Deutschlandsberg, Voitsberg, Kapfenberg, Treglwang, Zeltweg, Knittelfeld und Gratkorn. Auch Hartberg kann ich in diesem Zusammenhang nennen, weil Hartberg seine Kanalisation fertig hat, sie konnte heuer endgültig dem Betrieb übergeben werden, so daß uns diese Aufgabe nicht mehr belastet.

Damit glaube ich, in aller Geschwindigkeit das wichtigste über das Kapitel „Bauwesen“ gesagt zu haben, soweit es nicht den Wohnungsbau betrifft, über den ohnehin schon sehr viel gesagt wurde und noch gesagt wird. Ich möchte hier nicht vorgreifen und kann es auch nicht tun, möchte aber doch besonders erwähnen, daß alles, was hier geschehen ist und was im letzten Jahr zur Verbauung kam — es handelt sich immerhin um eine Gesamtsumme von 330 Millionen Schilling — von 350 Beamten, 232 Vertragsbediensteten und 950 Arbeitern des Lohnschemas II des Landesbauamtes gemacht wurde, die die Aufgabe haben, das Verwaltungsmäßige zu bewältigen, die Projektierungen

und dann die Arbeiten so durchzuführen, daß die aufgewendeten Mittel auch zweckmäßig verwendet werden. Ich möchte nicht verabsäumen, der Beamtschaft und der Arbeiterschaft bis zum letzten Hilfsarbeiter auf der Straße den Dank zu sagen für die Arbeit, die sie im Jahre 1952 zum Wohle der Allgemeinheit geleistet haben. (Anhaltender sehr lebhafter Beifall.)

Abg. Praßl: Der Berichterstatter und auch Herr Landeshauptmann Ing. Udier haben schon dargelegt, daß in Bezug auf Straßen- und Brückenbau in den letzten Jahren beachtliches geleistet wurde. Man muß dies vor allem anerkennen, wenn man bedenkt, in welchem Zustande sich unsere Straßen im Jahre 1945 befunden haben und wie sie heute zum Großteil bereits sind.

Ich denke da vor allem an die Straßen in der Ost- und Südsteiermark, die vom Krieg sehr stark mitgenommen waren und die doch lange ein Stiefkind gewesen sind. Ja, es ist in Bezug auf Straßen- und Wegerstellungen sehr viel geschehen und trotzdem bleibt noch sehr viel zu tun übrig. Viel Arbeit gibt es noch auf allen unseren Landesstraßen, die, sogenannte Schotterstraßen, und dem modernen Verkehr mit den schweren Autos absolut nicht gewachsen sind. Da heißt es noch sehr viel Arbeit zu leisten und man wird sich sehr anstrengen müssen, um diese Straßen auch für den modernen Verkehr geeignet zu machen. Des weiteren sind heute viele Gemeindestraßen Durchzugsstraßen geworden, der Verkehr hat sich vielfach verlagert, insbesondere in den Kriegsgebieten infolge der vielen Transporte von Baumaterialien usw. Diese Straßen sind alle zugrunde gegangen. Die Gemeinden selbst sind aber nicht imstande, sie entsprechend herzurichten und es kann ihnen auch gar nicht zugemutet werden, da diese Straßen ja nicht dem örtlichen Verkehr allein, sondern dem Fernverkehr dienen. Es wäre höchste Zeit — Anträge liegen ja genügend vor —, daß diese wichtigen Straßen vom Land übernommen und als Landesstraßen erklärt werden. Es wäre hier auch ein reiches Betätigungsfeld für die Arbeitslosen gerade in den Wintermonaten, in denen die übrige Arbeit ziemlich ruht. Man könnte also hier mit einem Schlag zwei Fliegen treffen. Ich möchte in dem Zusammenhang ein altes Sprichwort anführen, das hier auf die Straßen paßt, nämlich, daß es uns schlecht geht und wenn es uns schlecht geht, dann bauen wir eben Straßen, damit wir gut fahren (Beifall bei ÖVP.)

Landesrat Pirrsch: Hoher Landtag! In die Gruppe 6 gehören Flußbauten, Wildbachverbauungen, Kanalisationen, Wasserleitungsbauten usw. Ich habe bereits Gelegenheit gehabt zu sagen, wie segensreich sich die Flußregulierung und Wildbachregulierung auswirkt. Es ist wahrhaft ein stolzes Werk, das da in Rettenegg geschaffen wurde durch das Zusammenwirken von Gemeinde, Land und Bund

und es ist zu hoffen, daß diese in den letzten Jahren von so vielen Katastrophen heimgesuchte Gemeinde Rettenegg durch diese Regulierung vor neuerlichen Katastrophen bewahrt bleibt. Ich muß auch dankbar anerkennen, daß sich das Landesbauamt bemüht hat, den Lauf der Feistritz in ordentliche Bahnen zu lenken, denn die Feistritz ist ein tückischer Fluß, der versucht, nach allen Seiten auszubrechen und so wertvolle Kulturen und Ackerboden überschwemmt. Diese Feistritz-Regulierung war vor allem für den Bezirk Fürstenfeld ein Problem, das dazu diente, auch die Arbeitslosigkeit wenigstens etwas zu bekämpfen. Ich möchte nur bitten, daß man in diesen Bestrebungen auch weiterhin fortfährt.

Ich darf in diesem Zusammenhang erinnern an die Notwendigkeit der Erneuerung der Kanalisation der Stadt Fürstenfeld. Es ist gelungen, hier wieder dieses Vorhaben in das Winter-Bauprogramm hineinzunehmen. Ich hoffe zuversichtlich, daß dieses Stück der Kanalisation in diesem Winter durchgeführt werden kann.

Ich fühle mich nun verpflichtet, Ihnen einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Wohnbauförderungsfonds des Landes Steiermark 1952 zu geben. Im Jahre 1952 stand diese Tätigkeit im Zeichen einer erfreulichen Aufwärtsentwicklung. Im Haushaltsplan 1952 standen dem Fonds 10½ Millionen Schilling zur Verfügung, aus Verstärkungsmitteln wurden mit Beschluß vom 16. September 1952 weitere 3 Millionen Schilling bereitgestellt und schließlich sind an Zinsen und Tilgungsraten 335.000 S eingegangen, so daß der Fonds zuzüglich eines Vorjahresrestes von 163.000 S in diesem Jahre über 13.998.000 S verfügte. In den vergangenen 3 Jahren von 1949 bis 1951 verfügte der Fonds insgesamt über 11.400.000 S, so daß der in diesem Jahre bereitgestellte Betrag höher ist als der der letzten 3 Jahre zusammen. Aus diesem Betrag hat die Landesregierung in 29 Regierungssitzungen 509 Darlehen bewilligt zu einem Zinsfuß von 3% mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 20 Jahren im Gesamtbetrage von 13.735.500 S, weiters gewährt 14 nicht rückzahlbare Zuschüsse für Personen in besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen im Gesamtbetrage von 83.000 S und 30 Nachtragsdarlehen zu den bereits früher bewilligten Darlehen im Gesamtbetrage von 179.500 S, zusammen 13.998.000 S. Damit wurden die bewilligten Fondsmitteln des Jahres 1952 zur Gänze verbraucht.

Mit diesen Darlehen und Zuschüssen wurden ohne Berücksichtigung der Nachtragsdarlehen 732 Wohnungseinheiten gefördert, die sich auf folgende Arten von Wohnhäusern verteilen:

- 431 Einfamilienhäuser,
- 150 Zweifamilienhäuser,
- 12 Dreifamilienhäuser,
- 102 Mietwohnhäuser,
- 37 Auf- und Ausbauten,

zusammen 732.

Von den aufgewendeten Mitteln wurden 12.164.000 S an private Bauwerber und 1.834.000 S an gemeinnützige Wohnbauvereinigungen und steirische Gemeinden vergeben. Die Landesregierung ist damit im wesentlichen ihrer bisherigen Auffassung gefolgt, die Fondsmittel am zweckmäßigsten zur Förderung des Baues von privaten kleinen Wohnhäusern einzusetzen. Dieser Standpunkt ist nicht ohne Widerspruch geblieben. Von Seite des Bundesministeriums für soziale Verwaltung wurde bemängelt, daß die Steiermark im Gegensatz zu den übrigen Bundesländern den gemeinnützigen Wohnungsbau und den Wohnungsbau der Gemeinden zu wenig fördert. Es darf an dieser Stelle kurz auf die Gründe eingegangen werden, die die Landesregierung zu ihrem bisherigen Vorgehen veranlaßt haben. Es konnten dem Fonds 1949 bis 1951 nur beschränkte Mittel zur Verfügung gestellt werden, 1949 1 Million Schilling, 1950 4 Millionen Schilling, 1951 6,5 Millionen Schilling. Unter diesen Umständen schien es der Landesregierung zunächst richtiger, den Bau und die Fertigstellung kleiner Einfamilienhäuser zu fördern, da mit verhältnismäßig niedrigen Baumitteln der größtmögliche Erfolg erzielt werden konnte. Es wurden in diesen Jahren mit dem Betrage von 11½ Millionen Schilling 650 Wohnungsbauten, zum größten Teil Kleinwohnhäuser von Arbeitern und Angestellten gefördert, und zwar fand eine durchschnittliche Förderung von 19.000 S pro Wohnungseinheit statt. Hierbei ist festzuhalten, daß der weitaus überwiegende Teil der geförderten Bauten keine weitere Hilfe aus öffentlichen Mitteln erhalten hat.

Die Landesregierung ist der Ansicht, in den vergangenen Jahren die Fondsmittel in zweckmäßigster Weise zur Linderung der Wohnungsnot eingesetzt zu haben. Dazu kommt ein weiterer Gesichtspunkt: Die Zentralstellen in Wien beschränken sich in ihren Förderungsmaßnahmen auf Orte, die als Brennpunkte der Wohnungsnot bezeichnet werden, auf Industrieorte. Niemand bestreitet, daß die Wohnbauförderung in diesen Gebieten wichtig und vordringlich ist. Es gibt aber in Steiermark außer den Brennpunkten der Wohnungsnot noch zahlreiche kleinere und mittlere Orte mit einer großen Wohnungsnot. Der gemeinnützige Wohnungsbau ist in den meisten Fällen auf Bauprojekte in den Industrieorten beschränkt und für kleine Gemeinden, die zu schwach sind, um nennenswerte Beträge für den Wohnungsbau aufzubringen, für diese Gebiete ist der private Wohnungsbau von besonderer Bedeutung. Hier mangelt es an langfristigen Baukrediten, wie sie seinerzeit das Wohnbauförderungsgesetz aus 1929 vorgesehen hat. Die Schaffung von Baukrediten durch Sparkassen und andere Geldinstitute ist fast unmöglich, weil derzeit ein Zinsfuß von 9 bis 12% eine solche Kreditaufnahme für die meisten Baulustigen unerschwinglich macht und weil oft kein Geld da ist, insbesondere nicht auf lange Frist. Diese Lücke hat der steirische Wohnbauförderungs-

fonds, soweit die Mittel es erlaubten, ausgefüllt.

Welch große Bedeutung man der Förderung des Baues von Kleinwohnungen durch gemeinnützige Bau- und Siedlungsvereine und Gemeinden beimißt, ist dadurch bewiesen, daß in diesem Jahre erstmalig größere Mittel zur Verfügung standen. Wie bereits angegeben, wurden rund 1,9 Millionen Schilling für diesen Zweck, also den Gemeinden und Wohnungsgenossenschaften, zur Verfügung gestellt. Von dieser Summe erhielt 900.000 S die Stadt Graz zur Errichtung von 48 Kleinwohnungen, die übrigen Mittel verteilen sich auf 3 Wohnbaugenossenschaften und eine weitere Gemeinde. Was die Verteilung der Fondsmittel für die steirischen Bezirke betrifft, so steht das Gebiet der Stadt Graz wie in den früheren Jahren an erster Stelle. Es wurden in Graz 79 Anträge mit 206 Wohnungseinheiten bewilligt und hierfür ein Betrag von 3,239.000 S bereitgestellt. Auf den privaten Wohnhausbau entfallen hievon 2,039.000 S, auf den Wohnhausbau der Stadtgemeinde und der städtischen Genossenschaften 1,200.000 S. An nächster Stelle steht der Bezirk Weiz, in dem eine außerordentlich starke Baulust herrscht, mit 58 bewilligten Anträgen, dann folgen die Bezirke Graz-Umgebung und Liezen mit je 45 Bewilligungen.

Was die Berufszugehörigkeit der Fondshilfempfänger betrifft, so ergibt sich folgendes Bild: 44% Arbeiter, 17,6% öffentlich Angestellte, 13% Privatangestellte, 6,6% Rentner und Pensionisten, 16,6% freie Berufe und 2,2% Landwirte. Der Anteil der Arbeiter ist daher von 28% im Vorjahre auf 44% gestiegen. Diese Feststellung besagt, daß die Landesregierung bei der Verteilung der Fondsmittel auch nach sozialen Gesichtspunkten vorgeht und widerlegt besser als lange Erklärungen die vor einiger Zeit aufgestellte Behauptung, daß die Fondsmittel nur Angehörigen begüterter Kreise zugewilligt werden.

Es wird in der Öffentlichkeit seit einiger Zeit sehr viel — ob mit Recht oder Unrecht, ist hier nicht zu erörtern — auf den hohen Verwaltungsaufwand einzelner Dienststellen hingewiesen. Ich darf deshalb erwähnen, daß der Personal- und Sachaufwand für die Fondsverwaltung in diesem Jahr weniger als 2% der aufgewendeten Mittel betragen hat, so daß die Fondsverwaltung wohl den Anspruch erheben kann, eine sparsame Verwaltung genannt zu werden. Ich kann mit Freude feststellen, daß die Beamten und Angestellten dieser Abteilung mit ganzem Herzen und großem Eifer und ich darf auch sagen mit aller Sorgfalt diese Arbeit leisten.

In den vier Jahren des Bestandes des Wohnbaufonds von 1949 bis 1952 wurden aus Fondsmitteln 1161 Bauhilfen bewilligt und damit der Bau von rund 1400 Wohnungseinheiten ermöglicht oder erleichtert. In diesem Jahre konnte der Fonds mit der Bewilligung der tausendsten Fondshilfe ein kleines Jubiläum feiern, es war dies der Postbedienstete Franz Prenner aus

St. Lorenzen am Wechsel, ein Vater von 5 Kindern, der ein zinsenloses Darlehen von 15.000 S und einen nicht rückzahlbaren Zuschuß von 5000 S erhalten hat. Hoher Landtag, ich muß sagen, daß auch heute noch kleine oder große Wunder geschehen, denn man fragt sich oft, wie es möglich ist, daß Familien mit einem nicht allzu hohen Einkommen das Wagnis eines Eigenheimbaues unternehmen und auch glücklich zu Ende führen. Ich muß dazu feststellen, was hier an Fleiß und Eifer und an Sparsamkeit geleistet wird, das verdient nicht nur vollste Anerkennung, sondern auch unsere ganze Hilfe. Das Interesse der Bevölkerung an dieser Art der Wohnbauförderung ist unbedingt rege, so daß, wie bereits erwähnt, im letzten Jahr über 500 Anträge auf Fondshilfe verteilt werden konnten, jedoch mußte eine fast ebenso große Zahl von Bewerbern auf das nächste Jahr zurückgestellt werden, da keine weiteren Mittel mehr zur Verfügung standen. Der Betrag, den diese Anträge, soweit es sich um private Bauwerber handelt, erfordern, kann mit rund 10 bis 12 Millionen Schilling angenommen werden, also rund 12 Millionen Schilling werden für die noch aufliegenden Bewerber dringend benötigt. Da die Landesregierung in ihrer letzten Regierungssitzung beschlossen hat, neuerlich Anträge entgegenzunehmen, ist zu erwarten, daß in den nächsten Tagen eine Flut von derartigen Ansuchen über uns ergehen wird. Es ist dies erfreulich und ich hoffe, daß wir im nächsten Jahre nicht einen so großen Rückstand aufzuweisen brauchen. Außerdem konnte, wie ich schon erwähnt habe, auch eine Reihe von Anträgen von Gemeinden und Wohnbaugenossenschaften keine Berücksichtigung finden. Wenn daher der Hohe Landtag dem Vorschlag des Finanzausschusses, die nächstjährigen Fondsmittel mit 30 Millionen Schilling festzusetzen, zustimmt, so wird die Landesregierung in der Lage sein, nicht nur die unerfüllt gebliebenen Wünsche aus den Vorjahren zu befriedigen, sondern auch eine erhebliche Zahl neuer Bewerber zu berücksichtigen und damit einen weiteren Beitrag zur Verringerung der herrschenden Wohnungsnot zu leisten.

Ich darf noch einmal erwähnen, daß von diesen 30 Millionen Schilling durch Beschluß des Finanzausschusses 1 Million Schilling für die Heimatvertriebenen verwendet werden soll. Es besteht auch die Meinung — und dieser Meinung wird zugestimmt werden können —, daß man 1 Million Schilling für die Wohnbauförderung der öffentlichen Bediensteten hier in Graz zur Verfügung stellt. Es ist hier ein Vorhaben einer Genossenschaft im Gange, es sollen — ich glaube — 93 oder 96 Wohnungen geschaffen werden, davon etwa 40 noch in diesem Jahr.

Hoher Landtag, ich habe Ihnen somit diesen Bericht zur Kenntnis gebracht und hoffe, daß der Steiermärkische Landtag auf diese Tätigkeit zur Linderung der Wohnungsnot stolz ist.

Im ursprünglichen Voranschlag war die Post 62,72 mit „Fortgefallene Ansätze“ bezeichnet, es ist dann aber gelungen, doch auch

für diesen Titel 1 Million Schilling bereitzustellen. Es kommt dieser Betrag den Heimatvertriebenen zugute im Wege des Siedlungswerkes „Heimat Österreich“. Ich glaube, auch hier wird der Steiermärkische Landtag seine Verpflichtung gegenüber diesen armen Heimatvertriebenen gerne erfüllen. (Sehr lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Kaan: Hohes Haus! Wir haben soeben aus den Ausführungen des Herrn Landesrates Pirrsch gehört, daß die großherzige Tat des Landtages, den Wohnbauförderungsfonds mit 30 Millionen Schilling zu bedenken, immer noch unzureichend sein könnte. Es erschließt sich eine andere, wenn auch kleine Möglichkeit, diesen Wohnbauförderungsfonds ein wenig zu ergänzen auf folgende Weise: Das Land Steiermark besitzt ja sehr viele Miethäuser. In diesen Miethäusern befinden sich gewiß zahlreiche Mieter, bei denen man nicht annehmen kann, daß sie bald aus diesen Häusern herausgebracht werden können, sei es aus gesetzlichen oder vertraglichen Gründen. Die Zahlungen nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen sind aber wahrscheinlich nicht hinreichend, um die Häuser entsprechend instandzuhalten und daher erscheint es angebracht, diesen Mietern, und zwar nur in geeigneten Fällen, die geprüft werden müssen, Wohnungen zum Erwerb als Eigentumswohnungen anzubieten und könnten dann die eingehenden Beträge dem Wohnbauförderungsfonds zugeführt werden. Ich fasse den Antrag zusammen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, in geeigneten Fällen den Mietern in Miethäusern des Landes ihre Wohnungen zum Erwerb als Eigentumswohnungen anzubieten und die erzielten Erlöse dem Wohnbauförderungsfonds zuzuführen.“

Abg. Ertl: Hohes Haus! Zum Unterabschnitt Flußregulierung und Wildbachverbauung darf ich mich den Ausführungen des Landeshauptmannstellvertreters Udier anschließen. In Obersteiermark, wo es viele lange Gebirgstäler und Gräben gibt, die alljährlich von Überschwemmungskatastrophen heimgesucht werden, erfordert die Schadensbehebung beträchtliche Landesmittel. Aus den früheren Ausführungen haben wir schon gehört, daß die Zuschüsse des Bundes in diesem Belange unzulänglich sind. Ich gestatte mir, dem Hohen Hause folgenden Resolutions-Antrag vorzulegen und um dessen Genehmigung zu ersuchen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, den Flußregulierungs- und Wildbachverbauungsarbeiten größtes Augenmerk zuzuwenden und insbesondere darauf hinzuwirken, daß die bisher in unzureichendem Ausmaß erfolgten Aufwendungen von Bundesmitteln verbessert werden.“

Ich ersuche den Hohen Landtag, diesen Resolutionsantrag zu genehmigen, damit er an die Bundesregierung weitergeleitet werden kann.“

Präsident: Ich bitte, mir den Antrag schriftlich zu geben.

Abg. Thaller: Hoher Landtag! Wenn ich kurz zu dem Kapitel „Straße“ Stellung nehme, so deshalb, weil schon erwähnt wurde von meinem Vorredner und vom Referenten, daß in der Nachkriegszeit, nach 1945, viel geleistet wurde und viel geschehen ist. Das ist richtig! Wenn ich mich erinnere, so war es gerade die Oststeiermark, die immer als vergessenes Land bezeichnet wurde und wir waren auch wirklich das Land der Vergessenheit. Es hat sich die Lage jetzt schon etwas gebessert, so daß eigentlich schon einige Straßenzüge in der östlichen Oststeiermark die „Dauerwellen“ verloren haben, wenn auch noch ziemliche Strecken mit solchen behaftet sind. Wir hoffen, daß es in Zukunft möglich sein wird, auch bei diesen Strecken, wo heute noch die „Dauerwellen“ bestehen, diese zum Verschwinden zu bringen, so daß sich einer nicht zu sorgen braucht, wenn er mit einem Auto oder Fuhrwerk fährt, daß ihm das Rad außer Rand und Band gerät.

Hohes Haus! Ich möchte zugleich auch den Herrn Finanzreferenten bitten, sein Augenmerk auf den Straßenzug Kaindorf—Pöllau, für den im außerordentlichen Voranschlag ein Betrag von 1 Million Schilling ohne Bedeckung eingesetzt ist, zu richten. Vielleicht ist es doch möglich, diese 1 Million Schilling herauszuholen, so daß dieses Stück, das 11 km aufweist, von Pöllau bis Kaindorf endlich einmal in Angriff genommen werden kann. Der Pöllauer Kessel ist ein umfangreiches großes Wirtschaftsgebiet und diese Straße die einzige, die in diesen großen Wirtschaftskessel führt, mit dem Anschluß Kaindorf Richtung Graz und Sebersdorf, wo die Verladestation dieses Beckens ist. Ich möchte bitten, daß der Referent und der Landesfinanzreferent, wenn es möglich ist, die 1 Million Schilling hiezu bereitstellt. (Beifall.)

Abg. Lackner: Hoher Landtag! In der letzten Beratung des Finanzausschusses wurde seitens des Referenten eine Straßenkarte des Landes Steiermark vorgelegt. Ich bedaure sehr, daß diese Karte heute nicht allen Abgeordneten zur Ansicht vorliegt. Wenn man diese betrachtet, sieht man, daß ein großer Teil der übernommenen und verbesserten Straßen in der Untersteiermark liegt und die Obersteiermark dadurch ins Hintertreffen kommt. Es wurde die Äußerung getan, daß die Abgeordneten der oberen Steiermark viel weniger initiativ sind, viel weniger Anträge stellen. Ich muß dazu sagen, wir sind bescheiden und neigen nicht zu Schauanträgen.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Frage aufwerfen, was mit der Glattjochstraße ist, die die kürzeste Verbindung zwischen Enns- und Murtal nach Kärnten von Norden nach Süden darstellt. Die Aufschließungsarbeiten wurden vorgenommen, ebenso Vermessungen; sie wäre auch gleichzeitig eine Neuerschließung für den Fremdenverkehr. Es wäre für die Leute im Oberwölzgebiet und Kammer-

bergtal interessant zu wissen, wieweit diese Sache gediehen ist oder ob sie ganz zurückgestellt wurde.

Zu den Wildbachverbauungen ist zu sagen, daß im Budget 1952 der Rattenbergerbach inbegriffen war, aber weil die Bundesmittel gekürzt wurden, der Bach dann nicht verbaut wurde. Im Budget 1953 scheint er nicht mehr auf. Die Gemeinde Fohnsdorf hat im Vorjahre 400.000 S Wasser- und Wildbachschäden gehabt und im heurigen Jahr 320.000 S, obwohl zum Teil eine gute Wildbachverbauung vorhanden ist. Die Untersuchung wurde damals vom Bürgermeister mit dem Finanzreferenten durchgeführt und in diesem Zusammenhange darauf verwiesen, daß die Wildbachschäden bei Unwettern nicht mehr so heftig sind als vorher. Die Wildbachschäden sind darauf zurückzuführen, daß rücksichtslose Schlägerungen durchgeführt werden und eine mangelnde Aufforstung betrieben wird, so daß große Kahlfelder entstehen, die den niederströmenden Wassern Gelegenheit geben, zu Tal zu stürzen und alles mitzunehmen, was an bestehenden Verbauungen da ist, wodurch die Verbauung wieder zunichte wird. (Beifall.)

Landesrat Horvatek: Hohes Haus! Der Antrag des Herrn Abg. Dr. Kaan gibt mir Anlaß, einiges dazu zu sagen. Wenn Sie in den Erläuterungen zum Landesvoranschlag 1953 auf Seite 86 nachsehen, so finden Sie darin, daß das Land Steiermark über eine Reihe von Wohngebäuden verfügt. Diese Wohngebäude waren zum größten Teil schon im Jahre 1945 Eigentum des Landes, bis auf einige Liegenschaften, die seit dem Jahre 1945 zugekauft wurden. Alle diese Liegenschaften wurden während des Krieges baulich vernachlässigt, auch in den ersten zwei und drei Jahren nach Kriegsende konnte wenig getan werden, wir konnten nur die bombenzerstörten oder -beschädigten Gebäude instandsetzen. Aber seitdem bemüht sich die Landesverwaltung, diese Gebäude in einen brauchbaren und dem Ansehen des Landes entsprechenden Zustand zu versetzen. Das ist bei dem größten Teil der Gebäude gelungen. Die Gebäude werden vornehmlich auch von Landesbediensteten bewohnt und bei einer geringen Zahl von Wohnungen, welche frei werden, haben wir auch die Möglichkeit, diese wiederum Landesbediensteten zu vermieten. Die augenblickliche Sorge der Landesverwaltung ist, für die Aktiven, für die pragmatischen Bediensteten entsprechende Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Der Gedanke, daß wir nun in diesen alten Häusern Eigentumswohnungen schaffen, schaut im ersten Augenblick verlockend aus, wäre aber ein schlechtes Geschäft für das Land. Wir wissen, daß alte Häuser, wenn sie besiedelt sind, einen geringen Wert haben. Schon bei der Bewertung dieser abzulösenden Wohnungen würden außerordentliche Schwierigkeiten eintreten, außerdem müßten wir für jede dauernd fortfallende Wohnung Ersatz schaffen in Form von neuen Bauten, das heißt, wir würden die Woh-

nung, die wir haben, relativ billig hergeben müssen, um eine teure neue zu schaffen. Ich glaube, dies werden wir praktisch nicht machen können. Ich bin also der Meinung, daß dieser Antrag wohl gut gemeint aber nicht rentabel ist und ich würde wünschen, daß der Hohe Landtag diesem Antrag die Zustimmung verweigert oder noch besser wäre es, wenn er zurückgezogen würde.

Wenn man bei der Gruppe 9 auf den Seiten 78 und 79 nachsieht, so sind dort für das Liegenschaftsvermögen Ausgaben vorgesehen in der Höhe von 897.900 S, gegenüber Einnahmen von 635.500 S. Man müßte also meinen, daß das ein dauerndes Verlustgeschäft ist. Auch das ist ein Irrtum. Wir bemühen uns bei größeren Instandsetzungen von den Wohltaten des geänderten Mieterschutzgesetzes Gebrauch zu machen und die Leistungen der Mieter durch die Mietenkommision festzulegen; wenn wir also jetzt einen größeren Betrag ausgeben, bekommen wir ihn in 10 Jahren wieder zurück. Wenn man also die Post „Gebäude und Anlagen, größere Instandsetzungen“ von 260.000 S nimmt und dann noch die Leibrenten im Zuge von Liegenschaftserwerbungen dazu zählt, so ergibt sich, daß wir bei Abziehen dessen, was rücker setzt wird, die Häuser heute schon aus ihren Erträgen aktiv halten, so daß sie keine wirkliche Belastung für die Landesgebarung mehr darstellen. Erhält aber das Liegenschaftsvermögen sich selbst, was ja in den Jahren 1953 und 1954 noch nicht voll zur Auswirkung kommen kann, so ist auch nach dieser Richtung hin kein Anlaß, davon abzugehen.

Wir wollen außerdem nicht vergessen, daß einige dieser Liegenschaften verschwinden werden, wenn das Land sich zur Fortsetzung des Neubaues Rechbauerstraße—Krenngasse im nächsten Jahr entschließen wird unter der Voraussetzung, daß wir die Mittel des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds bekommen. Es werden dann drei dieser kleinen Gebäude verschwinden, weil sie weggerissen werden müssen. Es sind dies alte, schäbige, haufällige Keuschen, bei denen es schade wäre, auch nur 1 Schilling anzuwenden. Es ist gut, wenn sie verschwinden und einem modernen Bau mit gesunden Wohnungen Platz geben. Sonst aber sind die meisten Landesgebäude in einer relativ guten Verkehrslage und auch zum größten Teil in einem wirklich brauchbaren Zustand und ich glaube, man sollte nicht ohne Grund das Vermögen des Landes schmälern, noch dazu, wenn es dazu dient, den wohnungssuchenden Landesbediensteten zu Wohnungen zu verhelfen. (Beifall bei SPö.)

Abg. Schabes: Meine Damen und Herren! Wir alle kennen die Sorgen der Gemeinden in Bezug auf Wohnraumbeschaffung und jede Gemeinde ist nicht in einer glücklichen Lage, wie zum Beispiel eine industrielle Gemeinde, daß sie die notwendigen Einnahmen besitzt, um wesentlich durch den Wohnungsbau die Wohnungsnot beseitigen zu können. Ich kenne die

große Wohnungsnot draußen, wir haben bei 5200 Einwohnern 295 Wohnungsuchende vorge­merkt. Das ist ein sehr hoher Prozentsatz. Wir bemühen uns mit allen Mitteln, diese Wohnungsnot zu bekämpfen. Einen eigenen Gemeindebau zu errichten ist die Stadtgemeinde nicht in der Lage, weil die Einnahmen zu gering sind. Es ist nur die Möglichkeit gegeben, den Wohnungsbau zu fördern, daß wir Grund be­stellen, sei es im Wege des Genossenschafts­baues oder zur Erstellung von Eigenheimen.

Ich habe im Vorjahre bei der Budgetberatung die Hoffnung ausgedrückt, daß der Betrag von 10½ Millionen Schilling, der damals eingesetzt war, womöglich verdoppelt wird und darauf hingewiesen, daß es erfreulich wäre, wenn alle Parteien einmütig diesen Beschluß fassen würden. Es ist daher für mich außerordentlich erfreulich gewesen, daß der Antrag auf Er­höhung des Betrages für den Wohnungs- und Siedlungsfonds auf 30 Millionen Schilling in diesem Jahr allseits mit so großer Begeisterung aufgenommen worden ist. Ich muß sagen — Herr Landesrat Prirsch hat auch schon geschildert, welche Leute es sind, die sich um eine solche Fondshilfe bemühen —, daß es viele Leute gibt, die bauen und die eben durch diese furchtbare Wohnungsnot gezwungen sind zu bauen, die aber leider nicht in der Lage sind, die Zweidritteldeckung nachzuweisen. Es sind Menschen, die Jahre hindurch sich alles vom Mund absparen müssen, um sich einen kleinen Bau schaffen zu können. Ich muß wirklich be­dauern, daß kein Weg gefunden werden kann, diese grundehrlichen Menschen in die Lage zu versetzen, daß sie, obwohl sie die Zweidrittel­deckung nicht haben, doch in den Genuß dieser Hilfe kommen können. Es wird vielfach die Gesundheit dieser Menschen aufs Spiel ge­setzt durch die Entbehrungen, die sie erleiden müssen, um endlich ihre Wohnung fertigstellen zu können. Sie müssen sich langsam vom Wirt­schaftsgeld bzw. von ihrem wöchentlichen Ver­dienst die Mittel abzweigen, um wieder ein bißchen Material zu besorgen. Es gibt eine Reihe solcher Leute in unserem Bezirk.

Zum Bericht der Frau Landesrat Matzner möchte ich auch etwas bemerken. Gerade der Umstand der schlechten Wohnverhältnisse ist oft der Grund, daß so viele Menschen sittlich verwahrlosen. Durch gesunde Wohnungen könnte man sich also zugleich Fürsorgekosten ersparen, das ist eine Erfahrungssache.

Bei uns in der Stadt Deutschlandsberg und Umgebung sind in den letzten Jahren zirka 40 solcher Eigenheime errichtet worden, zum Teil mit Hilfe des Landes, zum Teil aus eigener Kraft, und zwar von Arbeitern und Angestellten. In diesen Eigenheimbauten kommt auch das Wohnen bedeutend billiger als in anderen Woh­nungen. Wir haben draußen Neubauwohnungen, die 160 bis 180 S Miete kosten und da wohnen Leute drinnen, die froh sind, wenn sie wieder ausziehen oder tauschen können, weil sie die Miete nicht bezahlen können.

Ich möchte abschließend noch eine Frage an den Herrn Landesrat Prirsch richten: Es ist mir aufgefallen, daß verschiedene Leute, die einen Betrag zugewiesen erhalten haben, eine Verstän­digung erhielten, worin es heißt, daß über Antrag des Herrn Landesrates Prirsch in der Landes­regierungssitzung beschlossen wurde, ihm diesen oder jenen Kredit zu geben. Ich bin nicht der Meinung, daß dies am Platze ist. Es ist nicht allein Sache des Herrn Landesrates Prirsch, sondern schließlich und endlich werden die Mittel vom Landtag bewilligt. Ich glaube, es wäre im Interesse der Bewerber besser, darauf hinzuweisen, daß die Landesregierung in der und der Sitzung beschlossen hat, ihm einen Kredit von so und soviel Schilling zu gewähren. Man muß nicht immer alles parteipolitisch aus­schroten. Ich halte das nicht für zweckmäßig. Es ist schon passiert, daß manche Leute die Meinung vertreten haben, es hat niemand damit etwas zu tun als nur der Herr Landesrat Prirsch. Ich möchte bitten, dies in Zukunft anders zu handhaben. (Landesrat Prirsch: „Ich muß ja unterschreiben!“)

Zum Straßenbau möchte ich ebenfalls einige Worte verlieren: Ich lebe in einem Bezirk, der bisher ziemlich ungünstig behandelt worden ist in Bezug auf den Straßenbau. In der letzten Zeit ist es etwas besser geworden und ich an­erkenne das, möchte aber dabei die Frage auf­werfen, wieso es kommt, daß die Straßenbauten gewöhnlich und auch heuer erst im September begonnen haben. Die schöne Zeit im Juni, Juli wurde nicht ausgenützt; wenn der September kommt, kommt die Regenperiode und die ist absolut nicht zweckmäßig. Es wäre schon wesentlich günstiger, wenn die Mittel hierfür früher flüssig gestellt werden könnten, damit mit dem Straßenbau früher begonnen werden kann.

Ebenso möchte ich bitten, die Straßen recht­zeitig zu sperren. Ich glaube, es wäre nicht nötig gewesen, daß diese Straße in Johnsgraben, die jetzt so verfallen ist, so schlecht geworden ist, wenn man sie früher gesperrt hätte. Die Weisungen über die Straßensperre kommen zu spät. Wenn die Straßen mit schweren Wagen befahren werden, entsteht ein weitaus größerer Schaden und man braucht weitaus länger zur Reparatur, als wenn man sie rechtzeitig sperrt.

Im übrigen möchte ich Herrn Landeshaupt­mannstellvertreter Udier bitten, sich ganz be­sonders die Angelegenheit, die ich früher er­wähnt habe, nämlich die Radlstraße, angelegen sein zu lassen. (Beifall bei SPÖ.)

Landesrat **Dr. Elsnitz**: Hoher Landtag! Ich möchte eine Frage an den Herrn Landeshaupt­mannstellvertreter Udier richten. Aus Ihren Ausführungen ist hervorgegangen, daß man die Gaberlstraße über den Winter schließen will, daß es von der Voitsbergseite aus technischen Gründen nicht möglich sei, die Straße über den Winter offen zu halten. Ich würde Sie dennoch bitten, das zu ermöglichen und alles Ent­sprechende vorzukehren. Gerade das Gaberl-

gebiet und die Straße hinauf ist als Ausfallsstraße für die Skifahrer von besonderer Bedeutung. Wenn es während des Krieges möglich war, die Straße offen zu halten, dann kann es jetzt in Friedenszeiten umso eher möglich sein.

Zur Kritik des Herrn Abg. Schabes wegen der Begleitschreiben durch den Referenten der Wohnbauförderung Landesrat Prirsch darf ich Ihnen, wenn ich so sagen darf, einen kleinen Witz beisteuern. Es haben sich alle drei Fraktionen bemüht, einem Bauwerber einen Kredit aus dem Wohnbauförderungsfonds zu besorgen. Er hat nur einmal Geld bekommen, wurde aber über die besagte Angelegenheit von Landesrat Prirsch, der SPÖ und vom VdU verständigt. Ich gebe ohne weiteres zu, daß das ein besonderes Kuriosum war, denn der Mann hat zu mir gesagt: Die ÖVP, die SPÖ und der VdU haben mich verständigt und ich bin ein Kommunist. (Helles Gelächter.)

Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. **Udier**: Hohes Haus! Ich muß nur noch auf ein paar Anfragen Antwort geben. Zunächst möchte ich rückwärts anfangen, bei der Sperrung der Straßen. Ich bin den Abgeordneten sehr dankbar, wenn sie mich bei Überprüfung der Straßensperren möglichst unterstützen und Sorge dafür tragen, daß bei den Bezirkshauptmannschaften, die diese veranlassen müssen und darüber hinaus bei der Landesregierung möglichst keine Interventionen von jenen erfolgen, die dort fahren möchten und transportieren müssen, nur deshalb, weil wir die Straße gesperrt haben. Wenn die verehrten Mitglieder des Hohen Hauses mich und die Bemühungen des Referates und der Verwaltungsstellen entsprechend kräftig unterstützen, so werde ich dafür nur dankbar sein.

Zur zweiten Frage wegen der späten Straßenarbeiten darf ich zweierlei sagen: Es kann oft nicht früher begonnen werden, da wir die Mittel im außerordentlichen Haushalt erst nach Erfüllung gewisser anderer Verpflichtungen und nach der Feststellung des Finanzreferates, daß noch Mittel zur Verfügung sind, frei bekommen. Es kann also nicht früher begonnen werden, als diese Mittel zur Verfügung stehen. Aber alle Straßenbauten sind jeweils so angesetzt, daß sie noch rechtzeitig vollendet werden können. Ich darf darauf verweisen, daß einzelne Straßenarbeiten und Schwarzdeckenaufgaben bis 15. Oktober vollendet werden müssen. Nicht einer einzigen Firma war das zu spät, sondern im Gegenteil, es sind meistens Mitte September die Firmen zu mir gekommen, um zu fragen, ob sie nicht zusätzlich Arbeit bekommen könnten, worauf ich ihnen nein sagen mußte, weil ich die Lage beim Finanzreferate ungefähr gekannt habe.

Ich will jetzt auf das Gaberl zurückkommen und kann Landesrat Dr. Elsnitz nicht mehr sagen, als ich schon gesagt habe. Wir sind mit unseren Straßenräumgeräten von der Bundesstraßenverwaltung nicht in der Lage, das Gaberl

auf der Köflacherseite zu räumen, es besteht dann die Gefahr, daß wir unsere Hauptverkehrsstraßen, die Prebichl- und Seebergstraße und den Schoberpaß und den Pötschenpaß nicht freihalten können, für die wir müssen die Räumgeräte haben. Die Strecke über das Gaberl brauchen wir nicht unbedingt als Verkehrsstraße, so gerne ich sie freihalten würde über den Winter, da ja die Stubalpe ein Skifahrergebiet ist. Es ist aber im Bundeskredit für 1953 die Anschaffung von 6 Schneeräumgeräten vorgesehen.

Zur Frage der Glattjochstraße einige wenige Worte: Ich bedaure es, daß dieser Fall hier aufgerollt wird. Ich bedaure das deshalb als Referent, weil ich nicht gerne Fragen aufrolle, die an einem Punkt scheitern und das ist das Geld.

Es ist allgemein bekannt — es ist auch bereits durch die Presse gegangen — daß es zwei Übergangsmöglichkeiten vom Ennstal ins Murtal gibt. Man hat diese beiden Übergänge bereits besichtigt und es ist gewiß, daß man einmal einen davon wird ausbauen müssen. Wenn einmal die Notwendigkeit dafür da ist, wird auch das Geld dafür da sein. Es wird dann von den Technikern entschieden werden müssen, welcher der Übergänge größere Vorteile bietet und es wird dann den zuständigen Stellen obliegen, die entsprechende Entscheidung zu fällen. Ich möchte nicht mehr und nicht weniger gesagt haben, weil ich glaube, daß es ausreichend ist, um diese Frage momentan zu beantworten.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch sagen, daß ein Antrag des Finanzausschusses vorliegt, die Blaa-Almstraße von Bad Ischl über die Blaa-Alm nach Altaussee auszubauen. Sie sehen daraus, daß der Gedanke, neue Straßenübergänge zu schaffen, von allen Seiten verfolgt wird, daß aber die Verwirklichung dieser Wünsche jedesmal von der Beschaffung der Mittel abhängt. (Beifall bei ÖVP.)

Landesrat **Prirsch**: Hoher Landtag! Die Besorgnisse des Herrn Abg. Schabes, daß die Erfordernisse der Zweidritteldeckung nachzuweisen sind, sind wirklich sehr ernst, aber es ist im Gesetz verankert, daß in der Regel ein Drittel des Bauaufwandes gegeben wird. Wir sind ohnedies in einigen Fällen ziemlich weit gegangen, aber wir dürfen das nicht ohne weiteres tun, weil wir sonst Gefahr laufen würden, daß jemand baut, wir geben ihm die 30 Prozent und zum Schluß fehlen ihm dann vielleicht 15 Prozent und das könnte dann gerade jene Summe sein, die es nicht möglich macht, das Haus zu beziehen und zu benützen. Daher sind wir etwas genauer in dieser Hinsicht. Ich darf aber wohl erwähnen, daß wir vor allem bei kinderreichen Familien — wenn ein besonderer Notsand vorgelegen ist — weitgehend entgegengekommen und in einigen Fällen über die 30% hinausgegangen sind.

Noch etwas zur zweiten Frage, die jedoch durch die Ausführungen des Herrn Abg. Schabes ohnedies bereits restlos geklärt erscheint.

Wissen Sie, meine Damen und Herren, es ist ein „Gfrett“. Ich könnte es mir sehr leicht machen und die Bevölkerung glauben machen, daß ich diese Gelder aus meiner Tischlade herausgebe. Aber ich muß ja sowieso jedem mitteilen, daß das Geld die Landesregierung gibt und die Landesregierung auch diesen Beschluß gefaßt hat. Aber der Herr Landesrat Dr. Elsnitz hat freundlicherweise auch für mich eine Entlastungsoffensive gestartet, und zwar mit durchschlagendem Erfolg muß ich sagen. Seine Ausführungen haben bewiesen, daß alle geschrieben haben in diesem konkreten Fall und ich will nicht behaupten, daß ich der erste war. Hoher Landtag, als ich vor 4 Jahren in die Landesregierung gekommen bin, war ich noch reichlich unerfahren in solchen Dingen. (Landesrat Dr. Elsnitz: „Aber schnell gelernt!“) Ich habe lange gebraucht und viel Mühe aufwenden müssen, um mir erst diese Erfahrung anzueignen, wie man derartige Mitteilungen überhaupt macht. Ich kann versichern, ich habe die korrekteste und anständigste Form gewählt, ich glaube, ich bin hier ganz großen Vorbildern gefolgt und hoffe wenigstens, daß ich es auch so gut gemacht habe wie meine anderen Landesregierungskollegen. (Heiterkeit.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter: Ich habe dem früher gestellten Antrag nichts hinzuzufügen und bitte um Abstimmung.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 6 mit den in der Beilage Nr. 96 enthaltenen Abänderungsanträgen des Finanzausschusses die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 6 ist angenommen.

Ich unterbreche nun die Sitzung und fahre morgen um 9 Uhr Vormittag fort.

Schluß der Sitzung: 23 Uhr 45 Minuten.

(Wiederaufnahme der Sitzung am 23. Dezember 1952 um 9 Uhr 15 Minuten.)

2. Präsident-Stellvertreter Scheer: Ich nehme die Sitzung wieder auf und begrüße alle Erschienenen.

Ich gebe zunächst bekannt, daß der Herr Landesrat Fritz Matzner die an ihn gerichtete Anfrage Nr. 12 der Abg. Stöffler, Berger, Pötz, Dr. Kaan und Kollegen, betreffend die Gebärungsüberprüfung bei der Stadtgemeinde Weiz, schriftlich beantwortet hat und daß die Antwort dem erstunterfertigten Fragesteller zugestellt wurde.

Ebenso hat Herr Landesrat Fritz Matzner die Anfragen Nr. 14 der Abg. Hirsch, Dr. Allitsch, Ertl, Ebner und Kollegen, betreffend den Mißbrauch von Gemeindeamtsräumen für Partei-

zwecke, schriftlich beantwortet. Auch diese Antwort wird dem erstunterfertigten Fragesteller zugestellt.

Wir setzen die Beratungen über den Landesvoranschlag für das Jahr 1953 fort. Es wurde zuletzt die Gruppe 6 angenommen.

Den zu dieser Gruppe von Abg. Dr. Kaan gestellten Antrag werden wir anlässlich der Beratungen über die Beschlüsse des Finanzausschusses behandeln. Wir kommen zur Gruppe 7 „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung“.

Berichterstatter ist Abg. Ertl, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Ertl: Hohes Haus! Auch die Gruppe 7 „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung“ wurde im Finanzausschuß einer eingehenden Erörterung unterzogen. Ich darf einleitend feststellen, daß sich bei dem wichtigsten Kapitel, der Landwirtschaft, die Bauernschaft voll und ganz ihrer großen Aufgabe als Nährstand des Volkes bewußt und nach dem Zusammenbruch des furchtbaren Krieges die Produktion im erfreulichen Maße angestiegen ist. Sie ist derzeit in der Lage, den Fleischbedarf des gesamten Landes zu decken, die Getreideablieferung hat im heurigen Jahr 200.000 Tonnen überschritten, während im vorigen Jahr 80.000 Tonnen zur Ablieferung gekommen sind. Die Milchproduktion hat eine erfreuliche Steigerung erfahren, wir sind gottlob in der Lage, für Weihnachten alle Anforderungen zu decken.

Im Budget ist eine ganz außergewöhnliche Post für die Förderung des Siedlungswesens vorgesehen, was wir sehr unterstützt und begrüßt haben. Es bedeutet aber für uns eine große Sorge, daß durch die Verbauung des fruchtbaren Bodens die Versorgung in Schwierigkeiten geraten könnte, wenn wir nicht entsprechend für Ersatzboden und für die Ausweitung der Produktion sorgen. Es ist dringend notwendig, der Intensivierung der Landwirtschaft, der Hebung der Produktion besondere Aufmerksamkeit zu schenken und fruchtbaren Boden zu gewinnen oder durch Erschließung der Bergbauerngebiete den Versuch zu machen, unfruchtbaren Boden in fruchtbaren Boden umzuwandeln. Das sind Maßnahmen, der die Landwirtschaft besondere Aufmerksamkeit entgegenbringt.

Es ist allseits bekannt, daß die größte Sorge der Landwirtschaft der Mangel an Arbeitskräften ist. Ich will nur kurz feststellen, daß die Landwirtschaft jederzeit in der Lage ist, 60—80.000 Menschen aufzunehmen und ihnen Arbeit und Brot zu geben. Die Lebensverhältnisse müssen denen der Industrie angeglichen werden, damit dieser in erschrecklichen Ausmaße stattfindenden Landflucht Einhalt geboten wird.

Ich möchte auch betonen, daß in langen Verhandlungen im Finanzausschuß doch einige Erhöhungsbeträge erfolgt sind, und zwar im Ausmaße von 1.745.000 S. Um diesen Betrag wurde

mehr eingesetzt für Belange der Landwirtschaft.

Abschließend beantrage ich, die im Finanz- und Budgetausschuß einstimmig beschlossenen Ansätze zu genehmigen.

Präsident Abg. Wallner: Hoher Landtag! Ich habe schon einige Male bei den Budgetberatungen zum Kapitel Landwirtschaft gesprochen und an Hand von Einzelziffern die Leistungen aufgezeigt, die auf dem Gebiete der Landwirtschaft vollbracht worden sind. Ich will das Hohe Haus nicht mit Einzelziffern über verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft belästigen, sondern mich darauf beschränken, allgemeine Feststellungen über die Lage der Land- und Forstwirtschaft hier im Steiermärkischen Landtag zu machen.

Wenn man die bisherigen Budgetberatungen, vor allem die Ausführungen in der Generaldebatte mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, so waren es 2 Sorgen, die fast von allen Rednern irgendwie zum Ausdruck gebracht wurden, zunächst die Sorge für die vielen Menschen, die obdachlos und wohnungslos sind, die notwendigen Wohnungen zu schaffen und dann die große Sorge, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Das sind sicher 2 Umstände, die aller Sorgen wert sind. Nun ist es in diesem Zusammenhang sehr interessant zu wissen, daß seit dem Jahre 1910 in Österreich 600.000 aus der Landwirtschaft abgewandert sind und allein seit 1934 sind es 300.000. Im Jahre 1930 hatten wir in Steiermark 46.000 Betriebe von den 79.000 landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt, die nur mit familieneigenen Arbeitskräften gearbeitet haben. 1951 ist diese Zahl von 46.000 auf 62.500 gestiegen. Von den 79.000 Betrieben sind es also nur mehr 17.000 Betriebe, die außer der familieneigenen sich fremder Arbeiter bedienen. Wir sehen, daß zu einem Großteil die Sorge, die wir wegen der Vollbeschäftigung der Arbeiter in der Stadt, in der Industrie haben, darin ihre Ursache hat, daß viele Menschen in den letzten Jahren und Jahrzehnten von der Stätte abgewandert sind, wo sie Wohnung, Nahrung und Arbeit finden könnten, freilich nicht zu jenen — und darin liegt der Grund — nicht zu jenen Bedingungen und mit Erfüllung jener Wünsche, wie sie heute eben die Stadt und die Industrie vielfach den Arbeitern bieten.

Wo liegt nun die Ursache? Wir haben uns sicherlich aus der Landwirtschaft heraus selbst bemüht, in den letzten Jahren zu leisten, was wir konnten. Es sind, das ist auch im Landtag anerkannt worden, unerhörte Leistungen vollbracht worden. Wenn man bedenkt, daß wir 1945 in der Steiermark über 3000 total zerstörte Bauernhöfe hatten und diese mit Mitteln der Landwirtschaft mit Wiederaufbauzuschlägen zur Gänze wieder aufgebaut worden sind, kann man ermessen, welche Arbeit in den ersten Nachkriegsjahren auf diesem Gebiete geleistet wurde. Die eigentliche Ursache dieser Landflucht kommt in den Indexpunkten zum Ausdruck, die amtliche Stellen in Österreich zusammengetragen haben. Nach diesem Index belaufen sich

die gesamten Einnahmen der Landwirtschaft in den verschiedenen Produktionszweigen auf 726, während die Ausgaben sich auf 802 Indexpunkte belaufen. Es sind das 76 Punkte, die herausfallen, also rund 10% weniger Einnahmen als Ausgaben. Wenn man nun bedenkt, daß das die Ziffern für Juli sind und bei den Rinderpreisen ein Abfall bis zu 30% festzustellen ist, der, ausgerechnet auf ein Jahr, der steirischen Landwirtschaft 100 Millionen Schilling an Verlust bringt, können Sie ermessen, wie die Einkommensverhältnisse verringert wurden. Da doch der Verkaufserlös der landwirtschaftlichen Produkte gleichbedeutend mit dem Arbeitslohn für die bäuerliche Familie und die Landarbeiter, also für den gesamten Bauernstand ist, können Sie ermessen, wie sich hier die Verhältnisse zu Ungunsten der Landwirtschaft abgesenkt haben.

Es ist noch eine Ziffer interessant: Die gesamte Produktionsleistung der österreichischen Landwirtschaft wird heute mit 10 Milliarden Schilling geschätzt. Wenn wir hier bedenken, daß wir 10% Einnahmenentfall haben, dann ist das rund 1 Milliarde für das Jahr gerechnet. Wir stellen ungefähr 30% der Berufstätigen in Österreich und haben 12% Anteil am National-einkommen. Die landwirtschaftlichen Kreditinstitute Österreichs verfügen alle zusammen über 6,6% aller Einlagen bei österreichischen Sparinstituten und bei den Krediten sind 5,5% der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtkredit. Sie sehen also hier, daß bei dem unerhörten Kreditbedürfnis für landwirtschaftliche Investitionen es ganz unmöglich ist, Kredite aufzunehmen, vor allem nicht zu einem Prozentsatz von 10—12%, wie es heute üblich ist, weil es der Landwirtschaft verwehrt ist, vermehrte Kosten der Produktion dem Endprodukt zuzuschlagen und die Preise ganz einfach nach den Gesichtspunkten, wie sie von der Mehrheit der Konsumenten erwünscht sind, amtlich festgelegt werden. Ich möchte erwähnen, daß wir trotz all den Leistungen, die wir in der Nachkriegszeit im Bezug auf Wiederaufbau und Produktionssteigerung erreicht haben, doch immerhin noch in der Steiermark von den 79.000 Betrieben auf Grund unserer Hofkarten 27.000 Betriebe zählen, die noch kein elektrisches Licht haben und 42.000, die ohne elektrischen Kraftstrom sind. Meine Damen und Herren! Das ist nicht die Schuld der Landwirtschaft, denn wir haben durch Bildung und Aufklärung unerhörte Arbeit in den letzten Jahren geleistet und die Wünsche und Absichten bezüglich Investitionen sind in der Landwirtschaft überaus groß. Aber es fehlen die Mittel, um dies alles auch durchführen zu können. Wir müssen auch feststellen, daß von den Landwirtschaftsbetrieben in der Steiermark erst ein Drittel Düngerstätten haben und zwei Drittel noch keine. Ich habe im Finanzausschuß ausgeführt, daß es uns unangenehm ist, daß nun auch aus den Marshallplann Mitteln die Zuschüsse für Düngerstätten verkürzt werden. Wir haben viele, viele Gebäude in der Landwirtschaft, an denen der Zahn der

Zeit schon so genagt hat, vor allem in unserem Bergbauerngebiet, daß da dringend große Reparaturen oder überhaupt Neubauten erforderlich wären. Es ist aber heute für den bäuerlichen Betrieb schon fast unmöglich, einen Neubau aufzuführen, weil die Kosten hierfür enorm angestiegen sind. Ich verweise darauf, daß wir bei Investitionen in der Landwirtschaft — verglichen die Jahre 1937 und 1952 — im Jahre 1937 für die Schichte eines Handwerkers 20 kg Weizen bezahlen mußten und heute nach der Regelung der Agrarpreise im Juli dieses Jahres noch immer den Gegenwert für 45 kg Weizen zahlen müssen. Weiters, daß wir 1937 mit 30 Liter Milch diese Zahlung leisten konnten und heute dafür 45 Liter Milch aufwenden müssen. Sie können sich ja errechnen, was landwirtschaftliche Investitionen heute kosten. Und trotz all dieser Schwierigkeiten und diesem weitgehenden Entfall an Arbeitskräften hat die österreichische Landwirtschaft und auch die steirische Landwirtschaft immerhin sehr große Leistungen in der Produktion aufzuweisen. Diese Leistungen konnten nur erbracht werden durch ganz enorme Mehrarbeit jener Menschen, die heute noch in der Landwirtschaft arbeiten. Es wird Sie interessieren, wenn ich Ihnen sage, daß wir allein in der Schweineanlieferung in den ersten 11 Monaten des Jahres 1951 319.000 Stück dem Wiener Markt zugeführt haben und daß diese Zahl in den ersten 11 Monaten dieses Jahres auf 466.000 angestiegen ist. Das ist eine Zunahme von 147.000 Stück. Und ich kann berichten, daß wir seit Monaten keine Schweine mehr aus dem Ausland einzuführen brauchen. Wir haben in der Brotgetreideablieferung im ganzen Wirtschaftsjahr 1951/52 240.000 Tonnen erbracht und schon in den ersten 11 Monaten dieses Wirtschaftsjahres bis Ende November 230.000 Tonnen. In der Milchablieferung haben wir im Jahre 1946 — damals war der Tiefstand —, da wir diese Ablieferung nicht anders erfassen konnten, über die Molkereien in der Steiermark 82.000 Tonnen abgeliefert und im Jahre 1951 120.000 Tonnen und heuer haben wir eine rund 7%ige weitere Zunahme zu verzeichnen und wir werden 130.000 Tonnen überschreiten. Es ist heuer zu Weihnachten erstmalig möglich gewesen, ohne Beschränkung Milch auszugeben.

Aus diesen Ziffern ersieht man, daß man der Landwirtschaft keinen Vorwurf machen kann im Zusammenhange mit der Landflucht, daß die Landwirtschaft rückständig wäre und daß sie allein nur in dem Ziel einen Ausweg finden könnte, die Leistung zu steigern. Wir haben die Leistung gesteigert, aber die Bauern haben schon jetzt erkannt, daß die Leistungssteigerung sich nur immer preissenkend für den Bauern auswirkt. Es ist im Finanz- und Budgetausschuß sicher insofern der Landwirtschaft Rechnung getragen worden, daß man die Ziffern, wie sie ursprünglich festgesetzt waren, teilweise erhöht hat. Aber ich habe immer das Gefühl, wenn man im Finanzausschuß oder hier im Landtag

zum Kapitel 7 kommt, dann herrscht eine gewisse Einstellung der Art: „Na ja! Jetzt kommen die Agrarier mit ihrem Lied, das jährlich hier gesungen wird.“ Meine Damen und Herren, die Lage der Landwirtschaft ist wirklich beängstigend und die vielen Sorgen in den Städten und in den Industrieorten und die damit im Zusammenhang stehenden Aufwendungen für Fürsorgemaßnahmen, für die arbeitslose Jugend usw. — man braucht sich ja nur den Vorschlag durchzusehen, was da alles an Aufwendungen zu finden ist — lassen sich zum größten Teil dadurch einsparen, daß man versucht, Maßnahmen zu ergreifen, um die Land- und Forstwirtschaft, auf deren Gebiet wir bisher noch keine Exportzahlen haben, zu fördern. Denn auf diesem Gebiet muß die österreichische Volkswirtschaft noch immer namhafte Einfuhren tätigen, obwohl jede Mehrerzeugung in der Landwirtschaft dem Staat wertvolle Devisen erspart. Es wären also wirklich umfassende Maßnahmen notwendig, um hier einen gewissen Ausgleich zu schaffen.

Es hat der Herr Abg. Hofmann während der Finanzausschußsitzung erklärt, die Bauern könnten zur Verminderung der Landflucht insofern beitragen, als sie trachten sollten zu erreichen, daß wenigstens die Kinder der Bauern auf dem Lande und in der Landwirtschaft verbleiben. Meine Damen und Herren, man könnte hier darauf verweisen, daß die Söhne und Töchter unserer Bauern deshalb nicht auf dem Lande bleiben wollen, weil die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen in der Stadt und in den Industrieorten tatsächlich bedeutend besser sind als sie die Landwirtschaft heute bieten kann. Gearbeitet wird genug draußen am Land, sowohl vom Bauer als auch von der Bäuerin und ich möchte wissen, wenn man alle Bauern heute untersuchen würde, wie viele davon als krank und erholungsbedürftig befunden werden würden. Schauen Sie sich einmal die Bäuerin an! Ich könnte zahlreiche Fälle anführen, wo eine Bäuerin 4 bis 6 Kinder zu betreuen hat, daneben noch Bauernarbeit leisten muß, den Schwemestall betreuen muß, mit einem Wort, die erste und die letzte Arbeitskraft in ihrer Wirtschaft ist. Und es ist heute leicht für die Landbevölkerung infolge unserer Verkehrsmittel, die Lebensmöglichkeiten in Stadt und Land miteinander zu vergleichen und es ist nicht mehr so wie einst, als der Bauer draußen in Unkenntnis der Situation in der Stadt mit dem zufriedenen war, was er hatte. Heute sieht er, welche Errungenschaften in der Stadt in den letzten Jahrzehnten gemacht worden sind.

Wenn ich die Mittel betrachte, wie sie vom Steiermärkischen Landtag bewilligt wurden, so verhält sich die Sache hier so. Herr Bürgermeister Dr. Speck hat erklärt, daß ungefähr 19 Millionen Schilling der Landwirtschaft zur Verfügung stehen, das ist aber insgesamt mit den landwirtschaftlichen Schulen. In der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, in der

wir den Obst- und Weinbau betreuen und die Waldwirtschaft, den Pflanzenbau und die Tierzucht fördern, sind es etwa über 5 Millionen Schilling. Wenn wir vergleichen damit — wir Bauern haben ein Verständnis für die Notwendigkeiten der Kultur, der Kunstpflege, wir wissen, daß auch das für ein Volk, das sich ein Kulturvolk nennen will, notwendig ist —, wenn wir Bauern vergleichen, daß an Zuschuß für die Theater fast der Betrag verwendet wird, der für die Maßnahmen der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft im gesamten steirischen Lande zur Förderung verwendet werden kann, wenn weiters zum Beispiel, wie es jetzt notwendig ist, zur Förderung des Wohnungsbaues 30 Millionen Schilling eingesetzt sind, kommt einem der Gedanke, ob man sich nicht doch einmal entschließen müßte, neben anderen auch umfassendere Maßnahmen auf verschiedenen Gebieten der Landwirtschaft zu ergreifen, um damit die Not der Städte und Industrieorte zu bekämpfen. Jeder Mensch, der weiterhin vom Lande abströmt, vermehrt das Elend und die notwendigen Aufgaben, die an sozialen Maßnahmen in Stadt und Industrie vollbracht werden müssen.

Ich möchte erwähnen, daß die Landwirtschaft auch ein wichtiger Konsumfaktor für Stadt und Industrie ist. Wir haben es erlebt, was eintritt, wenn eine sichere Absatzquelle der heimischen gewerblichen und industriellen Erzeugnisse ausfällt, wenn die Landwirtschaft nicht in der Lage ist, Anschaffungen zu machen. Die Exportmöglichkeiten sind auch beschränkt und die Arbeitslosigkeit, die dann in sicherer Nähe ist, bringt immer eine Verelendung der Volkswirtschaft. Hier spielt die Landwirtschaft eine ganz überragende Rolle. Ich bin der Auffassung, daß trotz der Ergebnisse, die hier festzustellen sind und trotz einzelner Erhöhungen, die hier durchgeführt worden sind, zwar immer unter der Kritik, es sei nicht Aufgabe des Landes, die und jene Zahlungen zu leisten, hier es noch manches zu tun gibt. Ich muß feststellen, daß in diesem Zusammenhange die Schuld der Sozialistischen Partei nicht ganz wegzuleugnen ist. Ich habe viele Konferenzen mitgemacht, aber schöne Worte und Beifall allein nützen nichts, sondern reale Maßnahmen. Wir haben Verhandlungen mitgemacht, bei denen man feststellen konnte, daß man versucht hat, wenn es sich um die Preise der agrarischen Produkte gehandelt hat, die doch den Arbeitslohn des Bauern beinhalten, diese zu drücken, wo es nur geht. Die Machtmittel, wie sie heute den Gewerkschaften zur Verfügung stehen, stehen den Bauern in der Landwirtschaft leider nicht zur Verfügung. Der Bauer lehnt Maßnahmen solcher Art ab, die sich nur darauf beschränken, irgend etwas abzuliefern und für den Notstand in der Stadt zu sorgen. Wir müssen aus freier Erkenntnis dazu kommen, der Landwirtschaft jene Unterstützung und Förderung angedeihen zu lassen, die es möglich macht, Menschen aus der Stadt auf das Land zu bringen, die dort zufrieden sind. Wir brauchen verlässliche Ar-

beiter in der Landwirtschaft und ich kann Ihnen sagen, 9—10.000 junge Menschen, ja Besitzer von 40—50 Jahren sitzen im heurigen Winter auf der Schulbank. Sie sollten sehen, wie tagtäglich diese Menschen zu den Kursen gehen. So sehr wie jetzt hat sich die Bauernschaft noch nie bemüht, das einzuholen, was an Ausbildung in der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten versäumt worden ist. Wir können das nicht von heute auf morgen bewerkstelligen. Vorwürfe von rückständiger Landwirtschaft sind da ganz unangebracht. Wir haben 79.000 Bauernbetriebe. Sie wissen ganz genau, wie schwer es für einen Bauern ist, der 50 bis 60 Jahre alt ist und nie eine berufliche Ausbildung genossen hat, einen solchen Betrieb von heute auf morgen umzustellen. Wir können nur durch Aufklärung und beispielgebende Maßnahmen erreichen, daß wir nach und nach das nachholen, was wir versäumt haben. Daß wir heute, gemessen an den Verhältnissen in anderen Ländern, in vielen Bauernhöfen auf einer höheren Produktionsstufe stehen könnten, ist nicht Schuld des Bauern. Erst jetzt hat man sich befaßt und Maßnahmen in die Wege leiten können durch Beiträge des amerikanischen Volkes aus der Marshallhilfe, so daß den Bauern zur beruflichen Ausbildung in den letzten Jahren eine wesentliche Unterstützung gewährt werden konnte.

Ich will mit meiner Ausführung festgestellt haben, wie die Lage der Landwirtschaft ist und was wir unternommen haben, die Lage zu bessern, Aufgabe und Pflicht des gesamten Volkes aber ist es, einem so wertvollen und wichtigen Berufsstand, der jene Produkte erzeugt, die die Menschen vom frühen Morgen bis zum späten Abend brauchen, jede Förderung angedeihen zu lassen, die er braucht, um jene Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu besitzen, wie sie heute im allgemeinen geboten werden. (Allgemeiner starker Beifall, Bravorufe.)

Abg. Pötz: Hohes Haus! Ich habe mich heute zur Gruppe 7 zum Worte gemeldet, um einige Feststellungen zu machen. Es wurde in der gestrigen Debatte von einem Redner der Sozialistischen Partei der Kollegin Wolf, gesagt, daß sie sich im Zusammenhang mit den Schulhausbauten in unserer Partei nicht hätte durchsetzen können. Ich glaube, daß dies bei der Gruppe 7 noch in verstärktem Maße auf den Kollegen Edlinger zutrifft. Er hat im Vorjahre bei der Budgetberatung zur Gruppe 7 folgende Worte gesprochen: „Wir haben unsere eigene Agrarpolitik und wollen in sie auch aktiv eingreifen. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir in der Lage sind, unserer Landwirtschaft zu helfen und daß wir uns bemühen, dies in die Tat umzusetzen.“ Und, Hohes Haus, auf Grund dieser erfreulichen Zusicherung glaubten wir bäuerlichen Abgeordneten und die Abgeordneten unserer Partei, daß uns ein Budgetentwurf vorgelegt wird, in dem diese angekündigte Tat auch bewiesen wird. Wir waren bitter ent-

täuscht. In keiner Gruppe des uns vorliegenden Budgets wurden so viele Abstriche getan wie in der Gruppe 7. Wenn in den Finanzverhandlungen einiges gutgemacht wurde, muß ich in diesem Zusammenhang den Kollegen unserer Partei, die dies zustandegebracht haben, meinen herzlichsten Dank sagen. Ich muß aber feststellen, daß uns die Dotierung der einzelnen Förderungsmaßnahmen in keiner Weise befriedigt.

Ich möchte auf ein zweites zurückkommen. In der gestrigen Generaldebatte hat der Sprecher der Sozialistischen Partei uns Bauern in gewisser Hinsicht Rückständigkeit vorgeworfen. Ich glaube, wenn ich auch ein junger Abgeordneter bin, so darf ich mir doch erlauben, diesen Vorwurf, der in gewisser Hinsicht die ganze steirische und österreichische Landwirtschaft trifft, auf das Energischste zurückzuweisen. Wenn ich mich erinnere an das Jahr 1945, wo gerade in der Oststeiermark sämtliche Bauernhöfe in meiner engeren Heimat zerstört waren, wo die Leute nicht wußten, wo sie schlafen sollen, kein Dach über dem Kopf hatten, weder eine ausreichende Bekleidung noch Nahrung, wie sie trotzdem darangingen, den Wiederaufbau zu bewerkstelligen, kann ich mit ruhigem Gewissen sagen, daß diese Berufsgruppe ein Opfer gebracht hat wie wohl keine andere.

Ich bin auch der Meinung, daß die Bauernschaft der Steiermark und ganz Österreichs dafür ein Verständnis hatte, obwohl sie mit eigenen Wiederaufbau- und Nahrungssorgen zu kämpfen hatte, der hungernden und arbeitenden Stadtbevölkerung noch mehr Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen als für eine eigene ausreichende Wirtschaftsführung tragbar war. Ich glaube, daß dies nicht außeracht gelassen werden darf.

Ich bin auch der Meinung, daß es unrichtig ist, nur jährlich einmal sein großes Herz zu zeigen und dann von allen Parteien immer wieder betont zu hören, welch großer Helfer man für die steirische und österreichische Landwirtschaft sei. Wenn man die Zeitungen verfolgt, so schaut das ein bißchen anders aus. Aber ich hoffe, daß die steirische und die österreichische Landwirtschaft weiß, wer ihre wirklichen Helfer sind und der 22. Februar Gelegenheit bieten wird, diesen Helfern den gerechten Stimmenanteil zu geben.

Mag sich der Steiermärkische Landtag in Zukunft zusammensetzen so oder so, einen Appell erlaube ich mir an alle zu richten, die hier sind oder nach uns kommen werden: Seien wir uns unserer Aufgabe bewußt, seien wir uns dessen bewußt, daß ein gesunder Bauernstand, ein lebensfähiger Bauernstand die Grundlage ist, die Zukunft eines Volkes zu sichern und uns alle miteinander in eine bessere Zukunft zu führen. Wenn wir diese Sorge unsere größte sein lassen, dann können wir mit Recht in Anspruch nehmen, als wirkliche Vertreter unseres Volkes zu gelten. (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Abg. Prassl: Hoher Landtag! Einer der wichtigsten Zweige der steirischen Landwirtschaft ist der Obstbau. Der Obstbau in der Steiermark wird hauptsächlich betrieben in der West- und Oststeiermark, erstreckt sich aber auch bis ins Oberland. Der Obstbau ist für die österreichische Volkswirtschaft von großer Bedeutung, an ihm sollen sich alle erfreuen, an ihm sollen daher auch alle interessiert sein. Allerdings braucht ein Obstbaum sehr viel Pflege. In den letzten Jahren ist ein neuer Schädling aufgetreten, nämlich die San José-Schildlaus, der wir fast machtlos gegenüberstehen. Es ist zu befürchten, daß der steirische Obstbau, wenn nicht energisch an die Bekämpfung herangegangen wird, große Einbußen erleiden oder überhaupt in Frage gestellt wird. Wir haben schon bei der Budgetberatung des vergangenen Jahres gehört, daß die Winterspritzung der Obstbäume allein 16 Millionen Schilling ausmacht. Da können wir uns denken, daß es dem einzelnen Obstbauern nicht möglich ist, die Spritzung so durchzuführen, daß sie eine einigermaßen erfolgreiche Bekämpfung auch gewährleistet. Deshalb möchte ich auch besonders bekriteln, daß gerade bei den Förderungsbeiträgen für den Obstbau Abstriche gemacht worden sind anstatt daß größere Beträge eingesetzt worden wären. Nicht nur allein zum Nutzen des steirischen Obstbaues hätte das gedient, sondern zu Nutz und Frommen der gesamten Volkswirtschaft.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch appellieren an die städtische und an die Industriebevölkerung, sie soll sich dessen bewußt sein und auch ihre Kinder in diesem Sinne erziehen, nicht ausländische Früchte sondern lieber einheimisches Obst zu kaufen. So kann sie dazu beitragen, daß das steirische Obst auch seinen Absatz findet.

Ich wende mich jetzt dem kleinsten Zweig unserer steirischen Landwirtschaft, dem Weinbau zu. Nur 5 % der nutzbaren Fläche in Steiermark entfallen auf ihn. Weinbauer zu sein, ist einer der schwersten und riskantesten, zugleich aber auch einer der schönsten Berufe. Gerade der Weinbau befriedigt den Menschen am meisten. Er ist auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, ein wichtiger Zweig. Er wird hauptsächlich an unserer südlichen Grenze, an der Sprachgrenze betrieben, dort arbeitet und lebt der steirische Weinbauer und Weinbauer. Es ist nicht so leicht wie in anderen Bundesländern, wo man im Weinbau Maschinen einsetzen kann, denn bei uns gedeiht er fast ausschließlich an den steilen Hängen des Sulmtages und des Klöcher Gebietes, wo die Weinbauern ständig schwere Lasten mit dem Buckelkorb tragen müssen, um ihren Weingarten zu bestellen. Sie werden jetzt verstehen, warum das einer der schwersten Berufe ist. Auch verlangt der Weinbau noch viel mehr als der Obstbau intensivste Bewirtschaftung, Fachkenntnisse und eine gute Beobachtungsgabe. Diese Kenntnisse werden heute den jungen Menschen in der einzigen Fachschule dieser Art, in Silberberg, vermittelt. Jetzt ist auch noch die Beispielanlage

in Straden geschaffen worden, mitten im Weinbaugebiet, um auch dieses Gebiet für den Qualitätsweinbau zu gewinnen. Das ist im volkswirtschaftlichen Sinn gesehen sehr wichtig, damit auch Ausländer, wenn sie zu uns kommen, den steirischen Wein genießen und ihn lieben lernen, und wir in der Folge unseren Wein auch absetzen können. Wir wollen uns im steirischen Weinbau wirklich anstrengen, um es zustande zu bringen, daß jedem Steirer ein Glas steirischen Weines vorgesetzt werden kann. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. Dr. Kaan: In die Gruppe 7 Abschnitt 77 fällt auch die Fremdenverkehrsförderung. In einem nie geahnten Ausmaß verwenden die Menschen in den letzten Jahren jenen Teil ihres Einkommens, der nicht für lebensnotwendige Dinge gebraucht wird, zum Reisen. Die tieferen Ursachen dafür, daß diese Unrast die Menschen bewegt, werden von uns nicht alle richtig erkannt. Wir vermuten, daß die Zunahme der Verkehrsmittel, vielleicht Kriegsfolgen, vielleicht wirklich das Bedürfnis, jene Länder, von denen man soviel hört, selbst zu sehen, möglichst von Mensch zu Mensch, jene kennen zu lernen, die uns vielleicht als Feinde gegenübergestanden sind oder vielmehr als solche bezeichnet wurden, die wahren Ursachen hierfür sind.

Es ist die Förderung des Fremdenverkehrs eine Einnahmequelle, zweifellos aber auch eine Friedenstat. Wir Steirer, die wir am südöstlichsten Ende des Landes liegen, aber auch am südöstlichsten Ende jener Welt, wo das Reisen noch ziemlich frei ist, haben seit jeher eine Ausnahmstellung. Es ist für uns unmöglich, den Reisenden aus dem Westen das zu bieten, woran sie zu Hause gewohnt sind. Wir wissen genau, daß wir mit den Fortschritten im Hotelbau im Westen, wo ungeheure Summen dafür aufgewendet werden, nicht mithalten können. Wir müssen aber den Leuten, die wir einladen, zu uns zu kommen, ein gewisses Mindestmaß an Bequemlichkeit bieten. Aber nur dafür die Voraussetzungen zu schaffen, erfordert schon viel Geld. Es wurden hierfür ERP-Mittel nach Österreich gegeben, von diesen kam leider nur ein verhältnismäßig geringer Teil nach Steiermark. Das war darauf zurückzuführen, daß diejenigen, die darüber zu bestimmen hatten, der Meinung waren, daß ERP-Mittel nur für jene Gaststätten und Orte zu verwenden seien, wo das Einströmen von Devisen zu erwarten ist. Steiermark ist mehr ein Binnenreiseland, höchstens Schillinge werden hier ausgegeben, daher seien ERP-Mittel für Investitionen nicht berechtigt. Es mußte daher das Land Steiermark selbst einen Ausweg suchen, um diesen Entgang auszugleichen. Das ist geschehen vor allem durch zwei Gesetze. Das erste Gesetz war das Ausfallsbürgschaftsgesetz, mit welchem das Land sich die Möglichkeit verschafft hat, die Haftung für Gastgewerbebetriebe bis zu 20 Millionen Schilling zu übernehmen. Schon dieses Gesetz hat eine gewisse befruchtende Auswirkung gehabt. Das zweite Gesetz war das Fremdenverkehrs-Investitions-

gesetz, nach welchem das Land selbst in die Lage versetzt wurde, Darlehen an Gaststätteninhaber zu geben, damit deren Gaststätten modernisiert werden. Der Erfolg ist schon jetzt festzustellen. Diese Darlehen des Landes, die ein Mehrfaches der so sehr bekämpften Fremdenverkehrsabgabe ausmachen, haben viele Gaststätteninhaber tatsächlich in die Lage versetzt, die Fremden auch aus dem Westen zu befriedigen. So können wir im Vergleich zu anderen Ländern feststellen, daß die Zunahme des Fremdenverkehrs im Verhältnis zu anderen Bundesländern eine wesentlich stärkere ist. Während dort eine Zunahme von 26 % festzustellen ist, beträgt sie in Steiermark 100 %. Es hat sich also der Fremdenverkehr in Steiermark tatsächlich verdoppelt.

Diese zwei Maßnahmen sind nicht die einzigen Maßnahmen des Landes gewesen. Das Land widmet erhebliche Mittel aus seinem Budget, wie Sie dem Abschnitt 77 entnehmen können, der Fremdenverkehrsförderung. Diese aufgewendeten Mittel sind oft ein Vielfaches dessen, was die Fremdenverkehrsabgabe den Gaststätteninhabern angeblich entzieht. Dieser Erfolg, die Zunahme des Fremdenverkehrs, war nur durch einen im ersten Augenblick vielleicht unwirtschaftlich erscheinenden Werbeaufwand zu erreichen. Dieser Werbeaufwand ist aber nur für einen oberflächlichen Beobachter ein unwirtschaftlicher Aufwand, er kann sich nicht sofort auswirken, wirkt sich auf weite Sicht aus und rechtfertigt die Investitionen, die man auch auf weitere Sicht macht. Ich verweise darauf, daß die Steiermark daran gegangen ist, eine Werbestelle in Frankfurt am Main zu errichten, weil zu erhoffen ist, daß aus diesem Gebiet der Zustrom der Fremden ein ganz besonders lebhafter sein wird. Es ist beabsichtigt und ist in Vorbereitung, auch in London eine solche Werbestelle zu errichten. Mit besonderem Stolz darf die Steiermark darauf zurückblicken, daß in zwei internationalen Wettbewerben über Werbemittel steirische Künstler, steirische Plakate erste Preise errungen haben. Ich habe eingangs darauf verwiesen, daß es der Steiermark niemals möglich sein wird, durch Luxushotels etwa andere Länder hintanzusetzen, wir aber in Steiermark in der Lage sind, die Wesenheiten unseres Landes den Fremden derart vorzuführen, daß sie immer gerne hierherkommen. Wir haben Besonderes zu bieten. Wir nennen uns die grüne Mark und wir wissen aus eigenen Erlebnissen, wenn wir lange fort waren und zurückkommen: Steiermark ist ein ganz besonderes Land, die Berge, die Wälder, die Art der Bevölkerung. Das alles müssen wir den anderen richtig zeigen. Jedes Land ist bemüht, seine Besonderheiten zu zeigen und wir sind es auch und mit Erfolg. Wir wissen aus Zeitungsnachrichten, aus Fachzeitschriften, daß mit Hochachtung und auch mit Neid auf unsere Erfolge hingewiesen wird.

Wenn Sie nun den Unterabschnitt 779 mit Aufmerksamkeit durchsehen, müssen Sie anerkennen, daß ein großes Maß an Energie, Fleiß

und Phantasie aufgewendet wurde, um diese Erfolge zu erzielen. Die Sonderstellung der Steiermark in Bezug auf die Fremdenwerbung, in Bezug auf das, was sie den Fremden bieten kann, ist offenbar auch auf einem anderen Gebiete, der Jagd. Ich werde auf die Jagd noch bei Kapitel 9 zu sprechen kommen, die auf der Einnahmenseite eine Sonderstellung einnimmt. Es ist beabsichtigt, auch diese Besonderheit des Jagdlandes Steiermark in die Fremdenverkehrswerbung einzubeziehen. Daß Steiermark als ein Gebirgsland selbstverständlich auf dem Gebiete des Skilaufes eine Sonderstellung einnimmt oder die Sonderstellung Österreich auch mitgenießen will, ist ohne weiteres einzusehen. Auch in dieser Hinsicht werden noch besondere Aufwendungen zu machen sein.

Ich glaube, abschließend sagen zu dürfen, daß die Aufwendungen, die im vergangenen Rechnungsjahre gemacht wurden und die auch für das kommende Rechnungsjahr vorgesehen sind, fruchtbringend für das Gastgewerbe und fruchtbringend für das ganze Land sein werden. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. Ebner: Hoher Landtag! Unser Herr Präsident Wallner hat bereits die allgemeine Lage der Landwirtschaft geschildert. Ich bin nun das vierte Mal hier im Hohen Hause, um das Budget im Landtage beraten zu helfen. Schon das erste Mal hatte ich Gelegenheit, hier zu hören, wie die Lage in der Landwirtschaft ist, Gelegenheit, hier von mehreren Kollegen zu hören, wie sie dieses oder jenes Detail behandeln und dem Hohen Hause vor Augen führen. Heute, das vierte Mal, muß ich feststellen, daß alle diese Worte, die alljährlich anlässlich der Budgetberatung seitens der bäuerlichen Vertreter gesprochen werden, mehr oder minder ungehört verhallt sind. Ich war schon bei der ersten Beratung skeptisch, weil der Landesfinanzreferent den Ausspruch getan hat: Ja, diese neuen bäuerlichen Vertreter wollen sich die Sporen holen. Das hat mir bestätigt, daß eigentlich dem Ernst der Lage in der Landwirtschaft nicht jenes Ausmaß beigelegt wird, wie es sollte. Heuer, nachdem ich das vierte Mal dabei bin, habe ich gestern gehört, daß Abg. Sebastian ein paar bäuerliche Vertreter berichtigt hat, weil diese behaupteten, in der Gruppe 7 hätte der Rotstift des Herrn Landesfinanzreferenten etwas zu stark gearbeitet. Es sei nur eine Verkürzung um 6,5% erfolgt. Ich kann das nur der jugendlichen Unaufgeschlossenheit zuschreiben. Denn, wenn er die Gruppe 7 durchsieht und dabei verschiedenes findet, was mit der Landwirtschaft gar nichts zu tun hat, so hätte er sich wohl ausrechnen können, daß die Streichung in den rein landwirtschaftlichen Gruppen eine viel stärkere war. Wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß zum Beispiel im Unterabschnitt „Pflanzenbauförderung“, die die Grundlage für die Aushützung unserer landwirtschaftlichen Kulturfläche und für die Produktionssteigerung im Interesse des gesamten Volkes darstellt, in der Vorlage eine Verkürzung

von nicht weniger als 30% zu verzeichnen ist. Bei den Verhandlungen im Finanzausschuß wurde diese Verkürzung dann auf 15% vermindert. Aber 15% bleiben gestrichen. Werter Kollege Sebastian, möchten Sie das bitte zur Kenntnis nehmen, wenn man Pflanzen baut, so werden sie indirekt oder direkt im Interesse des Volkes verwertet. Den größten Teil der Pflanzen verwertet man indirekt über den Tiermagen. Im Kapitel „Tierzuchtförderung“ ist in der Vorlage eine Verkürzung von 20% vorgesehen, weiters im Kapitel Almwirtschaft — sowohl Pflanzenbau als auch Tierzuchtförderung — eine Verkürzung von 19,6%, welche auch im Finanzausschuß keine Erhöhung erfahren hat und wo dieser starke Abstrich leider aufrecht blieb. Wenn ich dann noch eine Post herausgreife, und zwar die Güter- und Almwege, haben wir auch hier einen Abstrich von 28%. Nur die vier Posten, die ich hier aufgezählt habe, berühren den Bergbauern am allermeisten, denn jede einzelne Post trifft ihn in seiner Existenzgrundlage und bewirkt, ob sie sich besser oder schlechter gestaltet.

Hohes Haus, man hat jetzt oft den Eindruck, ob man nicht mehr oder weniger systematisch dorthin kommen wolle, daß sich das Privatbauerntum aufhört. Wenn ich aber die verschiedenen Herren und Damen der sozialistischen Fraktion hier im Hause ansehe, kann ich dem Großteil nicht zutrauen, daß sie von dieser Absicht beseelt sind, den privaten Bauer verschwinden zu lassen. Sollte dem wirklich nicht so sein, so ist es aber notwendig, dafür zu sorgen, daß man für den Bergbauern Maßnahmen trifft, die geeignet sind, ihn auf seiner Scholle erhalten zu können. Er wird — wie Herr Präsident Wallner bereits ausgeführt hat — das seinige dazu beitragen. Grundlage dazu ist eine gute Schulung, das weitere besorgt dann der unbändige Arbeitswille. 14 bis 16 Stunden sind der Durchschnitt, was der Bergbauer am Tag arbeitet. Es wird so mancher, der sich sein Leben nach der neuen übersozialen Gesetzgebung eingerichtet hat, sagen, ja der Narr soll nur arbeiten, er ist ohnehin nichts anderes als ein Sklave des Volkes.

Warum soll der Bauer nicht auch Mensch sein, warum soll er so viel arbeiten und sich zu Tode rackern?! Würde man das anders machen und ihm die Arbeit erleichtern, dann müßten verschiedene Vorkehrungen getroffen werden. Ich will nur ein paar hier aufzählen: Vor allem müßte man die Wegverhältnisse unter allen Umständen verbessern. Es dürfte dann für Güterwege nicht ein Betrag feststehen von 2,1 Millionen Schilling, welcher dann noch um 0,2 Millionen erhöht wurde, aber trotzdem weit unter dem vorjährigen Ansatz bleibt, sondern man müßte hier noch eine Null daranhängen, dann könnte man vielleicht in einigen Jahren die notwendigsten Güterwege errichten. Es würde dies zur Folge haben, daß der einzelne Bauer seine Produktionsmittel, die er sich beschaffen muß, weitaus leichter und billiger an die Produktionsstätte heranbringen und umge-

kehrt seine Erzeugnisse wieder leichter wegbringen könnte. Es würde zur Verringerung der Produktionskosten wesentlich beitragen. Es ist aber weitaus zwingend notwendig, daß man diesen Bergbauern droben nicht so, wie es heuer unser Herr Landesrat Matzner beabsichtigt hatte, die Grundsteuer von 300 auf 400% des Hebesatzes erhöht, sondern das Gegenteil müßte eintreten, soll die Bergbauernschaft erhalten bleiben. Es müßte ihr eher eine Steuerfreiheit zugebilligt werden. So wäre es dann auch möglich, daß man die Landflucht dort irgendwie auffängt. Einen anderen Weg kann ich mir nicht vorstellen, denn wenn man die Existenzmöglichkeit des Bergbauern in Ordnung bringt, ist er auch in der Lage, seinen Kindern einen Lohn zu bezahlen und dann werden diejenigen Leute, die es heute nicht verstehen können, daß auch die Bauernkinder das Land verlassen, nicht mehr solche Klagen vorbringen. Man kann aber der bäuerlichen Jugend nicht zumuten, daß auch sie so wie ihre Eltern nur als Sklaven des Volkes ständig Jahr für Jahr weiterwerkeln. Ich glaube ja nicht, daß es schon in nächster Zukunft anders wird, ich habe schon drei Jahre umsonst gehofft und bin wieder enttäuscht worden durch diese Vorlage. (Abg. Pölzl: „Vielleicht wird es besser, wenn die ÖVP nicht mehr an der Regierung ist!“)

Wir brauchen Verständnis auch von jener Seite, welche besonders bemüht ist, den privaten Menschen überall zu entfernen. Ich bedaure es sehr, daß es noch österreichische Menschen gibt, die solchen Gedanken nachhängen. Für das österreichische Volk ist das wohl keine Form der Lebensgrundlage. Ich möchte daher an das Hohe Haus abschließend den Appell richten, in Zukunft dieser Berufssparte, die eigentlich die Grundlage des Volkes darstellt, mehr Interesse und mehr Aufmerksamkeit entgegenzubringen. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. Hegenbarth: Hoher Steirischer Landtag! Sie haben aus dem Munde meiner Kollegen die Sorgen der Landwirtschaft bereits gehört und ich will mich jetzt bemühen, auch den nicht-agrarischen Mitgliedern des Hohen Hauses einen kleinen Überblick über die Leistungen der steirischen Landwirtschaft zu verschaffen. Sie haben gestern den Tätigkeitsbericht der Landesbauernkammer für die Jahre 1950 und 1951 erhalten und ich will hoffen, daß auch die Nicht-Agrarier die kommenden Feiertage dazu benutzen werden, um dieses Büchlein einer geneigten Durchsicht zu unterziehen und sich so selbst zu überzeugen, welchen Aufschwung die steirische Landwirtschaft in Bezug auf Produktionsverbesserung im Laufe der letzten Jahre genommen hat. Ich will keinen landwirtschaftlichen Fachvortrag halten, aber ich will in einer auch den Laien verständlichen Weise einige besonders auffallende Leistungen der steirischen Landwirtschaft schildern.

Wir sind gegenüber der Landwirtschaft anderer, besonders überseeischer Länder, im Nachteil insofern, als uns nur eine ganz be-

stimmte enge schmale Produktionsfläche zur Verfügung steht. Wir haben in Österreich eine Ackerfläche von knapp 1,8 Millionen Hektar, es entfällt also auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet etwa $\frac{1}{4}$ Hektar. Demgegenüber haben andere große Agrarländer, wie die Vereinigten Staaten von Amerika oder die Sowjetunion $1\frac{1}{2}$ bis $1\frac{3}{4}$ Hektar pro Kopf, also die 6- bis 7fache Ackerfläche zur Verfügung, in Kanada $4\frac{1}{2}$ Hektar, in Australien 7 Hektar, ein Vielfaches von der Fläche, die dem steirischen, dem österreichischen Bauern zur Verfügung steht. Was der steirischen Landwirtschaft an Fläche fehlt, muß der steirische Bauer durch höheren Fleiß und höhere Intelligenz ersetzen, um dadurch beizutragen, den Löwentanteil der österreichischen Ernährung zu sichern.

Ich möchte noch einige Ziffern nennen. Wir haben in Steiermark im heurigen Jahre nach den bisherigen statistischen Erhebungen Hektarerträge bei Getreide von fast 20 mq, denen gegenüberstehen in den besten Getreidegebieten der Übersee und der Sowjetunion höchstens 12 mq pro Hektar. Ich gehe weiter und sage, daß auch dieser Ertrag von 20 mq einer weiteren Steigerung fähig ist, wenn der österreichische Bauer auf Grund einer gesunden Relation zwischen Preisen, die er erhält und Preisen, die er für seine Bedarfsartikel zahlen muß, in die Lage versetzt wird, nach modernen Prinzipien wirtschaften zu können. Die steirische Landwirtschaft hat in den letzten Jahren seit Kriegsende trotz des Personalmangels verschiedene Spezialkulturen aufgenommen, so den Zuckerrübenbau. Die Arbeitsintensivierung ist beim Zuckerrübenbau so weit, daß durch die hier in Steiermark erzeugte Zuckerrübe bereits der Zuckerbedarf Steiermarks für $7\frac{1}{2}$ Monate gedeckt wird. Das ist eine Entwicklung, die man sich vor 5 Jahren noch nicht hat träumen lassen. Durch den Hanfbau wurde gewissen Textilbetrieben die Rohstoffbasis gesichert und eine jährliche Einsparung von Millionen Schilling an Devisen erzielt.

Im Unterlande, in Leutschach, bemüht man sich, den Hopfenbau heimisch zu machen. Er war in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts in der Steiermark sehr weit verbreitet, auch im Grazer Feld, in Fürstenfeld, im Raabtal und im Gebiete von Feldbach und Neudau. Er ist später durch die Konkurrenz des tschechischen Hopfens zum Erliegen gekommen. Unsere Brauereien sind hinsichtlich des Hopfenbedarfes vom Ausland abhängig und es wurde in den letzten Jahren der phantastische Preis bis zu 24.000 S für 1 mq Hopfen bezahlt. Es ist unverantwortlich, daß diese wertvolle Kulturpflanze, die für unsere Brauereiindustrie zu solchen Phantasiepreisen ununterbrochen aus dem Auslande importiert wird, wenn für uns im Lande die Möglichkeit besteht, nicht selbst zu kultivieren.

Sorge bereitet uns die ständige Abnahme der landwirtschaftlichen Kulturflächen in Steiermark durch die Bautätigkeit, die Anlage von Sportplätzen, Straßenbau usw. Das soll nicht

heißen, daß wir ein grundsätzlicher Gegner der Eigenheimbewegung oder der Sporttätigkeit sind. Wir sehen ohne weiteres ein, daß der Mensch, der tagsüber an der Drehbank steht oder im Büro sitzt, zum Ausgleich eine sportliche Betätigung braucht und daß dafür Plätze erforderlich sind. Aber als rein sachliche Feststellung sei erwähnt, daß wir nach den Erhebungen der Landesbauernkammer seit 1945 durchschnittlich jährlich 400 Hektar Kulturboden in Steiermark unwiderbringlich verloren haben. Das entspricht der Kulturläche einer durchschnittlichen Dorfgemeinde.

Die Landesbauernkammer hat in den letzten Jahren versucht, ausländische Kulturpflanzen und Sorten zu importieren und sie auf ihre Verwendung in Steiermark zu prüfen. Heuer wurde zum Beispiel das erste Mal in den warmen Gegenden der Steiermark in größtem Maßstabe amerikanischer Hebridenmais angebaut, der gegenüber den einheimischen Maissorten eine große Überlegenheit in Bezug auf die Ertragsicherheit besitzt. In meiner eigenen Wirtschaft konnte ich feststellen, daß, während der steirische Mais 39 mq ergibt, wir mit dem Hebridenmais auf 74 mq kamen. Das bedeutet für kleinere und mittlere Wirtschaften, daß sie sich jährlich den Ankauf von rund 3000 kg ausländischen Futtergetreides ersparen können, da sie diese Menge in der eigenen Wirtschaft zusätzlich erzeugen. Das bedeutet eine Einsparung von 5000 bis 6000 S jährlich und bei der Nationalbank eine Devisenersparnis von 250 Dollar, was die 3 Tonnen Futtermais kosten loko Spielfeld.

Seit 1937 ist der Kunstdüngerverbrauch auf das Sechsfache gestiegen. Diese Gegenüberstellung zeigt, daß die hin und wieder auftauchenden Vorwürfe, daß die steirische Landwirtschaft zu wenig fortschrittlich sei, nicht den Tatsachen entspricht. Wir haben auch im laufenden Jahre zum ersten Male im großen Maßstab versucht, mechanische Arbeit auf chemischem Wege zu erledigen. Es ist der Industrie gelungen, Schädlingsbekämpfungsmittel, Unkrautbekämpfungsmittel in bisher nicht gekannter Wirksamkeit herzustellen. Ich mußte lächeln, als ich in der guten alten „Neuen Zeit“ die Notiz las, es seien in Westdeutschland im heurigen Jahre Versuche durchgeführt worden mit einem neuen Schädlingsbekämpfungsmittel, dem Hexachlorcyclohexan. Dann wird lang und breit geschidert, wie wirksam das sei gegen Engerlinge, Maikäfer und anderes Ungeziefer. Nun, wir steirische Bauern haben dieses Mittel bereits einige Jahre zur Verfügung. Es wird nämlich hier in Graz erzeugt, genau gesagt in Gösting. So sind wir Österreicher, wir wissen nicht, was wir hier alles im eigenem Lande haben, was hier alles geleistet wird. Wir erfahren das erst im Umweg über das Ausland. Vor wenigen Wochen hat die Grazer „Prawda“ berichtet, die Sowjetunion habe großzügige Versuche unternommen, um durch Hormonmittel das Wachsen des Unkrautes auf dem Felde zu bekämpfen und daß diese Versuche erfreuliche Fortschritte machen. Da hat unser sowjetischer

Biochemiker zu lange geschlafen. In den Linzer Stickstoffwerken wird das „Dicopur“ erzeugt, ein Mittel, das in seiner Wirkung alle Fachmänner überrascht hat. Mit einem Kilogramm dieses Mittels wird auf einer Getreidefläche von 10.000 m² das Unkraut vernichtet, ohne die Getreidepflanzen im geringsten zu schädigen. Ich muß sagen, daß dieses Mittel eine Höchstleistung der österreichischen Chemiker darstellt.

Auch auf dem Gebiete der Tierzucht, die ja von dem Erfolge des Pflanzenbaues wesentlich abhängt, hat die steirische Landwirtschaft vieles aufgeholt, was im Laufe des Krieges und der Nachkriegszeit verloren gegangen war. Wenn wir den Jahresbericht des steirischen Braun- und Fleckvieh-Zuchtverbandes lesen, sind Spitzenleistungen bis zu 8000 Liter Milch pro Kuh und Jahr zu verzeichnen. Auch auf diesem Gebiet ist unser Land gegenüber dem Ausland nicht rückständig. Eine laienhafte Vorstellung habe ich noch zu widerlegen. Manche Leute werden fragen: Warum haben nicht alle Bauern Kühe mit 4000—5000 Liter Milch, wie sie in den Stallungen bei Thoma und Wallner stehen? Nun, die Ursache dafür ist leicht geschildert. Diese hochleistungsfähigen Kühe sind sehr anspruchsvoll in Bezug auf Fütterung und Wartung. In Grottenhof-Hart, das eine hervorragende Zuchtstätte für hochleistungsfähiges Milchvieh ist, hat man im Vorjahre statistisch berechnet, daß die Fütterung einer solchen Hochleistungskuh auf rund 40 S kommt. Es ist also im wesentlichen eine rechnerische Frage, ob man sich solches Hochleistungsvieh einstellt. Die Züchter stehen heute auf dem Standpunkt, nicht Spitzenleistungen anzustreben, sondern gute Mittelleistungen. Ein kleiner Vergleich! Wenn man heute von Weiz nach Graz fährt, benützt man zwar nicht mehr die Postkutsche, aber man fährt auch nicht mit einem Rennauto, das wäre lebensgefährlich, sondern der Postautobus mit seiner 40-km-Stundengeschwindigkeit dürfte das rationellste Verkehrsmittel auf dieser Strecke sein. Rund 300.000 Liter beträgt derzeit die tägliche Milchlieferung an die steirischen Molkereien. Ich muß sagen, daß diese Leistung, die trotz der Dürrekatastrophe des heurigen Jahres erbracht wird, nicht hoch genug gewertet werden kann. Auch die Grazer Hausfrauen werden bemerkt haben, daß die zu Weihnachten sonst übliche Milchknappheit heuer nicht vorhanden ist und ich hoffe, daß die nächsten Feiertage den Grazer Hausfrauen auch die langersehnte Vollmilch bringen werden.

Wir sind uns auch dessen bewußt, daß jede weitere Ertragssteigerung im wesentlichen davon abhängig ist, daß dem Bauer ein gut geschultes landwirtschaftliches Personal zur Verfügung steht. Ich habe in der Sitzung des Finanzausschusses der Erwartung Ausdruck verliehen, daß die Landwirtschaftsschulen mehr als bisher in Zukunft auch von Landarbeitern besucht werden. Es ist hier genau so wie in jedem anderen Beruf. Der Hilfsarbeiter wird niemals so geschätzt sein, er wird immer als eine

zweitrangige Arbeitskraft angesehen und bewertet und bezahlt werden. Der Facharbeiter hingegen setzt sich nicht nur in der Industrie durch, sondern auch in der Landwirtschaft und wir haben heute in der Obersteiermark Entlohnungen für landwirtschaftliche Facharbeiter, die sich mit jedem Staatsangestellten ohne weiteres vergleichen lassen.

Aus dem Munde des Herrn Landesrates Prirsch haben wir erfahren, daß in den kommenden Jahren dem System der landwirtschaftlichen Maschinen-Lehrhöfe mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden wird. Ich möchte sagen, daß diese Schulung der landwirtschaftlichen Arbeiter hinsichtlich Maschinenbehandlung sehr wichtig ist. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob eine landwirtschaftliche Maschine, die der Bauer unter schweren finanziellen Opfern gekauft hat, 15 oder 30 Jahre in Verwendung bleiben kann. Ich habe auf meinem Hof heute noch mehrere Maschinen, die schon mein Großvater in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg gekauft hat und diese sind durch gute Wartung, Pflege und Schmierung bis jetzt noch immer in Gebrauch und werden es auch einige Jahre noch bleiben. Was will man mehr verlangen, als wenn solche Maschinen über ein Vierteljahrhundert leistungsfähig bleiben und dem Bauern die Arbeit erleichtern.

Danken möchte ich bei dieser Gelegenheit unserem Herrn Landesrat Prirsch, der seine Energie und Diplomatie aufgewendet hat, um gewissen veterinär-polizeilichen Erschwernissen in der Landwirtschaft ein Ende zu machen, um gewissen, ich möchte sagen, bürokratischen Einflüssen auf diesem Gebiet entgegenzutreten. Erfreulich ist es auch, daß im ganzen Hohen Hause kaum eine Stimme des Widerspruches laut wird, wenn es sich darum handelt, für die Landwirtschaft wenigstens zu reden. Es berührt uns aber einigermaßen schmerzlich, daß der Herr Landesfinanzreferent beim Kapitel 7 seinen Rotstift ganz gewaltig wüten ließ. Aber wir wollen es ihm glauben, daß nur die enge Finanzlage der gegenwärtigen Zeit ihn zu dieser Maßnahme veranlaßt hat. Ich freue mich vom Herzen, daß auch von Seiten der Sozialistischen Partei die Leistungen der Landwirtschaft anerkannt werden. Ich will hoffen, daß es sich dabei um eine Dauererscheinung und nicht bloß um wahlmathematische Erwägungen handelt.

Hoher Steirischer Landtag! Die steirische Landwirtschaft ist bestrebt und hat den festen Willen, die Produktionssteigerung weiter fortzusetzen. Sie leistet damit auch wertvollste staatspolitische Arbeit, denn es besteht kein Zweifel darüber, daß der österreichische Arbeiter nur dann seine volle Leistungsfähigkeit entfalten wird, daß der österreichische Arbeiter nur dann fest entschlossen in der Reihe der guten und stabilen Österreicher stehen wird, wenn er nicht gezwungen ist, mit hungrigem Magen an der Drehbank zu stehen. Und so wollen wir mit beitragen, den Lebensstandard des österreichischen Konsumenten zu festigen,

zu vertiefen, zu verhindern, daß er nicht absinkt auf das Lebensniveau des Ostens, auf Krautsuppe und Hirsebrei. In diesem Sinne möchte ich meine Worte verstanden wissen. (Sehr lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Abg. Edlinger: Hohes Haus! In der gestrigen Generaldebatte sowie auch in der Spezialdebatte wurde geklagt, daß zu wenig Geld zugeteilt wird, Kürzungen vorgenommen werden und dem Verlangen der einzelnen Referenten nicht entsprochen werden konnte. Auch die Landwirtschaft mußte Streichungen entgegennehmen. Wie wir aber im Finanzausschuß gehört haben, sind nicht nur Streichungen gemacht worden, sondern auch Erhöhungen möglich gewesen, und zwar nicht einmal ganz unbeträchtliche, sondern fast 500.000 S. Es war dies nur möglich, weil eben unsere Fraktionsmitglieder Verständnis für die Belange der Landwirtschaft und sich diesen Forderungen nicht entgegengestellt haben.

Eines muß aber festgestellt werden, was uns betrifft und was Präsident Wallner an uns auszusetzen hat. Eine gewisse Voreingenommenheit unserer Fraktion an der Landwirtschaft ist darin begründet, daß wir als Fraktion in dieses Kapitel „Landwirtschaft“ keinen Einblick haben. Es ist ein Glück und ein Zufall, daß im Finanzausschuß der Präsident der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft selbst sitzt und unseren Anfragen Rede und Antwort gestanden hat. Ich sage ausdrücklich, es ist ein Glück, denn wären er und vielleicht auch der Herr Landesrat Prirsch nicht dort, könnten unsere Fraktionsmitglieder überhaupt keine Auskunft erhalten und so manches müßte ungeklärt bleiben. Wir wären dann nur angewiesen auf den Tätigkeitsbericht, der alle zwei Jahre einmal herauskommt und leider Gottes erst 5 Minuten vor der Budgetberatung. Ich sehe ein, daß so ein umfangreicher Tätigkeitsbericht sehr viel Arbeit und Geld kostet und deshalb nicht alle Vierteljahre oder alle Jahre erstellt werden kann. Aber es wäre notwendig und vielleicht möglich, daß wir gerade in der Landtagskammer mehr Einblick und Einfluß hätten.

Herr Dr. Illig hat gestern von einem Kontrollausschuß gesprochen, der auch für andere Abteilungen eingesetzt werden soll. Es wäre ungeschickt, wenn wir auch einen Kontrollausschuß in der Landeskammer verlangen würden. (Präsident Wallner: „Das haben wir ohnehin!“) Es geht auch mit den eigenen Parteimitgliedern (Zwischenruf: „Ein einziger Sozialist ist darin!“), aber die werden zu spät eingeladen, erhalten um 3 Uhr nachmittags die Verständigung, wenn um 10 Uhr vormittags die Sitzung ist. Wenn man zur Vollversammlung zu spät eingeladen wird, kann man nicht kommen. (Präsident Wallner: „Sie wird 8 Tage vorher einberufen!“) Wenn wir einen solchen Kontrollapparat, einen paritätischen Ausschuß in der Landeskammer hätten, so würde ein beide Teile befriedigendes und leichteres Arbeiten möglich sein. Ich verweise nur darauf, daß wir in einer

einzigsten Förderungsabteilung und das ist das Volksbildungsheim St. Martin, im Fortbildungsschulrat vertreten sind. Dort besteht ein solcher paritätischer Ausschuß und ich muß sagen, zur beiderseitigen Zufriedenheit und zum Wohle dieses Volksbildungsheimes. Nur wenn man Einblick, Einsicht und Einfluß hat, kann man entsprechend aktiv mitarbeiten und seine Gedankengänge zur Verbesserung einer Maßnahme zur Geltung bringen. Aber uns nur über den Gartenzaun hineinschauen lassen und fernhalten von den Einrichtungen der Kammer deswegen, weil wir nicht alles so nehmen, wie es gesagt wird, das ist, glaube ich, ungerecht. Aber wir verlangen diese Einsicht und meinen, daß die Landeskammer sie nötig hat mit folgender Begründung: Das Land gibt jährlich so und so viele Millionen zur Förderung der Landwirtschaftskammereinrichtungen her, sie haben dort über 20 Beamte. Diese Beamten werden von uns bezahlt und die ganze Tätigkeit wird natürlich von der Landesbauernkammer vorgeschrieben. Wir haben keinen Einfluß auf diese Tätigkeit, wir zahlen zwar an die Landeskammer, haben aber kein Kontrollrecht. Ich weiß nicht, ob es nicht besser wäre, so wie früher, als das Land selbst diese Förderungsmaßnahmen durchgeführt hat, nun auch jetzt wieder diese Aufgaben zum Land zurückzunehmen. Wir haben eine Abteilung 8, die auf diesem Gebiet bestimmt Bescheid weiß und auch die entsprechenden Kräfte und führenden Männer für die Leitung hat. Das ist eine Frage, die man nicht so von der Hand weisen kann und die allzu berechtigt und begründet ist.

Wir haben in diesem Landwirtschafts-Fortbildungsschulrat, obwohl die Sitzungen nicht so zeitgerecht und nicht in einer Anzahl abgehalten werden, wie es in der Geschäftsordnung und im Gesetze vorgesehen ist, immerhin aktive Mitarbeit geleistet. Ich denke nur an die letzte Sitzung. Wir haben Beschwerde geführt, daß es von Seite der Direktion nicht möglich ist, die Nachwuchskräfte einzuschulen, weil die Schullehrer, die berufen sind, zu den Einführungskursen nicht kommen können, da sie meist als Schulleiter die Schule in der Schulzeit nicht verlassen können. Es war da Landesrat Horvátek, der den Vorschlag gemacht hat, man möge im Budget einen erhöhten Betrag einsetzen, und zwar wurde bei der letzten Finanzausschußsitzung eine Erhöhung von 100.000 S beantragt. So ist es nun zum beiderseitigen Antrag gekommen, der angenommen wurde. Auf diese Art und Weise ist es besser, wenn vom Lande jemand mitarbeitet und die Mitverantwortung trägt, als man wirft Steine und läßt uns zur Mitarbeit nicht zu. Gerade dieses Fortbildungsschulwerk ist das richtige, was wir schulmäßig fördern sollen und können. Die Landes-Fortbildungsschulen sind die Elementarschulen, die in die breiteste Masse hinaus und auf breiter Basis geführt werden sollen und es wird dazu kommen müssen, daß dieses Fortbildungsschulwerk obligat im Lande eingeführt wird. Damit nun dies möglich ist,

brauchen wir eingeschulte Kräfte, die die Eignung haben, diese Fortbildungsschulen zu leiten.

Herr Kollege Pötz, Sie sind nicht nur mein Berufs-, sondern auch mein Leidenskollege. Ich habe erklärt, wir haben ein Agrarprogramm und wollen mitarbeiten. Aber leider Gottes, wenn wir Verbesserungs- oder Mitarbeitsanträge stellen, werden wir gerade von Ihrer Seite abgelehnt. Sie werden vielleicht wissen und sich noch daran erinnern, daß wir Maschinenhöfe beantragt haben. Es wurde uns damals entgegengehalten: Was brauchen wir Maschinenhöfe, wir haben Maschinengenossenschaften! Ich glaube, Herr Präsident Wallner hat die Zahl 31 genannt. Ich habe indessen Zeit gehabt, mich zu erkundigen, es sind 41 Maschinengenossenschaften in der Steiermark. Von diesen 41 Genossenschaften wurde ein Betrag von 1.275.953 S aufgewendet. Ganz schön und nett! Wenn man aber bedenkt, wie klein der Personenkreis ist, der diese Maschinengenossenschaften umfaßt, so muß man sagen, daß dieser große Aufwand nicht gerechtfertigt ist. Wenn ein Personenkreis von 416 Beteiligten da ist, also auf 1 Maschinengenossenschaft 10 Betriebe, 10 Besitzer kommen, so muß man sagen, daß man für ein derartiges Minimum einen so hohen Aufwand absolut nicht rechtfertigen kann. Wenn ich die Maschinengenossenschaften und die hier von uns geforderten Maschinenhöfe vergleiche und ihren Personenkreis, so muß ich sagen, daß die Maschinenhöfe eine mindestens 20- bis 30mal größere Interessentengruppe erfassen und umschließen, als eine Maschinengenossenschaft. Mit diesem Betrage von 1.275.000 S könnten wir 12 bis 13 Maschinenhöfe aufstellen. Eine ganze Gemeinde könnte Nutznießer sein, ja darüber hinaus die Umgebungsgemeinden ebenfalls. In arbeitsarmen Zeiten könnten die Traktoren für die Gemeinde zu Schotterfahren, Straßenbauten usw. herangezogen werden, um so die Leistung respektive Rentabilität dieser Maschinen zu erhöhen. Man hat mich ausgelacht und unsere Forderungen als lächerlich hingestellt. Sehen Sie, Kollege Pötz, so schaut unsere Mitarbeit aus. Wenn man heute Meinungen und gute Anregungen hat, dann werden sie lächerlich gemacht.

Hoher Landtag! Alle Forderungen und Subventionen haben wenig Wert, wenn man in der gleichen Zeit ein Vielfaches davon aus der Landwirtschaft herausnimmt in Form der Unterbewertung der Agrarprodukte (Rufe: „Sehr richtig!“) Es ist nichts damit geholfen, wenn es heißt, es werden hier im Landtag 19 Millionen Schilling für Zwecke der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt — ich glaube und nehme an, daß die Angaben des Herrn Präsidenten Wallner richtig sind —, wenn aus dem Viehpreisverfall allein in den letzten Monaten 100 Millionen Schilling der Landwirtschaft entzogen worden sind. Es ist planlos und unverantwortlich, wenn so ein Verfall ohne geeignete Gegenmaßnahmen vor sich gehen kann. Es wäre wichtig gewesen, wenn hier gerade diese große Partei und vor allem Bauernpartei, die ÖVP, Schritte

unternommen hätte, diesen enormen Verfall aufzuhalten. Es ist unglaublich, wie viele Aufkäufer und Viehhändler sich in der breiten Masse draußen bei uns auf dem Berg und in den Gräben herumtreiben. 2 S und S 2-50 pro 1 kg Lebendgewicht getrauen sich diese Profitgeier unseren Bauern und da besonders dem kleineren Bauern, der sich nicht helfen kann und nicht gut informiert ist, zu bieten. Wir sind diesen Leuten ausgeliefert und niemand hat sich da gekümmert um uns, niemand hat sich hier erfolgreich eingesetzt. Wir haben ja die Viehverwertung, wird Präsident Wallner sagen. Es ist richtig, die Viehverwertung hat viel geleistet in den letzten Jahren, obwohl sie in dem Anfangsstadium von einer Kinderkrankheit in die andere gefallen ist. Wenn nicht die Genossenschaften und zum Teil auch öffentliche Mittel zur Verfügung gestanden wären, dann wäre diese Viehverwertung sicherlich schon in sich selbst zerfallen. Nun hat sie diese Kinderkrankheiten überwunden und sie wirkt bereits. Aber alles das zusammen hält die Sache nicht auf. Ich weiß, daß die Viehverwertung in ihren Statuten sogar verankert hat, daß sie Fleischverwertungsbetriebe aufstellen soll und will. Aber, Hoher Landtag, in dem Moment, in dem die Viehverwertung daran gegangen ist, solche Fleischverwertungsbetriebe zu errichten und der Zwischenhandel ausgeschaltet werden sollte, hat sich der gesamte Wirtschaftsbund mit allen seinen Einrichtungen dagegen gestemmt und hier eine Schranke geschlagen, so daß auch der Herr Präsident Wallner, als Obmann der Viehverwertung, mit seinem ganzen Anhang gegen die große Gruppe der Wirtschaftstreibenden in der ÖVP nicht aufkommen konnte. Es konnten diese Verwertungsbetriebe nicht aufgestellt werden, obwohl gerade sie es gewesen wären, die preisregelnd in diesen Verfall der Rinderpreise hätten eingreifen können. Ein Beispiel dafür war Leoben. Die Konsumgenossenschaft in Leoben hat sich mit der Großindustrie und einer Interessentengruppe der Bauern zusammengetan und wollte eine Fleischverwertung vom Bauern zum Arbeiter schaffen, demnach zum Wohle des Bauern und zum Wohle des Arbeiters. Auch da war sofort die Innung da und der große Wirtschaftsbund mit seinem Einfluß in der ÖVP und in der Regierung, so daß diese Fleischverwertungsbetriebe in Leoben nicht zustande gekommen sind.

Es ist nicht so, wie man von uns immer meint, daß wir diejenigen sind, die nicht wollen. Gerade wir Bauern sind nicht nur Lang-, sondern auch Schwerstarbeiter und es ist traurig, Hoher Landtag, daß man immer wieder zwischen Bauern und Arbeiter einen Keil nur deswegen hineintreiben will, weil sie gesinnungsmäßig nicht beisammen sind. Herr Präsident Wallner war in Amerika und in Schweden, dort hat er bestimmt viel gesehen und ich möchte Sie bitten, Herr Präsident, daß Sie das Gesehene und das für gut Befundene für uns in der Steiermark anwenden. Ich bin fest überzeugt, daß gerade Schweden für uns ein Vorbild ist und

sein kann, denn dort ist der Bauer trotz seiner konservativen und andersparteilichen Richtung mit dem Arbeiter, der sozialistisch eingestellt ist, auf der Regierungsbank beisammen und übt dort seine Tätigkeit aus zum Wohle des ganzen Volkes. Wenn Präsident Wallner das beobachtet hat, so glaube ich, könnte man auch bei uns anfangen, diesen Weg zu gehen, der dann nur zur Zufriedenheit des Arbeiters und des Bauern gegangen werden würde. (Beifall und Bravo-rufe.)

Abg. Egger! Hoher Landtag! Die Gruppe 7 ist alljährlich bei den Budgetberatungen im Hohen Hause und auch im Finanzausschuß ein heiß umstrittenes Kapitel. Wenn man diese Erscheinung durch Jahre hindurch verfolgt, kann man feststellen, daß die Gruppe 7 „Land- und Forstwirtschaft“ immer wieder Kürzungen erfahren muß, die sich dann wieder die landwirtschaftlichen Vertreter nicht bieten lassen, so daß man dann quasi den feschen Kerl spielt und da und dort einen Hunderter wieder dazuwirft, um die Wünsche der Landwirtschaft einigermaßen zu befriedigen. Wir kennen diese Methode und wir Bauern lehnen sie ab. Wir haben da eine eigene Bezeichnung dafür, wir nennen das nämlich nicht anders als Augenauswischerei. Meine Damen und Herren! Wenn Ihnen allen in diesem Haus ernst an der Heranschaffung von Nahrungsmitteln im eigenen Land gelegen ist, nicht nur in Steiermark, sondern in ganz Österreich, wenn Sie der Überzeugung sind, daß der Boden unserer Heimat bebaut und betreut werden muß, um all das, was nur irgendwie möglich ist, aus ihm herauszubringen, nicht nur zum Nutzen und Frommen des Bauern, sondern der gesamten österreichischen Bevölkerung, dann haben Sie die große Pflicht und Aufgabe, hier andere Ziffern einzusetzen.

Ich muß aber immer wieder feststellen, daß man hier nicht immer das richtige Verständnis aufzubringen vermag. Eines ist sicher und ich bin überzeugt, jeder hier im Hohen Hause ist sich darüber im klaren, daß ja schließlich die Ernährung eines Volkes an erster Stelle zu stehen hat. Sie werden keinen Arbeiter an der Werkbank und keinen Angestellten am Schreibtisch haben, wenn kein Brot vorhanden ist. Denn dann werden sie auf der Straße stehen und demonstrieren.

Wenn ich mir ein besonderes Kapitel aus der Gruppe 7 herausnehme, so möchte ich nochmals auf die Güterwegbauten hinweisen. Güterwege sind ungeheuer wichtig zur Erschließung unserer Gräben und Täler, unserer Bergbauernortschaften, um den Bauern einigermaßen die Möglichkeit zu verschaffen, ihre Produkte zum Konsumenten zu bringen. Gleichgültig, ob es sich um landwirtschaftliche Erzeugnisse oder Holz handelt, es ist diese jedenfalls ein Kapitel, daß wir jedes Jahr mit besonderem Nachdruck zu behandeln versuchen. Traurigerweise müssen wir nun feststellen, daß dieses Kapitel gegenüber dem Vorjahre von

3 Millionen Schilling auf 2,160.000 S reduziert wurde. Auch hier ist ein Absinken festzustellen. Es ist unverantwortlich für alle diejenigen, die sich im klaren sein müssen und Verantwortung zu tragen bereit sind, nicht alles zu tun, um uns durch einigermaßen brauchbare Straßen oder Wege dem Verkehre anzuschließen.

Ein weiteres wichtiges Kapitel für unseren Bezirk Liezen ist die Trockenlegung des Ennstales. Alle, die es kennen, werden wissen, daß in die Enns viele Wildbäche einmünden, die viel Geschiebe mit sich führen und daß die Enns nicht in der Lage ist, dieses abzuschwemmen. Dadurch tritt eine Erhöhung des Ennsbettes ein, die in weiterer Folge eine totale Versumpfung dieses Gebietes hervorruft. Würde man den Ennsboden trocken legen, wären die Bauern dort in der Lage, um rund 10.000 Stück mehr Kühe zu halten und zu füttern. Es ist schließlich nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für den Fremdenverkehr von besonderer Bedeutung, die Trockenlegung des Ennsbodens durchzuführen.

In der Milchproduktion werden neue Wege beschritten. Sie wissen, daß schon vor ein paar Jahren in den sogenannten Zuchtbetrieben die Tbc-Freimachung in Steiermark durchgeführt wurde. Es hat sich heuer gezeigt, daß diese Art der Tbc-Freimachung keine 100prozentige sein kann und daß es notwendig ist, diese Maßnahme nicht auf einzelnen Höfen gebietsweise zur Durchführung zu bringen. Die Bauernschaft des Ennstales ist dazu ausersehen worden, dieses Tbc-Freimachungsverfahren gebietsweise durchzuführen. Ich habe dem Hohen Hause weiters die äußerst erfreuliche Mitteilung zu machen, daß, trotzdem von Seite der Landesregierung zur Sicherheit eine Verordnung erlassen wurde und in diesen 3 Gerichtsbezirken Irdning, Gröbming und Bad Aussee der Bauer verpflichtet ist, seine Tiere der Tbc-Untersuchung zu unterziehen, in weit über 1000 Bauernhöfen in diesen 3 Gerichtsbezirken es nicht in einem einzigen Falle notwendig war, diese Verordnung anzuwenden. Die Bauernschaft des Ennstales ist für solche Dinge aufgeschlossen, weil sie erkennt und weiß, daß durch Tbc-Freimachung der Rinderbestände die Tiere für den Export geeignet werden und in zweiter Linie, was für uns im Ennstal wichtig ist, daß die Erzeugung tbc-freier Milch gewährleistet ist. Es haben sich bekanntlich die amerikanischen Besatzungstruppen in Österreich täglich ihre 10.000 Liter Milch mit dem Flugzeug aus Dänemark nach Österreich bringen lassen. Der amerikanische Soldat trinkt nur Milch aus tbc-freien Rinderbeständen. Wir wollen uns daher dieser Aktion anschließen und wenn es uns gelingt, diese Aktion im nächsten Jahr, frühestens im Juni, in diesen 3 Gerichtsbezirken abzuschließen, werden wir in die Lage versetzt werden, für diese Besatzungstruppen diese 10.000 Liter Milch aus dem Ennstal zu angemessenen Preisen zu liefern und das wird für die Landwirte von größter Bedeutung sein.

Während das Landwirtschaftsministerium erhöhte Sätze für diese Tbc-Freimachung im Ennstal bereitgestellt hat — es kostet nämlich eine solche Aktion nicht wenig Geld —, waren im Budget des Steiermärkischen Landtages für diese Tbc-Bekämpfung im vergangenen Jahre 300.000 S und sind für das nächste Jahr nur 240.000 S vorgesehen. Der Betrag ist also gesenkt worden. Es ist ein trauriges Zeichen, daß man diesen niedrigen Betrag, der in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Sache steht, noch gekürzt hat.

Es muß immer wieder festgestellt werden, daß für die Landwirtschaft nicht jenes Verständnis aufgebracht wird, wie in anderen Belangen. Ich will da nur die städtischen Bühnen streifen, das Fürsorgewesen, das Gesundheitswesen, wo bedeutende Beträge eingesetzt sind. Ich erkläre, daß sich die Landwirtschaft auf die Dauer mit solchen Beträgen nicht zufrieden geben kann. Ich bin überzeugt, wenn wir alles daransetzen, wird auch in diesem Hause das notwendige Verständnis für die Landwirtschaft aufgebracht werden. Eines steht fest: Das Volk wird seinen gewählten Abgeordneten nicht dafür verantwortlich machen, ob er seine politische Linie tatellos eingehalten hat, sondern das Volk wird seinen Mandatar dafür verantwortlich machen, ob er das Kernproblem der österreichischen Wirtschaft erkannt, darnach gehandelt, dafür gekämpft und gearbeitet hat. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. Koller: Hoher Landtag! Bei Gruppe 7 sind es insbesondere die Posten 731, 710 und 711, die dem Rotstift des Finanzreferenten nicht zum Opfer gefallen sind, sondern eine Erhöhung von 200.000 S erfahren haben. Es handelt sich bei diesen Posten um die Beihilfen für Eigenheimbauten, Treueprämien für die landwirtschaftlichen Arbeiter und Hilfskräfte, für unsere braven Helfer in der Landwirtschaft. Bei 711 handelt es sich um solche Landarbeiter, die 10 Jahre und länger in der Landwirtschaft bei einem und demselben Besitzer tätig waren, brave und fleißige Menschen, die allen Lockungen, die an sie herangetreten sind, Widerstand geleistet haben und ihrer gelernten Arbeit treugeblieben sind. Es ist oft und oft so, daß der Bauer oder die Bäuerin gerade bei diesen braven Menschen Hilfe sucht und Trost findet, wenn ein Unglück ins Haus kommt oder man irgendwie nicht weiß, was man tun soll. Es ist Pflicht für das Land, die Landarbeiterkammer bei diesen Förderungsmaßnahmen zu unterstützen, und zwar deshalb, weil es den Bauern ohne Beihilfe nicht möglich ist, die Wohnungsverhältnisse und durch zusätzliche Belohnungen in Form von Geldbeträgen, in Form von Treueprämien die wirtschaftliche Lage seiner treuen Mitarbeiter zu verbessern.

Wir haben in den letzten Jahren sowie auch heute immer wieder das Wort „Produktionssteigerung“ gehört und wissen genau, daß wir soviel als möglich aus unserem Grund und Boden herausbringen müssen, um die Menschen

unserer Heimat mit Brot und allem Notwendigen zu versorgen. Wir wissen auch, daß die Ausgaben in der Landwirtschaft im Verhältnis zu den Einnahmen wesentlich anders sind als noch vor Jahren. Ich könnte die Beispiele, die Herr Präsident Wallner heute gebracht hat, vielfach wiederholen, denn man sieht immer wieder, wenn man den Wert eines landwirtschaftlichen Produktes von früher nimmt und mit heute vergleicht, daß da der Unterschied ziemlich groß ist. Wir wissen, daß viele Arbeitskräfte in der Landwirtschaft durch Maschinen ersetzt werden können, doch wissen wir auch, daß selbst Maschinen schließlich von Menschen bedient werden müssen. Es ist daher unsere Pflicht und Aufgabe aller dazu berufenen Stellen, diesen braven Menschen, die heute noch in der Landwirtschaft tätig sind, zu helfen und ihr Los zu erleichtern. Daß zu dieser Hilfe auch das Land seinen Teil beiträgt, ist selbstverständlich. Wenn Sie das grüne Bücherl, den Tätigkeitsbericht, den die Kammer für Land- und Forstwirtschaft herausgegeben hat und den Herr Präsident Wallner gestern auflegen ließ, ansehen, so finden Sie auf Seite 187, daß in den Jahren 1950 und 1951 481.395 S aus Landesmitteln und 2.970.000 S aus ERP-Darlehen für diese Zwecke aufgewendet wurden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch eines feststellen: Der Herr Bürgermeister Dr. Speck hat gestern in seiner Rede erwähnt, die Landarbeiter würden am 22. Februar zeigen, wie sie von ihren Arbeitgebern behandelt worden sind. Es mag das vielleicht für einen größeren Gutsbetrieb zutreffen, was er da sagte, aber in kleineren und mittleren Bauernhöfen werden die Landarbeiter doch immer als familieneigene Angehörige behandelt.

Ich schließe in der Hoffnung, daß all den Wünschen, die aus den Kreisen der Landwirtschaft herangetragen worden sind, doch in den nächsten Jahren einigermaßen Rechnung getragen werden kann und so für die Verbesserung des Lebensniveaus der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein wesentlicher Beitrag geleistet wird. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Dr. Speck: Hohes Haus! Ich habe mich zum Worte gemeldet, obwohl ich nicht zu den Vertretern der Bauernschaft gehöre. Ich möchte aber betonen, daß, wenn dieses Kapitel bearbeitet wird, anscheinend wirklich nur die Vertreter der Bauern daran interessiert sind, und zwar von beiden Parteien, während alle anderen hinausgegangen sind. (Rufe: „Sehr richtig!“) Ich habe mich deshalb zum Worte gemeldet, weil in der Wiedergabe meiner Äußerungen von gestern sich starke Änderungen finden, und zwar sowohl in den Artikeln, die ich heute schon in der „*Tagespost*“ gelesen habe, als auch in den Ausführungen der Redner, leider auch in der des Herrn Präsidenten Wallner. Ich möchte daher einiges richtigstellen.

Ich habe gestern in sehr betonter Weise als offizieller Berichterstatter unserer Partei, nicht nur des Landtagsklubs — ich habe zweimal be-

tont, daß ich als Vertreter der Partei spreche — unsere Stellung zur Landwirtschaft in der Steiermark umrissen und das war eine durchaus positive Einstellung. Dies habe ich deutlich betont. Ich habe von den wirklichen Leistungen der steirischen Bauernschaft gesprochen. Es ist ganz gut, daß ich das, was ich gestern gesprochen habe, schriftlich niedergelegt habe, obwohl ich das sonst nicht gerne tue, aber es ist wertvoll, wenn man gegenüber gewissen Verdrehungen dann das wiederholen kann, was man wirklich gesagt hat. Ich nehme daher Gelegenheit, die Worte von gestern heute zu wiederholen, sie haben gelautet: „Wir wissen die Bedeutung der Landwirtschaft wohl zu schätzen, wir wissen, daß die Arbeit des Landwirtes eine Basis schafft für das Leben unseres Volkes und seine wirtschaftliche Entwicklung.“ Und dann später habe ich gesagt: „Die steirische Landwirtschaft hat zweifellos nach dem Krieg eine große Wiederaufbauarbeit vor sich gehabt, die zum Teil unter den schwierigsten Verhältnissen durchzuführen war. Unser Land verfügt zum großen Teil nur über landwirtschaftliche Kleinbetriebe, die ja schwer wirtschaften. Trotzdem hat auch die steirische Landwirtschaft schon große Fortschritte gemacht.“ Und nun kommt der Passus, der verdreht wird. Ich habe weiters gesagt: „Wenn da und dort noch eine gewisse Rückständigkeit in den landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsmethoden herrscht, so ist dies bedauerlich. Man wird sagen müssen, daß zur Modernisierung noch nicht alles geschehen ist, was wünschenswert wäre.“ Ich habe damit Dinge gesagt, die von Ihren Vertretern immer und immer wieder hier in diesem Hause gesagt worden sind und das so zu verdrehen, als ob ich damit einen Angriff auf die Landwirtschaft gerichtet hätte, das ist eine Fälschung. (Rufe: „Sehr richtig!“ bei SPÖ.) Das muß ich klar und deutlich sagen. Ich habe weiter gesagt: „Wir wollen daher im Gesamtinteresse unserer Bevölkerung anerkennen, daß sich insbesondere unser Landtagspräsident Wallner mit seinen Mitarbeitern bemüht, auf diesem Gebiet Abhilfe zu schaffen. Wir begrüßen aus diesem Grunde auch die Kurse von St. Martin, die wir immer unterstützt haben.“ Das waren die Äußerungen, die ich gestern gemacht habe. Ich wiederhole sie als absichtlich stark betonte Stellungnahme zu dieser Frage. Es scheint aber, daß das der ÖVP nicht paßt und daß diese offenbar für ihre Agitationsbedürfnisse auf dem Land, oder wie Abg. Hegensbarth ausgeführt hat, für die „wahlmathematischen Erwägungen“ anders braucht und daher fälscht sie einfach das, was ich gesagt habe, und verdreht es ins Gegenteil. Dagegen kann ich nichts machen, ich kann Sie auch nicht hindern, das, was ich heute wiederholt habe, in gleicher Weise in der Tagespresse oder in Ihren Äußerungen zu verdrehen. Ich muß aber Wert darauf legen, daß die Wahrheit richtig dargestellt wird.

Zur Klage, die heute wieder von einigen Rednern vorgebracht wurde, von den Kürzungen sei angeblich die Gruppe 7 besonders stark

betroffen und der Rotstift des Finanzreferenten habe in dieser Gruppe besonders gewütet, möchte ich feststellen, daß dem nicht so ist. Es ist nicht wahr, daß die Gruppe 7 mehr gekürzt worden ist als alle anderen Gruppen mit Ausnahme der Straßen und darüber haben wir gestern schon gesprochen, daß dieses Kapitel, das übrigens von der ÖVP verwaltet wird, nicht gekürzt wurde aus Gründen, die wir alle in gleicher Weise einsehen. Was die Leistungen für die Landwirtschaft betrifft, nicht nur erst heute, sondern bereits seit 1945, möchte ich feststellen, daß meine Äußerungen gestern in einer Richtung nicht richtig waren, als ich nämlich sagte, daß 19 Millionen für die Landwirtschaft aufgewendet worden seien. Es sind in Wirklichkeit fast 20 Millionen. Ich habe nachgerechnet und diese Ziffer sei hiemit richtiggestellt. Aber darauf kommt es nicht an. Ich habe indessen feststellen lassen, wie viel die anderen Bundesländer für die Landwirtschaft aufwenden. Daraus ergibt sich, daß mit Ausnahme von Niederösterreich, das aber an sich wesentlich höhere Einnahmen hat, Steiermark weitaus am meisten für die Landwirtschaft in Österreich aufwendet. Im Jahre 1952 waren es in der Steiermark etwas über 20 Millionen, in Niederösterreich allerdings 22 Millionen. Aber ich wiederhole, daß das Landesbudget in Niederösterreich wesentlich höher ist als das in Steiermark. Alle anderen Bundesländer haben viel weniger für die Landwirtschaft aufgewendet, zum Beispiel das stark agrarische Oberösterreich nur 16½ Millionen und die anderen noch wesentlich weniger. Vielleicht ist aber folgendes einleuchtend: Das Land Steiermark steht hinsichtlich der Einnahmen an 6. Stelle unter 8 Bundesländern in Österreich, das Land Wien nicht mitgerechnet, dagegen in den Aufwendungen für die Landwirtschaft an 2. Stelle und wer da noch behaupten kann, die Steiermärkische Landesregierung leiste absichtlich zu wenig für die Landwirtschaft, fälscht die Tatsachen, die klar und deutlich das Gegenteil erweisen. Wenn Kürzungen vorgenommen werden mußten, weil die Mittel nicht ausreichten, um die zunächst von allen Referaten angeforderten Erfordernisse zu bedecken, so ist zu sagen, es gibt keinen Finanzreferenten in der Welt, der nicht das gleiche machen müßte, das Ersuchen an die einzelnen Referate zu stellen, im allgemeinen gleichmäßig bei den freiwilligen Aufwendungen 20% zu kürzen. Aber machen das nicht die zuständigen leitenden Beamten, in diesem Falle also Hofrat Maitz mit Landesrat Pirrsch? Daher ist die Klage falsch, die vorgebracht wird, daß die eine oder andere Post gekürzt wurde. Ob diese Aufteilung nun recht oder falsch war, dies haben diese beiden Herren zu verantworten und nicht der Finanzreferent.

Ich betone nochmals, daß wir volles Verständnis für die Landwirtschaft, ihre großen Leistungen, die für Staat und Land dringend notwendig sind, haben. Wir wissen, daß zwischen dem Arbeiter in der Stadt, wobei ich die Arbeit

nicht als manuelle Arbeit allein auffasse, und dem Arbeiter auf dem Lande, dem Bauer, Pächter und Landarbeiter, unentrinnbare und unabdingbare wirtschaftliche Zusammenhänge bestehen. Hat der Bauer Geld, hat es die ganze Welt. Aber ebenso richtig ist es, daß, wenn der Arbeiter in der Stadt nicht das Geld hat, um zu kaufen, auch der Bauer seine Produkte nicht absetzen kann. Wir haben diese schwere Wirtschaftskrise in der Landwirtschaft gehabt. Es war Herr Landesrat Gaß, der sich immer wieder bemühte, die Erkenntnis bei den Bauern zu verstärken, daß, wenn der Arbeiter, der Beamte und Angestellte in der Stadt nicht das nötige Einkommen haben, wenn die Arbeitslosigkeit ansteigt, daß dann auch der Bauer seine Produkte nicht mehr anbringt, daß es dann soweit kommt, wie einmal, als wir steirische oder österreichische Butter mit Zuzahlungen nach England verbilligt ausführen mußten.

Ich möchte glauben, daß man diese Zusammenhänge auf allen Seiten erkennen und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen soll. Das war die Basis, auf der in der ersten Zeit der Republik Dr. Renner mit Herren Ihrer Richtung, Jodok Fink aus Vorarlberg und Prälat Hauser aus Oberösterreich, den Wiederaufbau unseres Staates und seine wirtschaftliche Entwicklung durchführen wollte. Leider sind die damaligen Christlichsozialen eine andere Richtung gegangen, die sich nicht zum Wohle Österreichs ausgewirkt hat und die Zusammenarbeit ist dann verlorengegangen. Wenn die ÖVP das, was ich gestern nachdrücklich und deutlich im Auftrage unserer Partei erklärt habe, nicht zur Kenntnis nehmen, diese Zusammenarbeit mit uns nicht durchführen will, müssen wir uns damit abfinden. Das Echo scheint darauf zu deuten, daß sie es tatsächlich nicht will.

Die Herren verwechseln und identifizieren unsere Bauern auf dem Lande mit der ÖVP. Ein immer größerer Teil der Bauern kommt langsam zur Überzeugung, daß Ihre wirkliche Sorge wahlmathematischen Erwägungen entspringt. Das ist Ihre Einstellung zu den Gemeinden, wie wir sie gesehen haben. Unsere Einstellung dagegen zu den arbeitenden Menschen auf dem Lande, den Kleinbauern, Pächtern und Landarbeitern, wird sich dadurch nicht ändern, wir werden nach wie vor die gleiche Einstellung haben. Etwas anderes ist natürlich unsere Einstellung zu dem großen Apparat der Landwirtschaftskammer. Solange Sie die Landwirtschaftskammer als Apparat der ÖVP verwenden und zu politischen Handlungen ausnützen, solange haben Sie dafür von uns kein Verständnis zu erwarten. (Starker Beifall bei SPÖ.)

Abg. Pölzl: Hoher Landtag! Abg. Ebner hat im Rahmen seiner Ausführungen ein böses Wort gebraucht, das Wort von der übersozialisierten Gesetzgebung in Österreich. Ich bedaure sehr, daß ein bäuerlicher Vertreter das ausspricht, was der Herr Stöffler ihm eingibt. Daß der

Wirtschaftsbund, vertreten durch seinen Sekretär Stöffler, gegenüber der Sozialpolitik feindlich eingestellt ist und immer und immer wieder in nörgelnder, häßlicher und kleinlicher Art gegen die Sozialpolitik auftritt, erleben wir seit Jahren in diesem Landtage. Wir erwarten von ihm nichts anderes. Die Sozialpolitik in Österreich, Herr Abg. Stöffler, werden Sie kaum umbringen können (Abg. Stöffler: „Aber gesunden muß sie!“), mögen Sie auch daran herumäkeln, so viel Sie wollen. Bedauerlich ist aber, wenn diese Argumentation gegen die Sozialpolitik von einem Vertreter des Bauernstandes aufgegriffen wird und die Dinge so dargestellt werden: Es gibt einen Gegensatz in der Politik zwischen Stadt und Land. Dieser Gegensatz bestünde darin, daß die Bauern am Lande schwer arbeiten, lange arbeiten und in der Stadt die Arbeiter bei glänzenden Löhnen und einer hervorragenden Sozialpolitik ein Leben in Saus und Braus führen. Mit dieser Art von Politik wurde in der ersten Republik furchtbar Schindluder getrieben, bilden Sie sich nicht ein, daß Sie diese Politik noch einmal wiederholen können!

Der Herr Präsident Wallner hat sehr interessante Ziffern hier vorgebracht, gesprochen von einem Index, der sich so auswirkt, daß für die agrarischen Erzeugnisse 726 Punkte, für alle Produkte aber, die er sich kaufen muß, 802 Indexpunkte festzustellen sind. Ich glaube, daß diese Ziffern im Durchschnitt ohne weiteres richtig sein werden; ich glaube noch viel mehr: Ich glaube, daß für die Kleinbauern, für die Pächter, für die Landarbeiter, für die kleinen Leute draußen am Lande dieser Index noch viel ungünstiger aussieht, nämlich so ungünstig oder noch ungünstiger wie für die Arbeiter, für die werktätigen Menschen in der Stadt. Wenn man untersuchen würde die Indexziffer des Realeinkommens des werktätigen Menschen in der Stadt und jenes am Lande, würde man feststellen, beide haben größte Ursache zur Unzufriedenheit hinsichtlich der Entwicklung ihres Lebensstandards.

Der Herr Präsident Wallner hat auch davon gesprochen, daß allein durch die Senkung des Preises für die Rinder in einer verhältnismäßig kurzen Zeit der steirischen Landwirtschaft 100 Millionen Schilling an Mindereinnahmen entstanden sind. Meine Damen und Herren, es wäre sehr interessant festzustellen, wer diese 100 Millionen Schilling eingesteckt hat. Waren es die städtischen Konsumenten? Nein! Denn wir wissen, daß in der Stadt das Fleisch bestimmt nicht um diese 100 Millionen Schilling, von denen Herr Präsident Wallner gesprochen hat, billiger geworden ist, sondern wir wissen, daß die städtische Bevölkerung die hohen Fleischpreise nicht erschwingen kann, wir wissen, daß die städtische Bevölkerung, die steirischen Konsumenten, bestimmt nicht den Vorteil dieser 100 Millionen Schilling für sich buchen können, die dem Landwirt hier entzogen worden sind. Es ist eben so in der Stadt und am Land bei uns in Österreich, die bei uns arbeiten, erwerben

nichts und die erwerben, die arbeiten nichts. Es ist vollkommen unsinnig, zwischen Stadt und Land einen Widerspruch zu suchen, der in Wirklichkeit gar nicht besteht. Bilden Sie sich nicht ein, meine Herren von der ÖVP, daß Sie allein die Vertreter der Bauernschaft, nämlich der werktätigen Bauernschaft, sind. Die werktätige Bauernschaft und die Arbeiter der Wirtschaft gehören zusammen und sie werden zusammenfinden trotz ÖVP.

Es wurde in beredten Worten darüber gesprochen, daß es außerordentlich bedenkliche Erscheinungen der Landflucht gibt. Die Vertreter der ÖVP sagen, die Stadtmenschen sollen hinauskommen aufs Land und die Lücken ausfüllen, die durch die Landflucht entstanden sind und sie schlagen dafür alle möglichen Rezepte vor, eines unmöglicher als das andere. Die SPÖ auf der anderen Seite sagt, es sollen die draußen bleiben am Land, die schon am Land sind, dann gäbe es kein Problem der Landflucht. Beide Standpunkte entsprechen nicht dem, was wirklich möglich ist und kommen in ihrer ganzen Replik nicht dem Kern der Sache nahe. In Wirklichkeit müssen wir zu diesem Problem sagen, wir wollen solche Arbeits- und Lebensbedingungen in Stadt und Land, daß alle Menschen gerne dort bleiben, wo sie gerade sind und dort ihre Arbeit verrichten, wo sie zur Welt gekommen sind. Es ist eine Tatsache, daß niemand das Land verlassen wird, wenn er nicht praktisch dazu gezwungen würde. Andererseits, meine Damen und Herren, steht es fest, daß ein Land, dessen Wirtschaft sich entwickelt, ein Land, das vorwärts kommen will, einen selbstverständlichen Prozeß mitmacht. Wir alle, die wir heute in der Industrie arbeiten, stammen ja vom Land, unsere Eltern vielfach haben noch einen wesentlichen Teil ihres Lebens und ihrer Arbeitszeit am Lande verbracht, unsere Großeltern waren Keuschler oder Landarbeiter oder Winzer, kurz und gut, es ist nicht möglich und schon gar nicht bei uns in Steiermark, zwischen dem Arbeiter in der Stadt und dem Werktätigen und arbeitenden Menschen am Land auf die Dauer einen Keil hineinzutreiben. Es wurde gesagt vom Herrn Abg. Hegenbarth, daß die Subventionen, die hier im Landesvoranschlag eingesetzt sind, bei weitem nicht ausreichen, um den Aufgaben gerecht zu werden, die bestehen. Der Herr Abg. Praßl hat die Zustände geschildert, unter denen die Weinbauern zu leben haben und gesagt, es wäre doch schön, wenn jeder in unserem Land sich ein Gläschen vom guten steirischen Wein leisten könnte. Ich habe mir dabei gedacht, ja, recht hat der gute Mann, aber es ist nur zu dumm, daß der Wein, der mit solcher Mühe hervorgebracht wird vom Weinbauern, bis er in die Stadt kommt zum Konsumenten, zwar nicht besser wird, aber wesentlich teurer. Wenn ich ihn fragen würde, lieber Kollege, was bekommst Du für einen Liter guten Weines und wenn ich dann vergleiche, was der städtische Konsument für ein Viertel zahlt, würden wir darauffkommen, daß das, was der städtische Konsument für ein Viertel zahlt,

der Weinbauer für einen Liter bekommt. Sehen Sie und da liegt der Hund begraben. Da sind die Widersprüche zu suchen und zu finden, die man ans Licht rücken mußte.

Die Subventionen, die hier im Landesbudget zur Förderung der steirischen Landwirtschaft eingesetzt sind, sind völlig ungenügend. Darüber ist gar kein Zweifel. Aber es ist auch kein Zweifel darüber, daß die Regierungspartei der ÖVP keine Partei zur Vertretung der Interessen der werktätigen Bauernschaft ist, genau so wie kein Zweifel darüber ist, daß die SPÖ, wenn sie sich noch so aufspielt, in Wahrheit kein Vertreter der Interessen der Arbeiterschaft in Österreich ist. Darum, meine Damen und Herren, lassen Sie den müßigen Streit, es kommt ja doch nichts dabei heraus und warten Sie ab (Abg. Hegenbarth: „Bis die Volksopposition kommt!“) (Heiterkeit.), was die Volksopposition kann. Es kann sein, daß sie nicht nur Vertreter der Werktätigen in der Stadt, sondern auch Vertreter der Werktätigen am Lande in den nächsten Landtag hineinbringen wird.

Abg. Weinhandl: Hohes Haus! Um zur Gruppe 7 auch einige Worte zu sagen, möchte ich die Kürzungen, die bei der Landwirtschaftsförderung vorgenommen worden sind, als allgemein notwendige Einsparungen im Landeshaushalt auffassen. Ich kann mich aber trotzdem nicht des Eindrucks erwehren, daß die Kürzungen im Kapitel „Landwirtschaft“ deren besondere Stellung und Bedeutung im Land zeigen: Bedenken wir doch, wie klein die Mittel sind, die zur Förderung der Landwirtschaft in der Gruppe zugeteilt worden sind, gegenüber jenen Beträgen, die die Landwirtschaft durch die Unterbewertung ihrer Erzeugnisse durch nicht kostendeckende Preise Jahre hindurch schon der Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Unter diesen Umständen wird es uns niemals gelingen, die gewünschte Produktionssteigerung in der Landwirtschaft 100prozentig zum Erfolg zu führen, wenn nicht auch die Agrarpreise zu den Betriebsmittelpreisen und Löhnen in der Landwirtschaft in ein ertragbares Verhältnis gestellt werden. Bei uns in Österreich muß der Bauer für alles, was er kauft, ein Vielfaches mehr von seinen eigenen Erzeugnissen dafür hergeben, als im Jahre 1937, so zum Beispiel Weizen oder Fleisch. Wenn dieses Preisverhältnis richtig wäre, müßte der Bauer mit gleicher Menge wie früher heute noch das Auslangen finden. Nichts ist dringender, als daß die breite Öffentlichkeit das einsieht und auf Ordnung dringt, aber Eile tut not, weil die Bauernschaft nicht allzu lange mehr warten kann. Dabei versucht der Gegner der Bauern, die Bauern als Schuldtragende an den derzeit bestehenden Mißständen hinstellen, wie dies beispielsweise bei der Fleischkrise der Fall war und verschweigt absichtlich, daß die Bauern bei all den Lohn- und Preisabkommen immer die Prügelknaben abgeben mußten. Bei der Agrarpreisregelung wurde versucht, die Bauern als Feinde der übrigen Bevölkerung hinstellen, um die

Flucht vom Lande entscheidend fördern zu können und auf diese Weise in den Städten ein neues Proletariat zu schaffen, das den politischen Überredungskünsten leichter zugänglich ist; man hofft dadurch auf dem Lande durch die wachsende Unzufriedenheit den Nährboden für eine parteipolitische Demagogie bereitet zu haben.

Ohne Arbeitskräfte und zureichende Agrarpreise muß doch letzten Endes das Fundament der Bauernschaft untergraben werden. Die Politiker sowie auch die Bauernvertreter, die das politische Auf und Ab unserer schwer geprüften Heimat im Jahre 1945 wieder nach oben brachte, glaubten, dort wieder fortsetzen zu können, wo sie 1938 aufgehört haben. Es liegt mir ferne, für den Bauernstand innerhalb unserer Wirtschaft eine bevorzugte Stellung erreichen zu wollen, aber überall dort, wo bewußte Benachteiligung herrscht, darf es keine Kompromisse geben, zu denen die bisher maßgeblichen Bauernvertreter im Interesse der Koalition nicht nur einmal bereit waren. Sie haben nicht nur einmal die Bauernschaft verraten. (Beifall beim VdU.)

Präsident Wallner: Höher Landtag! Ich hatte nicht die Absicht, mich ins Detail zu verlieren, aber die Ausführungen einiger Vorredner zwingen mich, darauf zurückzukommen. Abg. Edlinger, der im allgemeinen die Leistungen der Landwirtschaft und jene Einrichtungen, die die Landwirtschaft fördern, anerkennt, konnte nicht anders, als doch etwas an der Kammer für Land- und Forstwirtschaft auszusetzen. Er hat erklärt, man habe dort zu wenig Einblick und bringt damit ein gewisses Mißtrauen zum Ausdruck, daß man dort zu autoritär oder nach parteipolitischen Gesichtspunkten verwaltet.

Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft, das möchte ich ausdrücklich festhalten, der durch die Landesgesetze die Aufgaben der Kulturförderung übertragen sind — in Oberösterreich und Niederösterreich war das schon früher selbstverständlich —, ist nach demokratischen Gesichtspunkten zusammengesetzt. Wir haben Wahlen in die Landeskammer, die nicht angezweifelt werden können. 32 Mandate vom Steirischen Bauernbund, 6 vom VdU und ein Mandat des Arbeitsbauernbundes. Richtiger wäre gewesen 4 Vertreter des VdU und 3 Mandate des Arbeitsbauernbundes! Ich kann nicht dafür, daß der Arbeitsbauernbund bei der Einbringung der Reststimmenlisten die Vorschriften nicht eingehalten und dadurch 2 Mandate dem VdU abgetreten hat. Wir haben nicht das Bestreben und auch keine Ursache, irgend jemandem Einblick zu verweigern. Wir haben nicht ein einziges Mal gehört, daß von Vertretern einer Partei in der Vollversammlung der Kammer deshalb Kritik geübt worden ist, weil wir etwa nicht Einblick gewähren oder nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorgehen. Die Verabschiedung des Voranschlages ist ein gewisses Vertrauensvotum für die Führung einer Institution. Im vorigen Jahr ist der Voranschlag der Landeskammer einstimmig unter Zustim-

mung aller Parteien verabschiedet worden. Die Landeskommission oder ich als deren Präsident lehnen Verdächtigungen ab, daß nach Gesichtspunkten vorgegangen werde, die im allgemeinen abzulehnen sind.

Abg. Edlinger hat erklärt, daß der Viehpreisverfall große Verluste bringt. Ich muß richtigstellen, nicht in den letzten Monaten, sondern auf ein Jahr gerechnet, bringt der Rückgang der Viehpreise der Steirischen Landwirtschaft 100 Millionen Schilling Verlust. Er erklärt weiter und bringt zum Ausdruck, wir hätten keine Maßnahmen ergriffen, um dagegen aufzutreten. Wir haben alles getan, was wir tun konnten. Wir haben im Wege der Viehverwertungsgenossenschaft durch Stützungskäufe 2230 Stück Vieh seit 1. September 1952 bis zum letzten Markt aus den steirischen Märkten genommen, die Hälfte dieser Tiere in niederösterreichischen Gutsbetrieben eingestellt, um sie dort über den Winter zu füttern und zeitlich im Frühjahr, wenn ein besonderer Mangel herrscht, den Märkten zusetzen zu können. Die Hälfte dieser Tiere haben wir zu Konserven verarbeitet. Immer wieder waren wir bemüht, ins Ausland zu exportieren, wegen der Maul- und Klauenseuche in Niederösterreich — gegen 900 Bauerngehöfte sind in Niederösterreich davon betroffen — war es aber nicht möglich, zu exportieren. Italien, das in den letzten Jahren wiederholt größere Mengen an Nutzvieh gekauft hat, hat sich heuer durch ein generelles Einfuhrverbot für alle Tiere gesichert. So haben wir durch die Trockenheit im heurigen Jahr und durch die Unmöglichkeit des Exportes ein jahreszeitlich sonst nicht bedingtes Angebot auf den Märkten gehabt, das uns vor ungeheure Schwierigkeiten gesetzt hat. Und bei dieser Sachlage, ich bin selbst Mitglied in der Viehverkehrskommission in Wien, haben Vertreter der Wiener Arbeiterkammer versucht, 1000 Stück Schweine aus Ungarn zu importieren! Das ist verhindert worden, weil es sich günstig für uns ausgewirkt hat, daß zur Beschlussfassung eine Vierfünftelmehrheit notwendig ist. Die Erklärung war so, daß man eben dort größere Guthaben infolge Lieferungen der Industrie nach Ungarn habe und damit diese Guthaben abgebaut werden, habe man uns die Schweine angeboten. Es hieß, wenn wir uns gegen diesen Import wehren, würden wir Schuld daran sein, daß die Vollbeschäftigung nicht aufrecht erhalten werden könne. So wurde uns ein Opfer zugemutet, noch eine zusätzliche Menge hereinzunehmen, die einen totalen Preisverfall nach sich gezogen hätte.

Wir haben also getan, was man überhaupt tun konnte. Ich habe in den letzten Wochen wieder Maßnahmen ergriffen, damit uns das Land 1 Million Schilling zur Verfügung stellt, damit wir in den nächsten Monaten aus dem Grazer Markt Wurstvieh herausnehmen können, um Vorbereitungen für das Frühjahr zu treffen, wenn wieder Fleischmangel sein wird. Diese Maßnahme wird dazu beitragen, daß nicht wieder ein weiterer Preisverfall eintritt.

Bezüglich der Fleischverwertungsbetriebe kann ich Ihnen sagen, daß ich diesbezüglich in Schweden viel gesehen habe. Es hat sich Schweden auf diesem Gebiete großartige Einrichtungen geschaffen, die hatten aber auch schon 100 Jahre keinen Krieg mehr. Daher haben sie die nötigen Mittel für solche Einrichtungen. Ich war daran, auch in Steiermark so etwas zu schaffen, vor allem in Leoben war es geplant. Ich bin zu Staatssekretär Korp gegangen und habe ihn gebeten, ob es nicht möglich wäre, uns über die Konsumvereine eine Sicherheit für den Absatz zu verschaffen dadurch, daß sie uns mitarbeiten lassen. Er aber sagte mir, „wen ich Ihnen einen guten Rat geben kann, lassen Sie die Finger davon, denn diese Verwertungsbetriebe sind meine größten Sorgenkinder im Konsumverein.“ Nur in einem Betrieb wird aktiv gebartet. Denn die Fleischhauereibetriebe, die mit familieneigenen Arbeitskräften arbeiten, sind einfach nicht abzulösen durch Organisationen, die mit bezahlten fremden Arbeitskräften arbeiten müssen. Darum sind das die größten Sorgenkinder. (Abg. Sebastian: „Was hat denn der Innungsmeister Sutter in Leoben gesagt?“) Wenn man so etwas einrichtet, muß man schon mit einem sicheren Betrag rechnen können, sonst kommt die ganze Öffentlichkeit über einen, trotz des guten Willens, den man gehabt hat.

Auf meinen Auslandsreisen habe ich viel gesehen, was interessant war, vor allem eine Einstellung zur Landwirtschaft, wie man sie bei uns nicht kennt. In Schweden werden die Preise der Agrarprodukte ständig dem Index angeglichen. Und zwar geht das dort einvernehmlich vor sich. Ich habe oft gedacht, könnte das nicht auch in Österreich so sein? Wir haben kein Interesse daran, so wie auch Bürgermeister Dr. Speck gemeint hat. Hetze zwischen Bauer und Arbeiter zu betreiben. Wir sind für eine Verständigung zwischen Landwirtschaft und Arbeiterschaft. Aber bisher haben wir nicht viel Verständnis gefunden. Die beste Auswirkung für uns ist immer ein entsprechender Preis, weil der Landwirt seinen Lohn ja nur in seinen Preisen hat. Das ist daher die beste Hilfe, die man uns geben kann, aber ich habe bisher nur immer feststellen können, daß man uns in dieser Beziehung gedrückt hat, so viel es nur gegangen ist.

Zu den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Dr. Speck möchte ich feststellen, daß die Erregung, die er hier gezeigt hat, nicht notwendig war, denn ich kann mich nicht erinnern, daß Angriffe vorgebracht worden sind. Er hat im allgemeinen die Tätigkeit der Kammer lobend hervorgehoben, konnte es aber doch nicht unterlassen, einige Bemerkungen über parteipolitisches Vorgehen und über autoritäre Führung zu machen, zu sagen, daß der ganze Apparat zu groß sei. Ich möchte ihm da nur sagen, wir haben in der Verwaltung der Kammer im letzten Jahr wieder 20 Personen abgebaut. Wenn der Apparat dann trotzdem größer ist,

so deshalb, weil wir sehr viele Maßnahmen ausarbeiten mußten, wie zum Beispiel die künstliche Besamung, über die wir heute schon 12% der Rinder in Steiermark belegen zum Unterschied von 9% in USA. Diese Maßnahmen haben natürlich die Einstellung neuer Arbeitskräfte da und dort erforderlich gemacht. Auch die Ausstattung der Maschinenstationen für Wegebauten zum Beispiel mit ganz neuen Geräten hat zu Einstellung weiterer Arbeitskräfte geführt. Also nicht in der Verwaltung haben wir aufgebaut, sondern dort, wo der Landwirtschaft unmittelbar Hilfe zuteil wird.

Nun zu den Ausführungen des Herrn Abg. Pölzl! Er meint, daß auf die kleinen Bauern, auf die Pächter niemand schaue. Dazu muß ich feststellen, daß die Steiermark ja ein Land mit vorwiegend Klein- und Mittelbauern ist, denn von 79.000 Betrieben sind 82% unter 10 ha, also Kleinbetriebe. Alle Maßnahmen, die wir treffen, sind abgestellt auf die Masse unserer Bauern und wenn ein Vorwurf daher unberechtigt ist, dann ist es der, daß wir auf die kleinen und mittleren Bauern und auf die Pächter nicht schauen.

Was seine Ansicht betrifft, daß wir nicht die Vertreter der werktätigen Bauern seien, so möchte ich das schärfstens zurückweisen. Ich möchte wissen, wer schon mehr gearbeitet hat, Pölzl oder ich. Ich weiß, was arbeiten heißt. Ich bin seit meinem 10. Lebensjahr im Stall gestanden und habe das Vieh betreut, mir kann niemand vorwerfen, daß ich nicht die werktätigen Bauern vertrete. Wenn Sie glauben, uns Methoden empfehlen zu können, wie man es machen soll, dann muß ich annehmen, daß in den östlichen Gebieten solche Methoden schon Wirklichkeit sind. Wie ich aber in der vorigen Woche hören mußte, sind wieder 600 Bauern von Ostdeutschland in die Westzone geflüchtet. Meine Damen und Herren, ein Bauer geht bestimmt nicht leicht und gerne fort von seiner Heimat und Scholle und wenn er weggeht, dann müssen die Zustände nicht günstig für ihn sein. Das will ich nur dazu gesagt haben. (Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. **Stiboller**: Fast alle bäuerlichen Redner haben hier zum Ausdruck gebracht, daß die Landwirtschaft unter nicht kostendeckenden Preisen produziert. Den nicht bäuerlichen Vertretern muß sich die Frage aufdrängen, wovon denn die Landwirtschaft bisher ihre Ausgaben gedeckt hat? Sie hat ihre äußersten Reserven angegriffen und diese Reserven sind bei den Bergbauern der Wald. Wenn ich hier einen Vergleich ziehe über die Ausfuhr von Holz, so wurde im Jahr 1950 um 981 Millionen Schilling Holz ausgeführt, im Jahr 1951 um 1 Milliarde 634 Millionen Schilling und im Jahr 1952 ist in den ersten drei Quartalen, die bereits in dem statistischen Ausweis enthalten sind, für 1 Milliarde 511 Millionen Schilling Holz ausgeführt worden. Die Bauernschaft in Österreich verfügt über 54% der Waldflächen. Aus diesen genannten

Ziffern kann man ersehen, daß die Landwirtschaft bereits ihren Wald, ihre äußerste Reserve, sehr stark angegriffen hat. Ich appelliere daher an alle Parteien, die bäuerlichen Vertreter so zu unterstützen, daß sie bald kostendeckende Preise erreichen. (Beifall bei ÖVP.)

Landesrat **Prirsch**: Hohes Haus! Lassen Sie mich mit dem Unterabschnitt 716 „Feuerwesens“ beginnen und berichten, daß der Stand der steirischen Feuerwehr in 715 Feuerwehren 21.000 Männer für den Feuerwehrdienst umfaßt. Es ist das eine ganz gewaltige Leistung, die auf dem Gebiete der Brandbekämpfung und des Feuerwesens gelungen ist. Und auch in diesem Jahr haben die steirischen Feuerwehren wieder mehrmals sowohl bei Großbränden als auch in sonstigen Katastrophenfällen der Bevölkerung wertvollste Hilfe geleistet. Ich war deshalb etwas überrascht, als im Finanzausschuß von Herrn Abg. Hofmann namens seiner Partei der Antrag gestellt wurde, die Förderungsmittel für das Feuerwesens auf 500.000 S zu kürzen, vor allem deshalb überrascht, weil sich die Einnahmen der Feuerschutzsteuer beinahe verdoppelt haben. Es ist dann unseren Bemühungen gelungen, die Sozialistische Partei von diesem Begehren abzubringen. Es ist auch gelungen, einen ersten Wunsch der Feuerwehren in die Tat umzusetzen insofern, daß für die Errichtung eines Gedenksteines in der Landesfeuerweherschule 20.000 S eingesetzt werden konnten. Dieser Denkstein soll erinnern an die im Dienste verunglückten Feuerwehrmänner.

Am 9. Juli 1952 ist hier im Hohen Hause das Gesetz über die Ehrenzeichen für eifrige und ersprießliche Tätigkeit auf dem Gebiete des Feuerwehr- und Rettungswesens beschlossen worden. Desgleichen wurde ein Verdienstkreuz geschaffen für besondere Leistungen oder hervorragende Verdienste auf dem Gebiete des Feuerwehr- und Rettungswesens. Ich glaube, damit hat sich der Steiermärkische Landtag einer Dankeschuld gegenüber den braven Männern der Feuerwehr entledigt.

Es ist mehrmals im Laufe der Ausführungen festgestellt worden, welche Beträge die eine oder andere Fraktion verteidigt und welche Beträge sie verlangt hat. Ich darf auch deshalb namens meiner Fraktion feststellen, daß es uns wieder gelungen ist, die Ansätze für die Kammer der Arbeiter und Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft in der gleichen Höhe des Vorjahres zu halten. Der ursprüngliche Ansatz war so wie alle Ansätze in diesem Kapitel, soweit sie die Landwirtschaft betreffen, nicht so, wie es Abg. Sebastian gesagt hat, um 5% sondern um 20% gekürzt worden und Herr Abg. Sebastian hat unsere Erhöhungsanträge oder unsere Richtigstellungsanträge, die nicht leicht errungen wurden, bereits in seine Rechnung gestellt. Ich muß das der Ordnung halber richtigstellen. (Zwischenruf des Abg. Sebastian.) Da stimmen unsere Prozente nicht.

Es ist besonders erfreulich, daß wir für die Eigenheimbauten den jetzigen Betrag mit 390.000 S festlegen konnten. Es ist also unseren Bemühungen gelungen, diesen Posten, der voriges Jahr mit 300.000 S eingesetzt war, um 90.000 S zu erhöhen. Ich glaube, daß ist nur zu begrüßen, nicht nur von unserem Standpunkt, sondern auch vom Standpunkt des Landtages aus. Es ist auch gelungen, die so wichtigen Familiengründungsbeihilfen für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in der gleichen Höhe von 200.000 S zu halten.

Hoher Landtag! Ich möchte diese letzte Sitzung dieser Landtagsperiode nicht vorübergehen lassen, ohne aufzuzeigen, daß auf dem Gebiete des Aufbaues landwirtschaftlicher Bildungsstätten, sei es das Volksbildungsheim St. Martin, seien es unsere landwirtschaftlichen Fachschulen, in den letzten 4 Jahren wirklich Großes und Hervorragendes geleistet werden konnte. Ich darf auch erwähnen, daß für die Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Schulen und Bildungsanstalten des Landes aus ERP-Mitteln rund 8 Millionen Schilling gegeben wurden, die mehr oder weniger aus dem Sektor Landwirtschaft dem Lande zugeflossen sind. Es ist ebenso erfreulich festzustellen, daß auch die Landesregierung und der Landtag diese Bemühungen nach jeder Hinsicht unterstützt haben.

Wir haben jetzt folgende Schulen: Grottenhof-Hardt, Grabnerhof. In Grabnerhof sind größere bauliche Veränderungen am Internat und am Schulgebäude für die landwirtschaftliche Mädchenschule fast fertiggestellt. Die landwirtschaftliche Schule für Burschen ist in einem Umbau begriffen, der dort einen größeren Belag ermöglichen soll. Wir konnten die Landwirtschaftsschule Kirchberg am Walde wesentlich ausgestalten und in der Landwirtschaftsschule Haidegg größere Aufwendungen machen. Die Landes-Obst- und Weinbauschule ist dem Hohen Landtage ja bekannt. Ich darf hinweisen, daß alle Besucher von Silberberg über das dort Geleistete nicht nur erstaunt sind, sondern daß sie das Land Steiermark dazu auch beglückwünschen. Ich darf sagen, daß fast alle Mitglieder der Bundesregierung dieses Silberberg besichtigt und ihre Freude daran gehabt haben und daß manche Voreingenommenheit bei der Besichtigung dahingeschwunden ist wie Schnee und Eis im März. Auch im Volksbildungsheim St. Martin sind beachtliche Fortschritte in Bezug auf den Ausbau gelungen. Das Schloß selbst ist wieder hergestellt worden, es hatte schwere Kriegsschäden erlitten. Es ist außer der einstigen Zweiganstalt Stein bei Fehring noch dazugekommen, Schloß Feistritz bei Mureck, Schloß Burgstall bei Wies und heuer die Zweiganstalt bei Radkersburg. Diese Anstalten würden nicht nützen, wenn ich nicht gleichzeitig feststellen könnte, daß auch der Besuch ein außerordentlich guter, ja daß der Andrang zu diesen landwirtschaftlichen Bildungsanstalten so gut ist, daß im heurigen Jahr wieder mehrere Bewerber abgewiesen werden mußten. Ich darf in

diesem Zusammenhang auf St. Martin hinweisen, daß es eine glückliche und gute Idee war, während der Sommermonate in dieser Bildungsanstalt Hauswirtschaftskurse für nichtlandwirtschaftliche Mädchen, für Mädchen anderer Berufskreise abzuhalten. Ich muß in dieser Stunde nur den ernstlichen Appell an alle zuständigen Stellen richten, diesen Betrieb von St. Martin weitgehendst zu unterstützen. Es ist sicherlich zu begrüßen, wenn die Mädchen hier eine Ausbildung in der Hauswirtschaft erfahren und wir dadurch unsere Anstalten auch im Sommer zweckentsprechend ausnützen können. Ich möchte hier die Arbeitsämter, die Schulen, die Arbeiterkammer, den Gewerkschaftsbund eindringlich bitten, diese Bemühungen unsererseits bestmöglich zu unterstützen zum Wohle der heranwachsenden weiblichen Jugend, zum Wohl unserer ganzen Sache.

Hoher Landtag, leider konnte die Post „Beihilfen bei Schäden höherer Gewalt“ die vorige Höhe nicht wieder erreichen. Vielleicht taucht hier die Frage danach auf, wie diese Mittel im letzten Jahr verwendet worden sind. Wir haben im Jahr 1952 an Beihilfen bei Schäden höherer Gewalt 1.473.800 S zur Verfügung gestellt. Von diesem Betrag wurden 795.500 S als Beihilfen gegeben und 678.300 S als Darlehen. Es wurden 209 Einzelfälle unterstützt, sohin ein durchschnittliches Mittel von 7050 S. Wir haben im Finanzausschuß festgelegt, daß die Landesregierung aufgefordert wird, bei den „Beihilfen für Schäden höherer Gewalt“ wieder einen sogenannten Katastrophenfonds zu bilden, damit die ausgegebenen Darlehen diesem Fonds wieder zufließen. Für Lawinenschäden wurden im Laufe dieses Jahres ausgegeben 206.800 S und für Hochwasserschäden 668.300 S. Ich darf erwähnen, daß mit Zustimmung des Herrn Landesfinanzreferenten diese Post im Laufe des Jahres um 500.000 S erhöht werden konnte.

Hoher Landtag! Seit dem Vorjahre haben wir eine Voranschlagspost 731.717. Diese Voranschlagspost hat einen etwas langen Titel, sie heißt „Beihilfen bei Selbsthaftmachung und zur Sicherung von landwirtschaftlichen Arbeitern, Pächtern und Kleinlandwirten“. Es standen uns für diesen Zweck im laufenden Jahr 750.000 S zur Verfügung. Diese Mittel wurden auf 86 Fälle aufgeteilt, also ist der durchschnittliche Betrag 9030 S. Es wurden gegeben an Beihilfen 328.000 S und an Darlehen rund 440.000 S. Es ist uns gelungen, diese Voranschlagspost im Budget 1953 auf 2.000.000 S zu erhöhen. Das ist ein schöner Fortschritt und wir konnten mit diesen Mitteln bestimmt vielen in Not geratenen Landwirten helfen. Wir hoffen auch, daß wir manchem Pächter, der die Möglichkeit der Besitzerwerbung hat, beispringen können, damit er auch Besitzer des von ihm bebauten Grundes wird.

In die Gruppe 7 gehört auch die Post „Meliorationen“. Auch hier ist es gelungen, Maßnahmen zu treffen, daß der vorgesehene Betrag von 3 Millionen Schilling auch tatsächlich diesem so notwendigen Zweck zugeführt werden konnte. Ich bin über eines etwas verwundert,

und zwar darüber, daß bei Beratung des nächstjährigen Voranschlags nicht auch die Frage gestellt wurde, warum diese so lästigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung durchgeführt werden. Ich muß sagen, daß gerade diese Maßnahmen oft zu vielen Mißverständnissen und Schwierigkeiten Anlaß gegeben haben. Es ist bestimmt ein Zeichen hoher Einsicht, daß hier kein Vorwurf erhoben und keine Frage gestellt wurde. Ich stelle fest, daß die steirische Tierzucht in diesem Jahr vor größeren Gefahren bewahrt geblieben ist und daß die Seuchenbekämpfung im großen und ganzen eine günstige war. Wenn ich hier nur an die so gefährliche und lästige Schweine-lähmung erinnere, so waren im Jahr 1951 noch 1015 Gehöfte mit rund 10.000 Schweinen verseucht. Im Jahre 1952 waren es nur 285 Gehöfte mit 2850 Schweinen. Das ist also ein wesentlicher Rückgang dieser Seuche. Unsere größte Sorge aber war die Maul- und Klauenseuche. In der Steiermark ist diese Seuche auf ein Gehöft beschränkt gewesen, und zwar war dieser Fall in Lassing im Jänner dieses Jahres. Bei diesem Gehöft mit 13 Rindern waren nicht nur alle Rinder sondern auch sämtliche Schweine von der Seuche befallen. Wenn wir da gegenüberstellen, daß in Oberösterreich rund 100.000 Rinder und 52.000 Schweine verseucht waren, wenn wir hören, daß jetzt in Niederösterreich 928 Gehöfte von dieser Seuche befallen sind, so können wir ermessen, wie groß die Gefahr war und ich muß ausdrücklich feststellen, daß sie noch groß ist. Die rasche Ausbreitung der Seuche in Niederösterreich von rund 300 Fällen auf fast 1000 Fälle wird von den niederösterreichischen Behörden auf den Allerheiligentag anlässlich der Gräberbesuche zurückgeführt. Man behauptet, daß die Gräberbesuche die Verschleppung der Seuche begünstigt haben. Derzeit sind von der Maul- und Klauenseuche verseucht Oberösterreich, Niederösterreich und Tirol. Es ist sehr schwer, hier die richtigen Maßnahmen zu treffen, die noch eine gewisse wirtschaftliche Bewegungsfreiheit gewährleisten, aber trotzdem die Verschleppung und vor allem die Einschleppung der Seuche in die Steiermark verhindern. Ich möchte die Damen und Herren des Hohen Hauses bitten, mich und die Landesregierung in dem Bestreben, die Seuche durch Bereitstellung der nötigen Mittel zu bekämpfen, auch weiterhin zu unterstützen.

Es hat der Herr Abg. Egger mit Recht auch auf die TBC-Bekämpfung bei Rindern hingewiesen. Diese Bekämpfung ist für die steirische Rinderzucht ein ernstes Problem. Sie ist nicht nur eine Gefahr für die Milchleistung sondern auch für den Export von Nutztürindern. Wir hoffen, daß die Zeit kommt, in der das steirische Nutztürind auch nach dem Osten und Südosten exportiert werden kann. Ich hoffe auch, daß die Milch nicht dauernd für die Besatzungstruppen gebraucht wird und ich verstehe, daß schon seit längerer Zeit von der Konsumentenschaft der Wunsch nach Abgabe von Normalmilch, also Vollmilch, laut geworden ist. Ich ver-

stehe auch, daß in einigen Jahren die Herstellung und Abgabe tbc-freier Milch gefordert werden wird. Es ist daher erfreulich, daß das Land hier wenigstens den guten Willen gezeigt hat, und ich hoffe, daß durch Herrn Bundesminister Thoma, also von Wien aus, die notwendigen Maßnahmen erreicht werden.

Wir hoffen auch, daß das Verständnis für die TBC-Bekämpfung nicht nur im Ennstal vorhanden ist sondern auch in anderen Gebieten der Steiermark. Freilich muß festgestellt werden, daß diese TBC-Bekämpfung an die Einsicht und an die wirtschaftliche Tragfähigkeit unserer steirischen Landwirte die größten und schwersten Anforderungen stellt.

Hoher Landtag! Hinsichtlich des Obstbaues wird sich die Förderung durch die öffentliche Hand vor allem in Bezug auf die Schädlingsbekämpfung, in sehr schwächlichen Bahnen bewegen müssen, weil die Geldmittel für eine generelle Bekämpfung der San-José-Schildlaus nicht aufgebracht werden können. Es wird notwendig sein beim Obstbau, daß wir Sorge tragen, daß der Absatz des steirischen Apfels gesichert wird. Es wird Sorge der zuständigen Stellen in Wien sein müssen, daß man hier eine ungerichtfertigte Konkurrenz ferne hält und daß man den Absatz und einen tragbaren Preis für beide Teile, für Produzenten und Konsumenten erreicht. Nur dann wird es überhaupt möglich sein den steirischen Obstbau zu erhalten, wenn er wirtschaftlich nach beiden Seiten gerechtfertigt wird.

Abg. Ebner hat den berechtigten Wünschen nach Güterwegen Ausdruck verliehen. Ich muß sagen, jede weitere Technisierung der Landwirtschaft, vor allem die Motorisierung der Landwirtschaft, hängt untrennbar zusammen mit dem Problem des Weges. Der Wunsch nach Steuerfreiheit ist begreiflich und könnte und müßte hinsichtlich jener Bauerngehöfte, die in extremer Lage liegen, eigentlich von allen richtig verstanden werden. Ich bin der Überzeugung, daß man wirklich hier vor allem die Gebirgsbauern dadurch wird schützen müssen, daß man von ihnen möglichst wenig an Abgaben und Steuern verlangt, denn das, was sie nicht herzugeben brauchen, brauchen sie auch vorher nicht einzunehmen.

Abg. Hegenbarth hat in sehr klaren Ausführungen darauf hingewiesen, daß sich die neue Anbaukultur in Steiermark gegenüber den Anbauverhältnissen 1930 weitgehend geändert hat. Da die Hauptprodukte der Landwirtschaft in den letzten Jahren oft nicht den entsprechenden Preis gehabt haben, hat sich zum Teil die Landwirtschaft auf Industriepflanzen umgestellt.

Der Herr Abg. Edlinger hat sich mit der Landwirtschaftskammer befaßt; darauf hat Präsident Wallner bereits geantwortet. Ich möchte nichts destoweniger folgendes feststellen: Wenn wir die Beamten, die jetzt den landwirtschaftlichen Förderungsdienst in der Landeskammer versehen, zum Land zurücknehmen würden, so würde das sicherlich eine arge Doppelgeleisig-

keit darstellen. Wir müssen eine Menge von Gesetzesänderungen machen. Auch mit Ihrer Zustimmung, Herr Abg. Edlinger, sind hier im Hohen Hause mehrere Gesetze beschlossen worden, die der Landwirtschaftskammer gewisse Aufgaben als Pflichtaufgaben übertragen haben und hierfür ist auch wenigstens ein Teil der Beamten zur Verfügung gestellt worden. Es würde also eine Zurücknahme dieser Aufgaben, so verlockend sie vielleicht für den Chef und den Referenten der Abt. 8 wegen der Erweiterung des Machtbereiches und des Einflusses wäre, nichts mit einer gesunden Verwaltung und schon garnichts mit einer Verwaltungsreform zu tun haben. Ich glaube, daß der Standpunkt sicherlich nicht aufrecht erhalten werden kann.

Aber, Herr Abg. Edlinger, Sie sind von einem verhängnisvollen Irrtum befangen, über die 100.000 S für die Ersatzlehrer der zur Ausbildung einberufenen Fortbildungsschulleiter. Diese 100.000 S haben im Budget bis jetzt keinen Platz gefunden. Das Sprichwort bewährt sich, daß man sich zwischen 2 Sessel durchsitzen kann. Es wird nichts übrig bleiben, als daß sich der Finanzreferent und die zuständigen Referenten bemühen und suchen, wo man diese 100.000 S finden kann. Sie haben das nicht durchgebracht in Ihrem Klub und ich in meinem auch nicht. Wenn der Landesfinanzreferent zugesagt hat, werde ich schon durchdringen. Ohne dies auf ein Parteikonto zu schreiben, werden wir hoffentlich hier einen geeigneten Weg finden.

Es wäre verlockend, auch noch auf die Ansichten über die Maschinenhöfe einzugehen. Man könnte dieses Experiment machen, wenn man hierfür einige Millionen zur Verfügung hätte. Aber Ihr Antrag hat voriges Jahr 100.000 Schilling ausgemacht, das sind eineinhalb Traktoren, das ist zu bescheiden, damit kann man nichts anfangen. Wenn ich mit Ihren Zahlen weiterrechne, Abg. Edlinger hat sicher richtigere Zahlen, nicht solche wie Ihre Prozente, Herr Abg. Sebastian... (Zwischenruf: „Lesen die Beilage“), — die durch unsere Erhöhungsanträge verbesserte Beilage — darf ich also feststellen: Abg. Edlinger hat gesagt, es seien für die Maschinengenossenschaften 235.000 S aufgewendet worden. Diese 235.000 S verteilen sich auf 41 Genossenschaften oder Gemeinschaften mit durchschnittlich je 10 Mitgliedern. Also kommt je Gemeinschaft eine Beihilfe von 5000 S. (Abg. Edlinger: „Die Ziffern sind nicht richtig, ich möchte richtigstellen: Es waren 1.275.953 Schilling bei 41 Maschinengenossenschaften, so daß auf eine 3060 S auf jeden Interessenten entfallen.“) Ich bin der Ansicht, daß die Bildung von Genossenschaften sicher das zweckentsprechende ist. Darüber dürfen wir uns keinem Zweifel hingeben, wenn wir diese Aufgabe der Gemeinde zuweisen, dann wird es für die Gemeinde zuerst ein Sorgenkind werden und in weiterer Folge auch den Ärger der Besitzer erregen. Ich werde mir einmal in Kärnten diese Einrichtungen selbst anschauen, ich fürchte aber, daß das ein bißchen Potemkin'sche Dörfer sind. (Abg. Sebastian: „Potemkin'sche Dör-

fer unter Verwaltung von ÖVP-Funktionären in Kärnten!“) Ich kann nichts dafür, aber unsere Bauern sind für diese Kollektivmaßnahmen nicht. Alles ist sehr recht, nur der Betrag für diese Maßnahmen — ich sehe ein, daß er nicht höher sein kann — ist natürlich zu klein, vor allem bei den jetzigen Maschinenpreisen. Die Technisierung der Landwirtschaft scheidert ja daran, daß die Preisschere zwischen Agrarprodukten und landwirtschaftlichen Maschinen derart groß ist. Über diese Preisschere hat Herr Präsident Wallner ja bereits gesprochen.

Hoher Landtag, darf ich in aller Bescheidenheit daran erinnern, daß es vor knapp einem Jahr ein arges Geschrei gegeben hat, daß einige tausend Rinder aus der Steiermark nach Italien gebracht wurden. (Abg. Sebastian: „Weil es unter dem Titel Zuchtvieh ausgeführt wurde!“) Man hat nach der Staatsanwaltschaft gerufen, man hat eine Kommission an die Grenze gestellt, die dort jeden Waggon mustern mußte, ob nicht vielleicht ein Stück über 600 kg in einem Waggon ist. Wo sind jetzt die Herren Kommissäre und Inspektoren, jetzt wo es darum geht, für den Absatz zu sorgen, da die Landwirtschaft wirklich in Schwierigkeiten geraten ist. (Abg. Sebastian: „Das ändert nichts daran, daß einmal nicht die Wahrheit gesagt wurde, daß unter dem Titel Zuchtvieh Schlachtvieh ausgeführt wurde!“) Es steht fest, daß der steirische und vor allem der alpenländische Bauer oder der Gebirgsbauer in Steiermark mit dem Viehabsatz und vor allem auch mit dem Nutzviehabsatz steht und fällt. (Rufe bei ÖVP: „Sehr richtig!“) Wir werden deshalb in der Zukunft alle Möglichkeiten versuchen müssen, um hier einen gesunden wirtschaftlichen Export zu ermöglichen.

Hoher Landtag! Wenn ich mir den Reigen der Redner und den Inhalt der Reden noch einmal ins Gedächtnis rufe, so hat aus allen Reden herausgeklungen, daß die steirische Landwirtschaft schutzbedürftig geworden ist, schutzbedürftig in mehrfacher Hinsicht. Darum die Landflucht, darum die hundertfältigen Schwierigkeiten, die wir höchstens mildern, aber niemals bereinigen können. Ich habe gestern schon gesagt und ich muß es heute wiederholen: Die Verantwortlichen in Österreich werden sich recht bald zusammensetzen müssen, um hier ein Programm auszuarbeiten, das der Landwirtschaft und auch der Verbraucherschaft gerecht wird. Man wird hier jenen Weg suchen müssen, der dazu führt, daß man in Österreich sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt leben kann. (Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. Stöffler: Hoher Landtag! Ich hätte zu diesem Kapitel nicht das Wort ergriffen, wenn nicht eine Propagandaaktion aufgezo- gen worden wäre, betreffend das soziale Verständnis. Sie werden noch von keinem verantwortungsbewußten Vertreter der gewerblichen Wirtschaft die Äußerung gehört haben, die Sozialversicherung müsse weg, also auch nicht von mir. Aber

wer will behaupten, daß sie nicht reformbedürftig ist! Dieser Reformwille besteht auch bei den Marxisten, das zeigte sich im Verlaufe der Verhandlungen über das 2. Sozialversicherungsneuregelungsgesetz. Sie werden diese Reform nicht allein machen, denn, meine Herren von der anderen Seite, Ihr Pachtvertrag auf soziales Verständnis und Verhalten ist längst abgelaufen. Wir kennen uns auch in der Sozialversicherung sehr gut aus, wir zahlen unser Teil mit wie die anderen und werden auch auf diesem Gebiete mitreden. Wir haben auch das Recht, hier unsere Gedanken zu äußern. Man kann die Dinge nicht einfach so abtun, daß, wenn ein Vertreter der gewerblichen Wirtschaft zu diesem Kapitel spricht, man einfach sagt, das sei asoziales Verhalten.

Ich erinnere mich sehr genau, daß ich vor etwa drei Jahren wie ein Rufer in der Wüste in einer Körperschaft den Gedanken erörtert habe, man solle doch den Versicherten, wenn die Dinge sich so gestalten, zur Mitzahlung heranziehen für das, was ihm an Leistung zukommt. Damals habe ich die gleiche Antwort erfahren wie heute, nämlich asoziales Verhalten, Mangel an sozialem Verständnis usw. Vor nicht langer Zeit hat der Vorsitzende des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger selbst diesen Gedanken ausgesprochen und gesagt, das werde letzten Endes der Weg sein, den wir zu beschreiten haben. Das ist ausgesprochen worden von Herrn Dr. Melers und im Schlußwort zusammengefaßt von Präsident Nationalrat Böhm. Ich war selbst dabei. Sie werden sich daran gewöhnen müssen, daß wir da mitreden und daß Sozialeinrichtungen und Sozialversicherung nicht ein Machtbereich der Marxisten sind. Es würde gut sein, wenn Sie unseren Willen, da mitzuarbeiten, nicht als asoziales Verhalten kennzeichnen würden. Im übrigen stehe ich gar nicht an, festzustellen, daß sicherlich in vergangenen Zeiten manche Unternehmer einen außerordentlich großen Mangel an sozialem Verständnis an den Tag gelegt haben. Das hat sicher nicht dazu beigetragen, das Zusammenleben der Menschen in unserem Staate zu fördern. Aber die Dinge haben sich wesentlich geändert. Man findet heute manchmal sogar ein sehr weitgehendes Verständnis der Unternehmerschaft und das drückt sich nicht zuletzt in sozialen Leistungen aus, die über das gesetzliche Ausmaß hinaus erbracht werden. Wenn wir uns aber sagen, daß all das, was an sozialen Errungenschaften da ist und was man hier erreichen will, in Einklang gebracht werden muß mit der Tragfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft, so ist das doch richtig. Ich erinnere Sie daran, daß in der letzten Ausgabe der Zeitschrift „Soziale Sicherheit“ der Herr Sozialminister Maisel selbst im Schlußwort sagt, die sozialen Errungenschaften haben zur Grundlage, daß die österreichische Volkswirtschaft sie auch weiterhin tragen kann. Wenn wir diese Dinge offen aussprechen, dann dürfen Sie sie nicht abfällig beurteilen, denn Sie werden uns mit dieser Argumentation nicht davon abbringen können,

hier mitzureden. Ich identifiziere mich nicht mit Schreibern von Zeitungsartikeln, die bar jeder Grundlage nur dadurch auffallen, daß man merkt, daß sie einer geschrieben hat, der davon nichts versteht. Aber ich identifiziere mich mit jenen, die in bester Absicht mitreden und erreichen wollen, daß diese Sozialreform durchgeführt wird, denen es auch Überzeugung geworden ist, daß die Sozialversicherung einer gesunden Reform bedarf. In diesem Zusammenhange weise ich eindeutig und scharf zurück, daß unser Wille, hier mitzudiskutieren und ein gesundes System zu schaffen, als Mangel an sozialem Verständnis bezeichnet und als unsoziales Verhalten gebrandmarkt wird. (Beifall, Händeklatschen bei ÖVP.)

Abg. Ebner: Hoher Landtag! Nur noch eine Feststellung zur Frage der Maschinenhöfe. Sie haben vielleicht gehört, daß die steirischen Maschinengenossenschaften für die Beschaffung der Maschinen 1.275.000 S ausgegeben haben. Und das ist das große Wunder, 400 Bauern haben diese Summe aufgebracht! Wenn die Gemeinden diesen Betrag hätten aufbringen müssen, woher hätten sie das Geld nehmen sollen? Aus der Grundsteuer? Das wäre aber eine ungerechte Basis. Wir haben leider noch sehr viele Gebiete, wo die entsprechenden Wege nicht vorhanden sind, so daß man mit einer Maschine hinkommen könnte. Die Bergbauern müßten aber in Form der Grundsteuer dazuzahlen und hätten nichts davon. Das wäre eine Ungerechtigkeit. Die Gemeinden könnten die Beträge nicht aufbringen, sie müßten eine Bedarfszuweisung nehmen. Die zuständigen Referenten in der Landesregierung sind dann genötigt, den einzelnen Bürgermeistern zu sagen: „Ich erhöhe Ihre Gemeindeumlage, ich habe im Bedarfszuweisungsfonds nichts darin.“ So müßte wieder die steuerzahlende Bevölkerung in der Gemeinde herangezogen werden. Das wäre ein Unrecht. Wir könnten jederzeit über diese Frage reden, wenn die ganzen Berggebiete durch günstige Wege erschlossen sind, wenn die einzelnen Bauern die Möglichkeit haben, in den Genuß dieser Einrichtung zu kommen. Das möchte ich dazu gesagt haben. Wenn einzelne Gemeinden die finanziellen Mittel und den Willen haben, der Bauernschaft unter die Arme zu greifen, so besteht die Möglichkeit, indem sie einer solchen Maschinengenossenschaft bei Anschaffung ihrer Maschinen finanziell helfen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine mehr vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Ertl: Da die Mitglieder des Hohen Hauses zu Gruppe 7 keine Abänderungsanträge gestellt haben, beantrage ich, die im Finanzausschuß einstimmig festgestellten Ansätze zu genehmigen.

Präsident: Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 7 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 7 ist angenommen.

Präsident **Wallner** (übernimmt wieder den Vorsitz): Wir kommen zur **Gruppe 8**: „Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen“.

Berichterstatter ist Abg. **Wurm**, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Wurm**: Hohes Haus! Die Gruppe 8 unterteilt sich in 6 Abschnitte, die die wirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen des Landes Steiermark behandeln. Die Ausgaben in dieser Gruppe betragen 16,288.900 S, die Einnahmen 10,076.100 S, den Abgang von 6, 212.800 S trägt das Land Steiermark. Den größten Aufwand erfordern die Landesbahnen im Abschnitt 83.

Der Abschnitt 85 umfaßt die Verkehrsunternehmungen und das Landesreisebüro. Für die Beteiligung zur Erbauung eines Sesselliftes auf den Plabutsch sind 50.000 S und für die Beteiligung „Flughafengesellschaft Graz“ 200.000 S eingesetzt. Die Gesamtausgaben des Abschnittes betragen 250.000 S, denen Einnahmen von 48.100 Schilling gegenüberstehen.

Der Abschnitt 86 unterteilt sich in 17 landwirtschaftliche Betriebe, die in Eigenregie des Landes geführt werden und in drei landwirtschaftliche Unternehmungen. Die landwirtschaftlichen Betriebe weisen ohne Berücksichtigung der Investitionen einen Überschuß von 1, 223.500 S auf, nach Einbeziehung des Investitionsbetrages ergibt sich ein Abgang von 76.400 Schilling. Für die drei landwirtschaftlichen Unternehmungen, Lehrforst Bruck, Forstverwaltung Admont und St. Gallen sind Ausgaben von 8,627.800 S und Einnahmen von 8,300.400 S eingesetzt.

Die Abschnitte 87 und 89 betreffen industrielle, gewerbliche und sonstige Unternehmungen. Hier decken sich die Einnahmen mit den Ausgaben. Lediglich beim chemisch-pharmazeutischen Werk sind für Investitionen 30.000 S vorgesehen.

Zur Gruppe 8 wurden keine Abänderungsanträge gestellt.

Namens des Finanzausschusses wird beantragt, das Hohe Haus möge den Voranschlag der Gruppe 8 genehmigen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 8 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 8 ist angenommen.

Wir kommen zur **Gruppe 9**: Finanz- und Vermögensverwaltung.

Berichterstatter ist Abg. **Dr. Speck**, dem ich das Wort erteile.

Abg. **Dr. Speck**: Hoher Landtag! Die Gruppe 9 des Voranschlages ist eigentlich nur die Basis für die übrigen Gruppen. Ich will mich kurz fassen. Es hat bei Einbringung des Voranschlages Landesfinanzreferent Horvatek schon

ausgiebig darüber gesprochen, im Ausschuß ist dazu Stellung genommen worden. Es sind im Finanzausschuß 6 Abänderungsanträge gestellt worden, die auf einen höheren Ansatz dieser Ziffern hinausgingen, die im Antragsheft vorliegen.

Ich darf mich begnügen, im Namen des Finanzausschusses die Annahme dieser Ansätze der Gruppe 9 einschließlich der gestellten Abänderungsanträge zu empfehlen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 9 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 9 ist angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Landesvoranschlag.

Berichterstatter ist Abg. **Stöffler**, dem ich das Wort erteile.

Abg. **Stöffler**: Hohes Haus! Der außerordentliche Voranschlag, der Ausgaben in der Höhe von 91,178.000 S vorsieht, ist nur in der Höhe von 4,686.800 S bedeckt, so daß ein Abgang von 86,491.200 S besteht. Ich bitte namens des Finanzausschusses, den außerordentlichen Voranschlag mit den Ihnen vorliegenden Berichtigungen zur Kenntnis zu nehmen und zu beschließen.

Abg. **Dr. Kaan**: Im außerordentlichen Voranschlag ist unter Post 9,4 bis 9,7 der Ausbau von Personalhäusern vorgesehen. Ich habe namens meiner Fraktion folgenden Antrag einzubringen: „Die Landesregierung wird aufgefordert, an Stelle neuer Wohnhausbauten durch das Land einen Kreditfonds zu bilden, aus welchem den Landesbeamten zur Erwerbung von Eigentumswohnungen Kredite eingeräumt werden.“ Dazu kurz die Begründung: Im zunehmenden Ausmaß werden die Mittel für den Bau von Wohnhäusern durch Zusammenlegung der Interessenmittel gebildet, die dann in den betreffenden Häusern Eigentumswohnungen erwerben. Dies gilt nicht nur für vollkommene Neubauten, sondern auch für Wiederaufbauten und für Aufbauten. Erfahrungsgemäß werden bei Kreditgewährung zu solchen Eigentumswohnungen auch beträchtliche Eigenmittel der Erwerber in Bewegung gesetzt. Es erscheint zweckmäßig, an Stelle von Eigenbauten des Landes einen Fonds zu bilden, aus dem insbesondere den Landesbeamten Kredite zur Verfügung gestellt werden, damit sie sich am Orte ihres Dienstes Eigentumswohnungen erwerben. Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne kurz auch auf die gestrigen Ausführungen des Herrn Landesrates Horvatek in Bezug auf meinen ähnlichen Antrag hinsichtlich der Eigentumswohnungen in den Miethäusern des Landes zu antworten. Das Hauptargument des Herrn Landesrates Horvatek, welches er gegen diesen Antrag

vorgebracht hat, war darin gelegen, daß dank der Wohltaten des Mietengesetzes es dem Land möglich geworden sei, die Häuser wieder instandzusetzen und zum Teil sogar ertragreich zu machen. (Landesrat Horvatek: „Nein, zu erhalten habe ich gesagt!“) Das erstere dürfte stimmen, das zweite nicht, denn ertragreich können sie überhaupt nicht sein, weil die Wohltaten des Mietengesetzes dazu da sind, die Häuser instandzusetzen. Ich habe ziffernmäßig nachgewiesen, daß langjährige Ersparungen notwendig waren, um den Zustand der Erhaltung der Substanz wieder herzustellen. Ich könnte mir vorstellen, daß es Objekte gibt, bei denen es dem Land als Hauseigentümer nicht dafür steht, diese Mittel hier aus Eigenmitteln noch zu ergänzen oder aus Mitteln anderen Hausbesitzes wieder herzustellen. Aber die Leute, die darin wohnen und möglichst dort weiter wohnen wollen, weil sie eine andere Wohnung nicht haben und vielleicht Eigenmittel besitzen, würden vielleicht diese Wohnung als Eigentumswohnung erwerben und diese Gelder könnten verwendet werden, um den Wohnbauförderungsfonds zu ergänzen. Bekanntlich wirkt sich das im dreifachen Betrag aus, denn diese Subvention, die der Fonds als Kredit geben kann, bringt das doppelte Geld in Bewegung und es würden damit wieder Wohnmöglichkeiten geschaffen werden können. Ich halte daher meinen Antrag, den ich gestern schriftlich eingebracht habe, aufrecht und bitte auch um Annahme des heutigen Antrages.

Landesrat Horvatek: Ich bitte, den zweiten Antrag noch einmal zu verlesen.

Abg. Dr. Kaan: Er lautet: „Die Landesregierung wird aufgefordert, an Stelle neuer Wohnhausbauten durch das Land einen Kreditfonds zu bilden, aus welchem den Landesbeamten zur Erwerbung von Eigentumswohnungen Kredite eingeräumt werden.“ Es sind im außerordentlichen Voranschlag beträchtliche Ziffern, allerdings unbedeckt, vorgesehen. Sollten wir in die glückliche Lage kommen, die Ziffern des außerordentlichen Voranschlages bedecken zu können, so meine ich, daß es zweckmäßig wäre, einen Fonds zu bilden, damit den Landesbeamten Kredite gegeben werden können, um Eigentumswohnungen zu erwerben bzw. am Aufbau von Eigentumswohnungen mitzuwirken.

Landesrat Horvatek: So bestechend dieser Antrag aussieht, so wenig wird er zweckentsprechend sein. Ich habe gestern darauf hingewiesen, daß es im Interesse des Landes ist, jene Landesbeamten, die nicht wohnversorgt sind, wohnzuversorgen. Darunter sind viele, die kaum in der Lage sind, durch entsprechende Ersparnisse alle jene Voraussetzungen zu schaffen, die es ihnen möglich machen würde, eine Eigentumswohnung zu erwerben. Wenn das ein zusätzlicher Antrag ist, läßt sich darüber reden, aber der Glaube, daß nur auf dem Wege von Eigentumswohnungen eine Wohnversorgung von

Landesbeamten vollzogen werden kann, ist irrig. Wenn das auch eine Art der Wohnversorgung wäre, ist dagegen dort nichts einzuwenden, wo eben die Voraussetzungen gegeben sind. Aber für jene Fälle, wo die Voraussetzungen nicht gegeben sind, wird sich das Land als Unternehmer der Verpflichtung so wenig entziehen können wie die Industrie, für die Bediensteten Wohnungen zu schaffen.

Abg. Dr. Kaan: Der Antrag von gestern lautete: „... in geeigneten Fällen den Mietern in Wohnhäusern des Landes ihre Wohnungen zum Erwerb als Eigentumswohnungen anzubieten.“ Und der zweite Antrag lautet: „... an Stelle von Neubauten den Landesbeamten Kredite aus einem Kreditfonds zu geben, damit sie die Möglichkeit haben, Eigentumswohnungen zu schaffen oder zu erwerben.“

Es wird im Einzelfalle eine Frage der Überlegung der Landesregierung sein, ob dieser oder jener Weg der geeignetere ist.

Abg. Pölzl: Ich stelle fest, daß auf diese Weise ein kleiner Landesbeamter, der nicht in der Lage ist, sich etwas zu ersparen, niemals eine Wohnung erhalten kann, deren Bau das Land gefördert hat. Das ist wieder typisch für die ÖVP, sie hat für den kleinen Mann eben nichts übrig.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich werde den Antrag, der die notwendige Unterstützung aufweist, nach der Verabschiedung der Beschlußanträge des Finanzausschusses zur Abstimmung bringen. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter: Ich verzichte.

Präsident: Ich bringe den Antrag des Berichterstatters auf Annahme des außerordentlichen Voranschlages zur Abstimmung und bitte jene Abgeordneten, die dem Antrag ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu den Sondervoranschlägen für den Wohnbauförderungsfonds des Landes Steiermark, für den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds und die Tierseuchenkasse für das Land Steiermark.

Berichterstatter ist Abg. Stöffler, dem ich das Wort erteile.

Abg. Stöffler: Hoher Landtag! Der Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark sieht im Voranschlag 1953 folgende Gebarung vor: Einnahmen 31,015.000 S, Ausgaben 31,015.000 S. Der Fremdenverkehrsinvestitionsfonds sieht Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 2, 261.000 S vor, die Tierseuchenkasse für das Land Steiermark Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 1,270.000 S. Namens des Finanzausschusses bitte ich, diesen Ansätzen zuzustimmen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Abgeordneten, die den Sondervoranschlägen für den Wohnbauförderungsfonds des Landes Steiermark, für den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds und die Tierseuchenkasse für das Land Steiermark mit den Abänderungsanträgen des Finanzausschusses die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum **Dienstpostenplan**.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Allitsch, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Allitsch: Hohes Haus! Der als Anlage zum Landesvoranschlag vorliegende Dienstpostenplan für das Jahr 1953 gliedert sich in einen allgemeinen und in einen besonderen Teil. Der allgemeine Teil enthält in 8 Punkten Bestimmungen, die gleich wie in den Vorjahren die Handhabung des Dienstpostenplanes betreffende Richtlinien enthalten.

Im besonderen Teil enthält der Dienstpostenplan das Dienstpostenverzeichnis, und zwar nach vier Abschnitten gegliedert, wobei der Abschnitt I die allgemeine Verwaltung, der Abschnitt II die Landesanstalten, Schulen und Betriebe, der Abschnitt III die Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten sowie Fürsorgeheime und schließlich der Abschnitt IV die Wirtschaftsbetriebe umfaßt.

Der Abschnitt I umfaßt insgesamt 2529 Dienstposten, das ist gegenüber dem Vorjahre eine Verminderung um 6 Dienstposten. Für die Landesanstalten, Schulen und Betriebe sind im Abschnitt II insgesamt 2281 Dienstposten vorgesehen, das ist gegenüber dem Vorjahre eine Vermehrung um 27 Dienstposten. Für die Fürsorgeheime, Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten im Abschnitt III sind insgesamt 3820 Dienstposten vorgesehen, das sind um 79 Dienstposten mehr als im Vorjahre. Bei den Wirtschaftsbetrieben im Abschnitt IV sind insgesamt 772 Dienstposten vorgesehen, das sind gegenüber dem Vorjahre um 12 Dienstposten mehr. Die Gesamtzahl der Dienstposten beträgt demnach 9402, wovon 3577 auf Beamte, 1972 auf Vertragsbedienstete und 3853 auf Lohnbedienstete entfallen.

Das gesamte Personalerfordernis beträgt 191,636.200 S, das sind 34,59 % vom ordentlichen Erfordernis des Landesvoranschlages 1953 oder 30,44 % vom ordentlichen und außerordentlichen, demnach vom Gesamterfordernis des Jahres 1953. Von dem Gesamtpersonalaufwand von 191,636.200 S entfallen 27,620.900 S auf Ruhe- und Versorgungsgenüsse, das sind 14,41 % vom gesamten Personalaufwand.

Als Anhang zum Dienstpostenplan 1953 wurde auch der Dienstpostenplan für das landwirtschaftliche Schulwesen vorbehaltlich der gemäß § 6 Absatz 1 a des Lehrer-Dienstrechts-Kompetenzgesetzes, Bundesgesetzblatt Nr. 86/1948, erforderlichen Zustimmung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft er-

stellt. Gemäß § 13 Absatz 2 der Finanzausgleichsnovelle 1951, Bundesgesetzblatt Nr. 29/1951, haben die Länder zum Personalaufwand der landwirtschaftlichen Fachschulen und bäuerlichen Fortbildungsschulen 50 % zu leisten. Die hierbei erforderlichen Zuschüsse sind im Sachaufwand, und zwar für das landwirtschaftliche Fachschulwesen unter Post Nr. 742,46 und für das bäuerliche Fortbildungsschulwesen unter Post Nr. 745,76 des Landesvoranschlages 1953 ausgewiesen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Personalaufwand zum Gesamtaufwand in einem erträglichen Verhältnis steht und daß die zahlenmäßige Gliederung der Landesbeamten in Beamte mit rund 38 %, in Vertragsbedienstete mit rund 21 % und in Lohnbedienstete mit rund 41 % eine gesunde Schichtung aufweist.

Zum Schlusse meiner Ausführungen beantrage ich daher, der Hohe Landtag wolle dem vorliegenden Dienstpostenplan für das Jahr 1953 in der vom Finanzausschuß genehmigten Form gleichfalls seine Zustimmung erteilen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor. Ich ersuche daher die Abgeordneten, die mit dem Dienstpostenplan einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Dienstpostenplan ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zu den **Beschlußanträgen**.

Berichterstatter ist Abg. Hofmann, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Hofmann: Hoher Landtag! Ich bantrage, die im Heft, Beilage Nr. 96, enthaltenen Beschlußanträge zum Voranschlag 1953 ohne neuerliche Verlesung zur Kenntnis zu nehmen und darüber abzustimmen, weil ich glaube, daß im Laufe der Spezialdebatte eingehend darüber gesprochen wurde und jeder Abgeordnete sie durchgelesen und zur Kenntnis genommen hat.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor. Ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Beschlußanträge sind angenommen.

Wir kommen zur Behandlung der **Anträge**, die im Laufe der Debatte gestellt worden sind.

Antrag der Abg. Schlacher, Stöffler, Dr. Kaan und Wegart, betreffend die Aufhebung der Beschlagnahme von Wohnungen österreichischer Staatsbürger.

Er lautet:

„Seit 7 Jahren sind Wohnhäuser und Einzelwohnungen österreichischer Staatsbürger durch Besatzungsmächte beschlagnahmt und ihren Inhabern entzogen. Diese aus ihren Wohnungen vertriebenen Staatsbürger müssen wie Flücht-

linge oft unter ungünstigsten Verhältnissen wohnen. Es steht ihnen kein Rechtszug zu, um ihre Wohnungen wieder zu erlangen. Sie erhalten für die Beschlagnahme ihrer Wohnungen und ihrer Einrichtungsgegenstände eine vollkommen unzulängliche Vergütung und für angerichtete Schäden den Schätzwert nur von 1945 zuzüglich 50%.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung zu ersuchen, bei den Besatzungsmächten die Aufhebung der Beschlagnahme von Wohnungen österreichischer Staatsbürger ehestens zu erreichen.“

Ich stelle die Unterstützungsfrage. (Nach einer Pause.) Der Antrag hat die notwendige Unterstützung, ich bringe ihn zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die damit einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Der 2. Antrag der Abg. Dr. Kaan, Stöffler, Hegenbarth, Wegart und Dr. Allitsch lautet:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, in geeigneten Fällen den Mietern in Mietwohnhäusern des Landes ihre Wohnungen zum Erwerb als Eigentumswohnungen anzubieten und die hiebei erzielten Erlöse dem Wohnbauförderungsfonds zuzuführen.“

Ich stelle die Unterstützungsfrage. (Nach einer Pause.) Der Antrag ist genügend unterstützt, ich bringe ihn daher zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, welche ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Der 3. Antrag der Abg. Dr. Kaan, Stöffler, Hegenbarth, Wegart und Dr. Allitsch lautet:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, an Stelle neuer Wohnhausbauten durch das Land einen Kreditfonds zu bilden, aus welchem den Landesbeamten zur Erwerbung von Eigentumswohnungen Kredite eingeräumt werden.“

Ich stelle die Unterstützungsfrage. (Nach einer Pause.) Der Antrag hat die notwendige Unterstützung, ich bringe ihn daher zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Beratung über den Gesetzestext, Beilage Nr. 93, mit der sich aus der Beilage Nr. 96 ergebenden Änderung.

Berichterstatter ist Abg. Hofmann, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Hofmann: Hoher Landtag! Ich beantrage, das Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage für das Jahr 1953, Beilage Nr. 93, mit den auf Seite 18 des Heftes, Beilage Nr. 96, enthaltenen Abänderungen anzunehmen.

Der § 1 des Gesetzes hat nunmehr zu lauten:

„Der Landesvoranschlag für das Jahr 1953 wird mit folgenden, in den Anlagen zu diesem Gesetz aufgegliederten Gesamtbeträgen festgesetzt:

Ordentlicher Landesvoranschlag:

Ausgaben	599,557.300 S,
Einnahmen	599,557.300 S,

Außerordentlicher Landesvoranschlag:

Ausgaben	91,178.000 S,
Einnahmen	4,686.800 S,
Abgang	86,491.200 S.“

Im § 7 hat die Summe der Ausgaben und Einnahmen des Fremdenverkehrsinvestitionsfonds 2,261.000 S zu lauten.

Ich bitte also, diesem Gesetz mit den Änderungen in den §§ 1 und 7 die Zustimmung zu erteilen und ebenso bitte ich, die Anlagen 1 und 2 zu diesem Gesetz, Erläuterungen und Dienstpostenplan, zu genehmigen. Über die Resolutionen wurde bereits abgestimmt.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor. Ich ersuche daher die Abgeordneten, die dem Gesetzestext in der vom Berichterstatter vorgebrachten Fassung zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit ist der Landesvoranschlag für das Jahr 1953 verabschiedet.

Wir kommen zu Punkt 2:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 295, betreffend die Erwerbung der im Eigentum der Frau Doktor Hilde Morari in Graz, Klosterwiesgasse Nr. 23, stehenden Murbrücke in Stübing durch das Land Steiermark mit einem Ablösebetrag von 180.000 S bei gleichzeitiger Übernahme dieser Brücke als Bestandteil der Landesstraße Friesach—Stübing in die Landesstraßenverwaltung.

Berichterstatter ist Abg. Peterka, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Peterka: Hoher Landtag! Der Finanzausschuß hat die Vorlage über den Erwerb der Murbrücke in Stübing durch das Land Steiermark eingehend beraten. Es handelt sich um eine Betonbrücke mit der großen Belastungsmöglichkeit von 9 Tonnen, was dem dortigen Verkehr entspricht. Es muß als unhaltbar bezeichnet werden, daß die Landesstraße Friesach—Stübing dort durch eine Privatbrücke unterbrochen wird. Ich stelle daher im Namen des Finanzausschusses folgenden Antrag:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Murbrücke Stübing wird von der Eigentümerin mit einem Ablösebetrag von 180.000 S durch das Land Steiermark erworben und ge-

mäß § 8 des Landesstraßenverwaltungsgesetzes 1938 als Bestandteil der Landesstraße Friesach —Stübing in die Landestraßenverwaltung übernommen.

Für die Bedeckung der hiefür entfallenden Ausgaben sind im Landesvoranschlag für das Jahr 1953 weiterhin jährlich entsprechende Mittel vorzusehen.

Der Zeitpunkt der Übernahme wird mit 1. Jänner 1953 festgesetzt.“

Präsident Wallner: Eine Wortmeldung liegt nicht vor, ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Bevor ich die Sitzung schließe, fühle ich mich verpflichtet, dem Finanzreferenten der Steier-

märkischen Landesregierung, Herrn Landesrat Horvatek, und dem Finanzausschuß namens des Landtages für die Vorbereitung und für die Vorberatung des Landesvoranschlages für das Jahr 1953 aufrichtig zu danken. Ferner danke ich allen Mitgliedern des Steiermärkischen Landtages für die Verabschiedung des Budgets. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des Landtages, das Budget zeitgerecht zu beschließen.

Schließlich erlaube ich mir, den Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung und den Angehörigen des Hohen Hauses die besten Weihnachtswünsche auszusprechen und ein glückliches Neues Jahr zu entbieten.

Die nächste Sitzung des Steiermärkischen Landtages wird im schriftlichen Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung am 23. Dezember um 13 Uhr 5 Minuten.)